Die SCHULHEFTE kosten im Abonnement (4 Nummern) S 200,–; als Einzelnummer: S 58,–. Für die Bundesrepublik Deutschland Abo DM 30,–, Einzelnummer DM 9,–, Versandkosten extra.
Abonnements gelten automatisch als verlängert, wenn sie nicht spätestens zehn Tage nach Erhalt der letzten bezahlten Nummer abbestellt werden.
Diese Nummer wurde redigiert von Gerhard Bisovsky, Herwig Peterlik und Renate Skoda.
Zeichnungen: Omnibus, B. Herbert.
Für den Inhalt verantwortlich: Uwe Bolius, Krongasse 6, 1050 Wien.

WER IST HIER DER „LINKE"?

Impressum:
ISBN 3-224-19358-1 Jugend & Volk, Wien - München
Graphische Gestaltung: Sieglinde Button
Alle Rechte vorbehalten. Eigentümer: Verein SCHULHEFT, Krongasse 6/6, 1050 Wien. Herausgeber: Herta Andiel, Gerhard Bisovsky, Uwe Bolius, Norbert Kutalek, Erich Ledersberger, Waltraud Leitner, Ursula Pasterk, Herwig Peterlik, Suzanne Pirstinger, Edda Reiterer, Peter Seidl, Michael Sertl, Ulrike Unterbrunner.
Bankverbindung: PSK 7367.904.
Druck: typoskript, Canisiusgasse 25, 1090 Wien, Tel.: 34 11 75.

Offenlegung (nach § 25 Mediengesetz):
Medieninhaber: Verein der Förderer der Schulhefte
Obfrau: Suzanne Pirstinger; Obfrau-Stv.: Herwig Peterlik; Kassierin: Traudi Bolius; Kassierin-Stv.: Erich Ledersberger; Schriftführer: Uwe Bolius; Schriftführer-Stv.: Traude Leitner.
Blattlinie: Kritische Auseinandersetzung mit erziehungs- und gesellschaftspolitischen Problemen.

inhalt: JUGEND ohne POLITIK?

Zu dieser Nummer 3

unpolitische jugend?

Gerhard Bisovsky
Die Berechnung der unberechenbaren Generation 4

Irene Etzersdorfer
Zum Mitgestalten zugelassen 6

Braucht die Politik die Jugend? 7

Renate Skoda
Wir werden unpolitisch gemacht! 8

Herwig Peterlik
So kann das nicht weitergehen! 10

Uwe Bolius
Lieber Ernst Gehmacher! 14

Herwig Peterlik
Jugend zu Beginn der achtziger Jahre 19

die geschichte sollten wir selber machen

Christian Dorninger
Einleitung 21

Gerhard Bisovsky
„Halbstarke" 24

Gerhard Bisovsky
Ostermarschbewegung in Österreich 35

Michael Genner
Spartakus 39

Christian Dorninger
Von der Studentenbewegung zur neuen Jugendbewegung 44

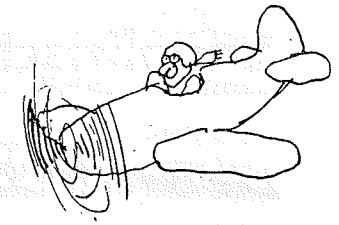
Irene Etzersdorfer
Überlegungen zur Entwicklung der Frauenbewegung 59

initiativen

Karl Manzano
Anti-AKW-Bewegung in Österreich 65

Irene Etzersdorfer
„Hexensabbat“ 73
Geht die Krise um? 74
Michael Genner
Longo Mai – die europäische Kooperative 76
Kommunalpolitische Initiativen am Beispiel
der Demokratischen Initiative Schärding 82
Herwig Peterlik
Tutorien 86
Matthias Reichl
Beziehung statt Erziehung zum Frieden 91
Eine Friedensinitiative von Schülern
(ein Interview) 97
Franz Köppl
Jugendzentrum zugesperrt 100

Zu dieser Nummer



Nach einem heißen Herbst und einem noch heißeren Winter haben wir es geschafft: Die Nummer ist fertig (was nicht zuletzt – trotz Terminnöten – der guten Zusammenarbeit mit unserer Druckerei zu verdanken ist)!

Bereits vor dem Sommer diskutierten wir die Konzeption einer Nummer mit dem Arbeitstitel „Jugend und Politik“, die größte Schwierigkeit bestand darin, dieses umfangreiche Thema inhaltlich einzugrenzen. Dabei einigten wir uns, fortschrittliche Aktivitäten von Jugendlichen, hauptsächlich außerhalb von Parteien und Institutionen, zu beleuchten.

Wir wollten nicht den Fehler begehen, der in verschiedensten Untersuchungen zum Thema „Jugend und Politik“ sichtbar wird: nämlich, „die Jugend“ in Schubladen einzuordnen. Bei all diesen Untersuchungen werden wir den Verdacht nicht los, daß dahinter gewichtige, parteipolitische Interessen stecken.

Wir versuchen mit dieser Nummer, prägende Ausschnitte vergangener Jugendbewegungen zu geben.

Die Nummer beginnt mit einer kurzen Darstellung dessen, was die beiden Großparteien zu „Jugend und Politik“, jeweils unter Verwendung „ihrer“ Umfragen, zu sagen haben. Diese Aussagen werden durch Schüleraufsätze relativiert, ohne Anspruch auf Repräsentativität zu erheben.

Der historische Abschnitt ist umfangreicher: Artikeln über „Halbstarke“, Ostermarschbewegung, „Spartakus“ und Frauenbewegung folgt ein Überblick von 1968 bis zur „neuen Jugendbewegung“.

Der dritte Teil erfaßt Initiativen, die heute bzw. in der unmittelbaren Vergangenheit tätig sind/waren. Wir wollten damit keinen Überblick über die gesamten Aktivitäten geben (dazu sind die umfangreichen Stapo-Akten besser geeignet). Vielmehr ging es uns darum, einzelne Initiativen exemplarisch über ihre Schwierigkeiten und Erfolge sprechen zu lassen. Leider ist es uns nicht gelungen, Artikel von mehr Gruppen zu bekommen. Diejenigen aber, die dieser Abschnitt enthält, sind, so glauben wir, gut brauchbar.

Das soll auch der Sinn und Zweck dieser SCHULHEFT-Nummer sein: Engagierte Leute sollen damit arbeiten können.

Gerhard Bisovsky, Herwig Peterlik

unpolitische jugend?

Gerhard Bisovsky

Die Berechnung der unberechenbaren Generation

„Die unberechenbare Generation" heißt ein Artikel von Karl Blecha, der im März 1981 in der „Zukunft" (theoretisches Organ der SPÖ) erschienen ist. Blecha versucht hier, gestützt auf die IFES-Jugendstudie 1980, ein Bild der heutigen Jugend und ihres politischen Verhaltens zu geben. Im folgenden soll der Artikel kurz zusammengefaßt wiedergegeben werden.

Das Bild der Jugendlichen von Meinungsforschern und Soziologen reicht von der „skeptischen Generation" nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges über die aufstiegsorientierte und angepaßte Jugend in den späten fünfziger bis in die Mitte der sechziger Jahre hinein. Dieser Generation folgt die protestierende und rebellierende Jugend. Danach paßten sich die Jungen an, *„gingen regelmäßig zum Friseur, lernten, studierten, arbeiteten und konsumierten brav, was ihnen die Freizeitindustrie bot". „Ganz plötzlich aber hatten sie die Nase voll. ‚Atomkraft — nein danke!' hieß die sie faszinierende Parole. Grün wurde „in", Kampf den Wachstumsfetischisten die neu entdeckte Aufgabe.'* Und: *„Heute stehen wir einer unberechenbaren Jugend gegenüber, die sich nicht ins enge Korsett der Etiketten zwingen läßt."*

Im Gegensatz zu einer IFES-Untersuchung zum politischen Verhalten Jugendlicher 1971, bei der sich 34 % der befragten Jugendlichen als „links" einstuften (15 % als „rechts", 44 % sahen sich als politische Mitte), sind heute die Kategorien „links" und „rechts" überholt, *„oder sie sagen ihnen einfach nichts". Für eine starke Minderheit ist der Begriff „rechts" so positiv besetzt, daß sie sich, obwohl sie der SPÖ nahesteht oder der Gewerkschaftsjugend angehört, nicht als links, sondern als rechts bezeichnet."* Das „Linkssein" wird nur von einer kleinen Minderheit hochgehalten, u. a. sind es Studenten, ein Fünftel der Arbeiter und Angestellten und ein Viertel der Sympathisanten der verschiedensten Alternativgruppen. Bei den „Alternativgruppen" bezeichneten sich 19 % als rechts, 25 % als links und 55 % antworteten „weder — noch". Auch solche, die sich als „rechts" einstufen, zeigen sich besonders innovationsfreudig. *„Kaum jemand bezweifelt die Notwendigkeit eines Umdenkens, einer neuen Wertordnung, einer Besinnung auf die humanistischen Zielsetzungen." „Diese Jugend ist einer konservativen Grundtendenz verhaftet, sieht aber in der SPÖ die Partei der Mitte, die genau das von ihr geforderte Maß an Reformfreudigkeit und Modernität besitzt."*

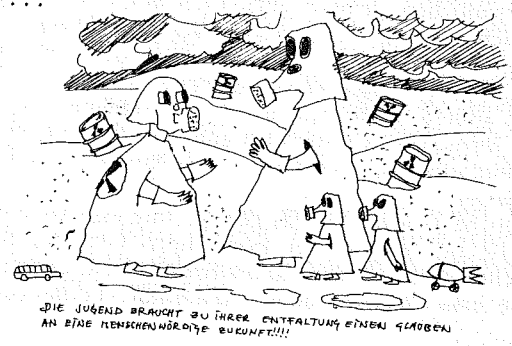
Den linken Gruppen wirft Blecha vor, daß sie auf eine rational ausgerichtete Bildung, auf die modernen Technologien, auf Kernkraft und Großorganisationen genauso reagieren, wie die konservativen Religiösen. Hingegen sind für sich als „rechts" einstufende Jugendliche Rationalität in der Wissenschaft und Planung in der Bildung, Sehnsucht nach Wärme, Kernkraftangst und SPÖ-Sympathie vereinbar. Die Angst vor der Zukunft ist bei dieser Jugend sehr groß: Arbeitslosigkeit, Kernkraftunfälle, Energiekrise, Zerstörung von Umwelt und Natur werden gefürchtet, wirkungsvoller Umweltschutz und mehr Wachstum gefordert.

Von den Erstwählern bei der Nationalratswahl 1979 haben 53 % der Jungwähler, die an der Wahl teilgenommen haben, die SPÖ gewählt. Die Wahlbeteiligung der Jugendlichen lag hingegen bei knapp 80 %, in manchen Städten betrug sie nicht einmal 50 %.

Für jeden zweiten Jugendlichen gibt es keinen erkennbaren Zusammenhang zwischen der jeweiligen Regierungspartei und eigenen Zukunftserwartungen. Auf die Frage, ob auf Jugendliche in der Politik zuwenig Rücksicht genommen werde, antworteten 38 % mit „Ja", 46 % mit „man tut, was möglich ist", 16 % mit „weiß nicht".

„Die SPÖ kann für sich beanspruchen, als die Partei angesehen zu werden, die sich stärker für die Jugendlichen einsetzt. Die ÖVP kommt selbst bei den eigenen Anhängern nicht gut weg." Vorwiegend aus Informationsmangel nennt die Hälfte der befragten Jugendlichen überhaupt keine Partei.

„Die Jugend '80 will Karriere machen, hat Angst, den erhofften Aufstieg wegen harter Konkurrenzierung doch nicht zu schaffen, ist politisch uninformiert, bejaht die parlamentarische Demokratie, hat aber ein extrem negatives Urteil über Politiker . . ."



Irene Etzersdorfer

Zum Mitgestalten zugelassen

Unter dem Titel „Jugend und Politik" fragt sich Josef Höchtl im „Ausblick" Nr. 3 a/1980, ob das Verhältnis zur Jugend nun ein „intaktes oder ein gestörtes" sei. Ausgegangen wird hierbei von dem *„Phänomen einer gewissen Unzufriedenheit Jugendlicher mit der Politik in Österreich"*, die sich sehr deutlich in der relativ hohen Wahlenthaltung der Erst- und Jungwähler äußert. So haben sich beispielsweise 41 % der Erstwähler bei den Landtagswahlen 1978 in Wien ihrer Stimme enthalten, im Frühjahr 1979 nahmen 30 % der Erstwähler nicht an den niederösterreichischen Landtagswahlen teil.

Generell ließ sich feststellen, daß die Wahlenthaltung umso höher war, je größer der Ort und je jünger die Erst- und Zweitwähler waren.

Höchtl interpretiert dieses Wahlverhalten dahingehend, daß *„vielleicht eine Wahlmüdigkeit vorhanden ist — oder auch der Gedanke stärkere Verbreitung findet, daß man bei den Wahlen ohnehin ‚nicht allzu viel beeinflussen könnte'."* Ähnliches sei auch schon in Diskussionen zum Ausdruck gebracht worden.

Mit dieser offensichtlichen Abstinenz von der etablierten Politik und deren möglichen Ursachen, beschäftigen sich auch einige der ÖVP nahestehende Institutionen.

So brachte der IBW-Forschungsbericht 23 (Institut für Bildung und Wissenschaft) unter dem Thema: „Jugend und Politik" u. a. folgende Ergebnisse: Das Bild der Studie spricht von einer *„Jugend, die sich ins Privatleben zurückzieht"*, besonders von der *„Politik im engeren Sinn"* und sich *„von den Repräsentanten nicht angesprochen fühlt"*.

Während zwischen 40 und 60 % der Jugendlichen angaben, sich für Politik zu interessieren, wären nur 10—12 % zu einem Engagement bereit.

Bei detaillierteren Fragestellungen ging die allgemeine Klage der Jugendlichen ziemlich einheitlich in die Richtung, daß in Österreich ein *„fast nicht voneinander unterscheidbares Parteispektrum im Parlament"* herrsche, die politische Landschaft einem *„rot-schwarz-blauen Grauschleier"* gleiche.

Eine andere Studie brachte als ein Ergebnis, daß 53 % der jungen Menschen in Österreich angaben: *„Politik würde mich schon interessieren, aber die Art, wie Politik gemacht wird, ist mir zuwider."*

Mögliche Gründe für das geringe Interesse an Politik sieht Josef Höchtl u. a. in der mangelnden Glaubwürdigkeit der *„gemachten Politik"*, der *„zu breiten Kluft zwischen politischer Theorie und Praxis"*, dem *„Aneinander-Vorbeireden"*, den politischen Skandalen . . . usw.

Mit diesen (selbst)kritischen Ansätzen entwickelt er als mögliche Ursachenbekämpfungsstrategie etwa: *„oder — wir müssen neue Formen der I n t e g r a t i o n in der Mitgestaltung überhaupt finden"*.

Also M i t g e s t a l t e n der von vornherein festgelegten Linie: dynamisch, progressiv, erfolgreich in der Leistungsgesellschaft, oder könnten Formen der Integration vielleicht unter dem Motto „Mehr Jugend in den ‚Bauernbund" gefunden werden?

Parteigenosse Mock drückt in einem Interview in der „Furche" vom 9. 11. 1981 seine Vorstellungen folgendermaßen aus: *„. . . wir versuchen wieder den Charakter und wieder Perspektiven in der Politik zu betonen (. . .) und Perspektiven, weil wir uns konkret ein anderes Österreich vorstellen. Für seine Verwirklichung wollen wir jungen Menschen die Chance der Mitarbeit geben, a u c h w e n n s i e diese Chancen zur Verwirklichung eigener Vorstellungen nutzen (!!!), die sich von denen älterer Mitbürger unterscheiden."*

Der *„Idealismus der Jugend"*, so Mock, braucht ein Betätigungsfeld, also weise man ihr Plätze im *„Nord-Süd-Gespräch, Entwicklungshilfe, Behindertenhilfe . . ."* zu.

Braucht die Politik die Jugend?

Wir bringen nun, zum ersten Mal in einem SCHULHEFT, ein einzigartiges Ratespiel. Bei richtiger Auflösung können Sie, liebe(r) SCHULHEFT-Leser(in) auch etwas gewinnen! Und zwar vier ganze SCHULHEFTE um S 200,—! Bevor Sie nun, geschätzte(r) Leser(in), darangehen, der (die) große Gewinner(in) zu werden, müssen wir Ihnen noch erklären, wie sie gewinnen können: Wir haben uns ein paar Zitate sowohl von der SPÖ, als auch von der ÖVP herausgesucht, die unserer Meinung nach typisch für das Politikverständnis der Großparteien sind. Sie, liebe(r) Leser(in), finden nun links und rechts solche Zitate, wobei deren Plazierung nichts mit deren Parteizugehörigkeit zu tun hat. Wenn Sie herausfinden, welche Partei was gesagt hat oder sagen könnte, dann . . . ja, dann haben Sie schon g e w o n n e n !

Alle richtigen Einsendungen werden mit einem SCHULHEFT-Abo um S 200,— belohnt. Die Auflösung schicken Sie bitte an das SCHULHEFT-Büro in 1050 Wien, Krongasse 6/6.

Und nun, auf los geht's los.

„. . . daß es ein Ziel sein müßte, doch möglichst viele junge Menschen wiederum an der Politik als informierte, als interessierte, als engagierte, demokratisch verankerte und bewußte Staatsbürger teilzuhaben."

„Wir müssen Jugendzentren bauen und Selbstverwaltung einüben lassen."

„Die Jugend steht mehrheitlich zur . . ."

„Auch in Vergleichsdaten aus internationalen Befragungen profilieren sich die (. . .) Jugendlichen durch ihre hohe Zustimmungsbereitschaft zum System . . ."

„Das Interesse an der Politik muß daher von den Parteien, insbesondere von . . . geweckt und die Gestaltungsmöglichkeiten jeder Politik aufgezeigt werden."

„. . . es müßte eine viel stärkere Aufgabenstellung für junge Menschen erfolgen . . ."

„Umso wichtiger ist es, daß man dieser Jugend den Einstieg in die tägliche Politik attraktiver macht, um einen Aufstau von ‚Frust' über unrealisierte Anliegen zu vermeiden."

„Die Jugend braucht zu ihrer Entfaltung einen Glauben an eine menschenwürdigere Zukunft."

Renate Skoda

Wir werden unpolitisch gemacht!

Der Jugend wird allgemein oft vorgeworfen, sie sei unfähig, so etwas wie ein demokratisches Verantwortungsgefühl zu entwickeln. Daß diese Behauptung in einigen Fällen der Wahrheit entspricht, läßt sich wohl nicht leugnen.

Im Gruppenleben der Klassengemeinschaft tritt diese Erkenntnis nahezu tagtäglich in den Vordergrund. Das Desinteresse an gemeinsamen Veranstaltungen ist meistens überwältigend. Interessant ist nur, daß diese Einstellung den jungen Menschen offensichtlich nicht angeboren ist. Ja, unsere Klassengemeinschaft schien nahezu prädestiniert zu sein, ein gutes Gemeinschaftsleben zu führen. Frisch und voller Idealismus begannen wir mit der Ausarbeitung eines gemeinsamen Programms, und entzückt beobachtete der Lehrkörper unsere spontane Aktivität.

Unser erstes gemeinsames Jahr war folglich sehr vielversprechend. Eigentümlich, aber die Einstellung des Lehrkörpers zu unserer Lebendigkeit änderte sich bald nach den Sommerferien.

Alles, was zuvor noch als spontane Frische geschätzt wurde, war plötzlich nahezu skandalös infantil.

Vermutlich bekamen es die Herren und Damen ein wenig mit der Angst zu tun. Eine leichte frische Brise ist schon ganz nett, aber nur nichts einreißen lassen, der Schüler könnte ja am Ende noch auf schlechte (= revolutionäre) Gedanken kommen.

So entstand eine entschiedene Verschärfung des Klimas, und die Fronten begannen sich zu verhärten. In manchen Fällen kommt es tatsächlich einem potentiellen Selbstmord gleich, den Begriff „Demokratie" ernstzunehmen. So rächt sich nicht selten der Anspruch auf das Recht der kritischen Meinungsäußerung in äußerst kniffligen Prüfungsfragen. Klar, daß nun jeder versucht, seine eigene Haut zu retten und zu kuschen.

Eine schöne Vorbereitung für das Leben in der Gesellschaft, in der man beinahe gezwungen ist, sich unkameradschaftlich zu verhalten!

Wehe den Professoren, die versuchen, auf freundschaftlicher Basis ihren Unterricht aufzubauen!

Gar groß war einst der Skandal, als einem gewissen tiefreaktionären Lehrerblock zu Ohren kam, daß wir mit einer unserer Professorinnen per „DU" sind. Manche aufgebrachte „Erzieher" gebrauchten sogar Begriffe wie „Sodom und Gomorrha", um unseren Frevel noch deutlicher zu machen. Wäre ja undenkbar, würden sich Schüler und Lehrer auf einer gleichen Gesprächsbasis treffen.

Es ist nur allzu deutlich, wie sehr einige ihre Stellung als quasi Vorgesetzter genießen. Wie krampfhaft so manche darum bemüht sind, ihre vermeintliche Autorität nicht zu verlieren. Wie lächerlich das auf 17- bis 18-jährige wirkt, ist wohl leicht zu erahnen. Auf der anderen Seite steht jedoch dieses Gefühl der Ohnmacht, des Sich-nicht-wehren-Könnens.

Anfänglich ist es noch Wut, durch die man sich emotionell hinreißen läßt, später löst sich alles in Gleichgültigkeit auf. Ziemlich deutlich wurde diese Situation anläßlich der alljährlich stattfindenden Klassensprecherwahlen.

Als nach zwei Wochen die Kandidatenliste noch immer leer war, konnten wir unsere alten Klassensprecher nur mit Mühe dazu überreden, ihr Amt weiterzuführen. Begründung für das schwache Engagement war einhellig; man ist ja schließlich nicht teppert und verscherzt sich noch die letzten Sympathien der Lehrerschaft. Mit der Beliebtheit ist es überhaupt so eine schwierige Sache. Ist man blondgelockt, kuhäugig und obendrein auch noch willig, kann es einem schon passieren, daß ein Teil der männlichen Lehrerschaft Aussehen mit Wissen gleichsetzt.

Erfolgsrezept: Bringe deine Weiblichkeit ruhig zur Geltung, behalte deine Meinung für dich, und um Gotteswillen nicht

provozierend dreinschauen. Ich frage mich nur, welches halbwegs geistig begüterte Wesen das überhaupt schafft.

Nach und nach geraten auch die Stillen unter uns in Rage, jedoch vergebens! So manche Zustände lassen selbst die Aktivsten und Aufgeschlossensten verzweifeln.

Ein Glück, daß es gelungen ist, trotz vieler verschiedener Interessen, wieder ein Gefühl der Gemeinschaft in die Klasse zu bringen, so wird die Situation ein wenig erträglicher, obwohl es momentan sehr danach aussieht, als würde „Demokratie" weiterhin nur ein leeres Wort bleiben!

Herwig Peterlik

So kann das nicht weitergehen!

Was Politiker von Jugendlichen halten (und wie sie deren Stimmen zu gewinnen gedenken), erfährt man täglich aus Fernsehen, Radio und Boulevardzeitungen, die die zu ihrer Herstellung notwendigen Wälder in noch größere Balken vor den Köpfen ihrer Leser umzuwandeln versuchen. Was Jugendliche von Politikern halten (oder ob sie überhaupt etwas von ihnen halten), ist weniger bekannt. Aber, was Jugendliche denken, welche Ängste und Vorstellungen sie haben, davon hört man nichts. Die Jugendlichen haben ebensowenig eine Lobby wie die Kinder; ihre Anliegen bleiben meist auch ebenso auf der Strecke. Einen kleinen Querschnitt davon — aus Schüleraufsätzen — habe ich zusammengestellt.

Die größte Bedrohung ist ein Atomkrieg:

„Alles ist moderner geworden: Die Mode, die Technik, die Zeit und die Waffen. Die Waffen, der Krieg. Die Jugendlichen haben vor der Zukunft Angst. Einzig und allein der Gedanke an die Weltpolitik, an das, was morgen geschieht, was morgen sein wird. Die Zeiten werden immer unruhiger, immer kritischer. Praktisch jeden Moment könnte ein Atomkrieg ausbrechen, und sei es versehentlich."

Sie sehen auch die Absurdität der Aussagen eines mittlerweile bekannten US-Schauspielers:

„Selbst für die Siegermächte würde der Untergang bevorstehen, da die atomaren Strahlungen auf kein Schlachtfeld begrenzt werden können und so die gesamte Erde verseuchen und jegliches Leben auslöschen würden."

„Und die Erwachsenen, die ‚GROSSEN, ERFAHRENEN LEUTE', werden doch um alles in der Welt einsehen, daß ein Krieg und sei es auch ein begrenzter, das Ende der Menschheit bedeuten würde."

Die Einstellung ist klar, wo sind die Vorbilder?

„Die Jugend ist für den Frieden, sie wollen eine gesunde Natur und Zukunft erleben, und deshalb ist es für sie keine Frage, daß abgerüstet wird! Aber die Politiker streiten bei diesem wesentlichen Punkt nur herum, deshalb wählt auch die Jugend eher als ihr Idol die Menschen, die den Frieden besingen, wie John Lennon: ‚Give peace a chance!'

Frieden und Natur werden häufig in einem Atemzug genannt: Die Umweltproblematik ist bewußt, desgleichen die Ohnmacht, wenn Natur zerstört worden ist:

„Werden meine Urenkel je die Gelegenheit haben, in einem Wald, an einem Teich zu stehen, den Fischen zuzusehen und die Frösche zu hören? Ich glaube nicht. Man kann nicht mehr Öl aus den verseuchten Gewässern pumpen, die Abgase aus der Luft absaugen, die Atombombe aus der Welt schaffen."

Hier hat die Volksabstimmung sicher viel zur Bewußtmachung beigetragen.

„Aber hauptsächlich liegt die Frage ‚Ja oder Nein zu Zwentendorf' bei der Jugend (besser gesagt, sie sollte mehr bei der Jugend liegen), denn es muß ja die Jugend, vor allem aber die nächste Generation mit dem Kernkraftwerk und den damit verbundenen eventuellen Schwierigkeiten leben. Daher glaube ich, daß man die Jugendlichen wenigstens mitentscheiden lassen sollte."

Der Konkurrenzdruck beginnt schon sehr früh seine Schatten zu werfen:

„Es wird sehr viel in der Schule verlangt. Wer nicht gut ist, wird später am Arbeitsplatz und bei der Arbeitssuche große Probleme haben . . . Die Jugendlichen haben eben eine andere Lebensauffassung. Die ältere Generation strebte nach Reichtum und Besitz. Die Jugendlichen hingegen wollen möglichst wenig Belastung und viel Freizeit."

Viele Jugendliche sehen sich einer Unzahl von Problemen ausgesetzt, die sie, machtlos, wie sie sind, nicht bewältigen können. Der europäische Wohlstand steht so auf tönernen Füßen:

„Die älteren Leute können leichtfertig über Atom und Ausbeutung der Bodenschätze reden — sie werden das Ende ja nicht erleben. Aber das Leben der Jugendlichen wäre zerstört, noch ehe es am Höhepunkt ist — und diese Tatsachen verbittern den jungen Menschen."

Trifft das Bild der „no-future"-Generation wirklich zu? Doch das „Prinzip Hoffnung" kennt keinen Ausweg für jede Situation. Jede Not trägt die Wendbarkeit dieser Not in sich. Anders gäbe es keinen Begriff der Notwendigkeit (Dutschke aus Bloch: „Das Prinzip Hoffnung").

„So jedenfalls geht es nicht weiter!"
ist der Schlußsatz eines Aufsatzes. Nur: Wer soll das alles ändern? Die Politiker sicher nicht!

„Die Politiker schrecken nicht davor zurück, öffentlich Menschen zu belügen und zu betrügen — ungeachtet dessen, welcher Partei sie angehören."

Hier werden sicher auch Urteile der Eltern übernommen, die jeweils eine bestimmte Partei pauschal diffamieren, und dieses Urteil dann auf alle Parteien generalisiert, da diese sich formal nicht, und inhaltlich nur ungenügend voneinander differenzieren. Der Vorwurf bleibt bestehen:

„Die Jugendlichen erkennen auch, wenn sich Politiker hinter zweideutigen Aussagen verbergen. Sie durchschauen teilweise, was die Politiker damit bezwecken, nämlich die Masse der Bevölkerung in ihrer Meinung ‚von der heilen Welt' zu belassen."

Politiker arbeiten nicht, um Probleme zu lösen, sondern um die Unfähigkeit anderer Politiker zu beweisen. Sie gelten als unglaubwürdig. Als Begründung wird Korruption genannt:

„Denn rund um den Bau des neuen Allgemeinen Krankenhauses passierten so viele Bestechungen und Manipulationen, daß die Jugendlichen einen großen Knick im Vertrauen gegenüber Politikern bekamen."

Und Zwentendorf:

„Ich persönlich frage mich, warum man dann überhaupt eine Volksabstimmung durchgeführt hat! Wenn schon Volksabstimmung, dann muß sie natürlich auch respektiert werden, auch dann, wenn einmal das Kreuz nicht auf der gewünschten Stelle des Wahlzettels steht."

Politiker sollten *„fähig, gescheit und glaubwürdig"* oder *„einfach Mensch"* sein. Einzig und allein Cap wird positiv erwähnt, weil er sich gegen die Eröffnung des Kernkraftwerkes ausgesprochen hat und damit

„einer der wenigen ist, die wirklich für die Jugend da sind."

Die anderen haben aber keinen Kredit bei der Jugend. Mit den Augen der Politiker betrachtet, erscheint die geringe Teilnahme als Demokratieverdrossenheit. Die Sichtweise der Jugendlichen ist da anders:

„Ich persönlich glaube nicht daran, daß sich die Jugendlichen nicht dafür interessieren, wie und wo sie sich ihr Geld einmal verdienen werden, und ob nach dem Schul- bzw. Studiumabschluß überhaupt genügend Arbeitsplätze vorhanden sein werden. Auch den Lehrlingen ist es sicher nicht egal, wofür sie ihre Steuern zahlen müssen. — Es ist also nicht das Desinteresse, das die Jugendlichen von Wahlveranstaltungen abhält. Das Ausbleiben der Jugendlichen ist vielmehr darauf zurückzuführen, daß in letzter Zeit zwar viel versprochen, aber nur wenig verwirklicht wurde. Der junge Mensch wird also andauernd enttäuscht. Es ist daher wirklich nicht verwunderlich, daß die Jugend zu den Politikern kein Vertrauen hat! Das geheuchelte Verhalten der Politiker ist aber kein Sonderfall, sondern tritt leider fast überall auf und zieht sich durch alle Parteien."

Die Ablehnung etablierter Systeme (wozu auch der Marsch durch die Institutionen gezählt wird) ist progressiv, obwohl die Gefahr der narzißtischen Abkapselung besteht. Sie äußert sich häufig eruptiv, wie z. B.: bei der Demonstration am 1. März 1981 in Wien. Auf zahllosen Flugblättern wurde eine Fülle von Forderungen erhoben zu Themen wie Wohnungsnot, Lehrlinge, Homosexualität, Frauen, Drogen, freie Medien (Ö-Frei), Gastarbeiter, Kinder, Alte usw. Weil solche Aktionen *„den tradierten Kanon dessen, was als politisch gelten soll und darf, in Form* und *Inhalt überschreitet, wird die Mittelabweichung kriminalisiert, die Zielvorstellungen nicht zur Kenntnis genommen* (Hochgerner)".

Von den meisten Medien, soweit man sie als Instrument der herrschenden Klasse betrachten darf, ist nicht viel Information zu erwarten. Umfragen zur Jugend müssen daher besonders kritisch daraufhin beleuchtet werden, wieweit sie die Einstellung des jeweiligen Institutes wiederspiegeln.

Natürlich ist der Großteil der Jugend „apolitisch": Engagement wird auch in absehbarer Zeit eine Sache von Minderheiten sein. Aber ob man eine Gruppe als Jugendbewegung bezeichnet, hängt nicht nur von ihrer Größe ab. Wichtig sind auch das Engagement der einzelnen (und damit ihre Kreativität, die Intensität ihrer Ausdrucksformen) und ihr politischer Gegner. (So trieb die harte Reaktion der Züricher Stadträte die Bewegung weiter, oder Stapo-Akten in ihrer „positiven" Funktion: Sie hindern uns am Vergessen unserer Geschichte und der Geschichte unseres Gegners).

Dennoch betrachte ich die „apolitischen" Jugendlichen als die, die sich eben noch nicht gerührt haben. Denn die innere Emigration ist kein Dauerzustand, ihr „droht" ständig die Überwindung. Optimistisch kann man sie auch als Suche nach neuen Ausdrucksformen oder nach neuen Aktionsfeldern bezeichnen — ob diese fortschrittlich oder reaktionär sein werden, oder ob diese Begriffe dann überhaupt noch anwendbar sind, muß einstweilen dahingestellt bleiben.

Pau, Südfrankreich, 18. 2. 1982

Lieber Ernst Gehmacher!

Ich habe von der „SCHULHEFT"-Redaktion den Auftrag bekommen, Dein Buch, „Jugend in Österreich, die unberechenbare Generation"*) zu besprechen. Es wäre unfair, glaube ich, so zu tun, als würden wir uns nicht kennen. Unsere Lebenswege haben sich einmal an einem — für mich — entscheidenden Punkt gekreuzt. Daraus ist zwar keine Freundschaft entstanden, wohl aber so etwas wie eine (wohl lebenslange) Aufmerksamkeit für und Zuwendung zum jeweils anderen. Deshalb wähle ich für die Buchbesprechung lieber die Form eines offenen Briefes. Ich möchte mit Dir gern, wenigstens in brieflicher Form, *reden;* nicht aber Dich scheinbar objektiv rezensieren.

Das Buch habe ich mit großem Interesse gelesen. Du hast darin eine Fülle von Tatsachen über die österreichische Jugend zusammengetragen; zum größeren Teil waren sie mir neu. Gewidmet hast Du es, wie Du im Vorwort schreibst, einem großen Personenkreis: „*Jugendlichen, Eltern, Lehrern, Politikern, Fachwissenschaftern, linken Intellektuellen, Gebildeten und Bildungssüchtigen.*" Also eigentlich fast allen, die lesen. Das ist ein hoher Anspruch. Außerdem stehst Du, wie Du schreibst, auf dem „*Standpunkt: das Buch ist standpunktlos*". Ein noch höherer Anspruch. Weil sich damit Deine Auffassung verknüpft, so etwas wie einer „rationalen Objektivität", einer reinen „Rationalität dienen" zu können.

Du gibst Dich im Text selbst zu erkennen, das hat mir Dein Buch von allem Anfang an sympathisch gemacht. Du verschanzt Dich nicht hinter Fakten, Statistiken, Zahlen — Du interpretierst sie, deutest sie, stellst ihnen Deine Philosophie über die Jugend zur Seite. Manchmal mutig, manchmal vorsichtig, aber immer aufrichtig. Nie verlogen. Das ist ungeheuer sympathisch, weil so selten. Gleichzeitig glaube ich aber auch, daß diese Deine Haltung vielleicht auch so etwas wie die Schwäche des Buches ausmachen könnte. Nach meinem Gefühl hast Du eigentlich zwei Bücher in einem geschrieben:

— erstens ein Buch über die österreichische Jugend (mit Statistiken, Tabellen, harten Tatsachen);
— zweitens ein Buch über den „neuen Menschen", der Dir in manchen Zügen heute bereits — als Jugend — erscheint.

„Der neue Mensch" — das ist, wenn ich mich nicht vollständig täusche, auch das Thema Deines Lebens. Und manchmal will es mir scheinen, Du hast alle Zahlen, Tabellen

*) Wien 1981, Molden Verlag

und Statistiken über die Jugend in Österreich (und der Welt) nur dazu benützt, um mit ihrer Hilfe jene Gedanken zu formulieren, denen Deine eigentliche Begeisterung gilt: den allumfassenden Ideen des „neuen Menschen", der — in Frieden lebenden — „Menschheit".

Aber der Reihe nach.

Bevor ich mich noch einmal an Dich persönlich wende, möchte ich zuerst dem Leser, da dieser Brief ja zugleich eine Buchbesprechung ist, mitteilen, was in meinen Augen die wichtigsten Ergebnisse Deines Nachdenkens über die Jugend geworden sind:

— Aus internationalen Forschungen ist bekannt, daß in der heutigen Jugend, schon seit einigen „Jugendgenerationen" (die mit etwa 10 Jahren angesetzt werden), ein allgemeiner „Wertwandel" stattgefunden hat. Dieser hat endlich auch auf Österreich übergegriffen. Gemeint ist damit die Abwendung der Jugend von den die Elterngeneration — noch immer — massiv prägenden Werten des Materialismus: Wohlstand, hohes Wirtschaftswachstum, persönlicher Komfort, starke Landesverteidigung etc. Und die Hinwendung der Jugend zu postmaterialistischen Werten, wie Schutz der Umwelt, Ideen wichtiger als Geld, Karriereverzicht, Mitbestimmung am Arbeitsplatz usw.
— Die angebliche „Demokratie- oder Politikverdrossenheit" gibt es in Wirklichkeit bei der Jugend nicht. Sie ist eher eine Floskel von Politikern, die damit ihr Unverständnis gegenüber der Jugend auf den Begriff bringen. Fast gleich hohe Wahlbeteiligung bei Wahlen wie die Erwachsenen, nur etwas geringere Loyalität gegenüber den beiden großen Parteien SPÖ und ÖVP als die Erwachsenen, dafür aber wesentlich mehr Einsatzfreude für Themen wie Umweltschutz, Kernkraftgegnerschaft, etc., und höhere Risikobereitschaft, bei Demonstrationen mitzumachen — das alles spricht keineswegs für eine Politikverdrossenheit der Jugend. Ja, man kann aus gutem Grund behaupten, daß die Jugend zumindest ein Thema sehr massiv in die Bevölkerung hineingetragen und es — erfolgreich — zum Thema der ganzen österreichischen Bevölkerung machen konnte: das Thema Zwentendorf. Beim Thema Umwelt ist sie ähnlich erfolgreich. Was aber die (meist konservativ verwendete) These von der angeblichen „Demokratie- oder Politikverdrossenheit" der Jugend zu stützen scheint, ist die Tatsache, daß sich für etliche Junge der Begriff der Politik, der Demokratie überhaupt gewandelt hat. Im Sinne der Wendung von den materialistischen zu den postmaterialistischen Werten. Einer Jugend, die im Wohlstand aufgewachsen ist, kann die Erhaltung des Wohlstands kein Thema mehr sein. Eher sieht sie sehr deutlich seine

Gefahren, ist sensibel für die negativen Seiten des Wohlstands: Zerstörung der Natur, Ausbeutung der Dritten Welt, Isolierung am Arbeitsplatz, ständiger Konkurrenzkampf im menschlichen Bereich usw.
Aus diesen Themen, Sensibilitäten, Hoffnungen, Ängsten macht sie ihre „Politik"; natürlich auch immer nur der aktivste Teil der Jugend, der aber im Wachsen begriffen ist, sogar in Österreich.
Dieser Wandel im Demokratie-, Politikbegriff, der durch die Jugend massiv vorangetrieben wird, klingt in den Ohren vieler ans Wachstumsdenken angeleimter Politiker wie „Verdrossenheit".

— Das Buch ist bei der Jugend wieder ganz stark im Kommen, sie liest wieder mehr, geht auch öfter ins Kino als die Erwachsenen, dafür verzichtet sie umso lieber auf Oper, Theater, Operette, Musical. Nach Deiner, Ernst Gehmachers, Auffassung sind diese typisch österreichischen Formen der Unterhaltung, wenn der gegenwärtige Trend so weitergeht, in 10, spätestens 20 Jahren zum Aussterben verurteilt. Einfach deswegen, weil kein Vierzigjähriger der heute jungen Generation dann die Lust haben wird, sich etwa die „Lustige Witwe" anzuschauen.
— Die Drogenszene ist in Österreich schwach, das zeigen auch die statistischen Ziffern, aber sie gibt trotzdem einen sehr ernsten Anlaß zur Besorgnis: weil mit den Drogen eine — sehr diffuse, aber in der Bevölkerung weit verbreitete — Angst verbunden ist, die gefährlicher sein könnte als der eigentliche Drogenmarkt. Siehe Kalksburg, die Verhinderung des Rehabilitationszentrums durch die von demagogischen Politikern aufgeputschte Bevölkerung. Völlig ausgeschlossen ist die Besorgnis nicht, daß diese diffuse Angst erst überhaupt Platz für eine weitere Ausbreitung der Drogenszene schafft. Weil durch diese namenlose Angst die jetzt noch mögliche Aufklärung, Information und Heilung von Betroffenen wie Bevölkerung eher verhindert als gefördert wird.
— Mit den sogenannten „Jugendkrawallen", denen Dein Buch sein Entstehen verdankt, ist es Deiner Meinung nach ein bißchen so ähnlich wie mit den Drogen: es fehlen in Österreich, vor allem in der Großstadt Wien, dafür alle sozusagen „objektiven" Voraussetzungen, wie etwa: große Jugendarbeitslosigkeit, große Wohnungsnot der Jugendlichen, Schwäche der hiesigen Subkultur ganz allgemein (verglichen etwa mit Amsterdam, Berlin oder Zürich) — dafür gibt es bei uns eine seit Jahrhunderten geübte, schon in der Monarchie erfolgreiche Strategie der Konfliktvermeidung, des Einbindens der Jugend ins Bestehende. Daß über diese Strategie der Konfliktvermeidung die Habsburgermonarchie zugrundegegangen sein könnte, weil sich am Schluß gerade wegen der bestehenden Konflikte, die alle immer um jeden Preis zu vermeiden hatten, keiner mehr ausgekannt und nur mehr der Kaiser — ganz weit in der Ferne — über allem, selber ganz ohnmächtig, gethront hat; also die umgekehrte Denkmöglichkeit, die österreichische Tugend der Konfliktvermeidung als hochgradiges österreichisches Laster zu sehen, kommt Dir nicht in den Sinn.
Dein Buch ist, bei aller Sympathie für die Jugend, zugleich auch ein einziger Lobgesang auf die Sozialpartnerschaft.
Der spür- und meßbaren Angst vor „Jugendkrawallen", auch dem „Terrorismus" steht eine eigentümlich schwache, eigentlich gar keine so große Bedrohung hervorrufende Jugendszene gegenüber; Terrorszene hat es bei uns sowieso nie so recht gegeben.
Ich weiß nicht recht, ob man dieses Mißverhältnis: relativ hohe Angstschwelle gegenüber einer relativ geringen Bedrohung, noch mit einigem Recht, so wie Du es mir zu machen scheinst, als „Erfolg" bezeichnen darf. Irgendwann muß man ja einmal sagen, auf wessen Seite man steht — und wenn man das klar erklärt, ist meiner Erfahrung nach der Konflikt da. Dann kann man ihn gar nicht vermeiden.
— Alles in allem, als eine Art Zusammenfassung Deiner Erkenntnisse, aber auch Deines eigenen Schwankens, folgende wörtlich übernommene Passage aus Deinem Buch:
„Die Bedrohlichkeit der Gegenkulturgruppen und der Jugendkulte liegt in der Radikalität ihrer Alternativen . . . Doch eine objektive Bedrohung der bestehenden Gesellschaft *erwüchse daraus nur, wenn diese Alternativgemeinschaften in ihrem Zusammenleben, in ihrem materiellen Erfolg so beeindruckend überlegen wären, daß immer mehr Menschen ihrer Faszination anheimfielen. Man stelle sich vor, allen Mitgliedern einer neuen Alternativbewegung strahlte das helle Glück aus den Augen. Und das, ohne Opfer und Kasteiung und totaler Hingabe, denn mit solchem Aufwand ist es Ordensgemeinschaften, Sekten und Elitegemeinschaften schon immer gelungen, Alternativkulturen innerhalb der Gesamtkultur auf die Höhen sozialer Anerkennung zu führen. Eine Gegenkultur des Genusses, ohne Leistung, aber auch ohne Reue, der unmittelbar sichtbaren und überzeugenden Selbsterfüllung im Paradies einer liebenden Gemeinschaft — dafür würden die meisten Menschen ihren gegenwärtigen Routen Ade sagen. Der daraus entstehende Exodus könnte tatsächlich unsere Zivilisation gefährden. . . ."* (Es folgen jetzt drei Beispiele aus der Szene: eine Produktionsgemeinschaft, der „FALTER" und das „Amerlinghaus"). Und dann, als Resultat Deines Nachdenkens: *„Mit einer unmittel-*

baren Drohung eines Umsturzes, eines revolutionierenden Einbruchs der Gegenkultur, hat das aber jedenfalls nichts gemein — eine solche Angst erscheint keineswegs gerechtfertigt. Wenn hier wirklich etwas völlig Neues heranwächst, so hat unsere Gesellschaft sicher reichlich Zeit, sich darauf einzustellen . . .“

Der „neue Mensch“, Deine Sehnsucht, lieber Ernst Gehmacher, schleicht sich also, wenn überhaupt, höchstens auf Samtpfötchen in die bestehende Gesellschaft ein. Umstürzen wird er sie kaum. Trotzdem gehört Deine Sehnsucht dem Umsturz, genauer: dem *„hellen Glück in den Augen“ . . .*, der *„Selbsterfüllung im Paradies einer liebenden Gemeinschaft“.*

Diesen Gedanken widmest Du das letzte Kapitel Deines Buches, nachdem Du alles Dir erreichbare statistische und/oder Dokumentarmaterial über die Jugend vorgelegt hast. Du skizzierst, scheu, fast gehemmt, so als wärst Du Dir Deiner Lieblingsgedanken (von denen viele auch die meinen sind) überhaupt nicht sicher, das Bild einer neuen Welt, eines neuen Menschen: der in Liebe und Frieden mit sich selbst und der ganzen Natur lebenden Menschheit. Und Deine Erkenntnis, daß es ausgerechnet die Atombombe ist, die uns — wollen wir nicht untergehen — zum Friedenmachen geradezu zwingt, die mag ich, die ist mir vertraut, das denk ich auch so lange. Trotzdem glaube ich, daß Du, so wie Du im eng politischen Bereich die Sozialpartnerschaft allzu rosig siehst; ihre negativen Seiten, die von ihr unterstützte oder sogar verursachte Trägheit so vieler Österreicher im intellektuellen und sozialen Bereich, die muffige Dunstglocke, die über unserem schönen Land liegt, einfach nicht wahrnehmen willst; oder sie nicht wahrnehmen zu wollen scheinst; trotzdem glaube ich, daß Du auch im weiteren, sozusagen geopolitischen Konzept eines allumfassenden Menschheitsglücks ähnliche Blindstellen hast. Um nur zwei zu nennen: Intelligenz scheint mir für die künftige Entwicklung der Menschheit keineswegs, wie Du andeutest, das wichtigste, hervorragendste Persönlichkeitsmerkmal des „neuen Menschen“ zu sein. Ich für meinen Teil glaube, daß Wärme, Zuwendung, Vertrauen wichtigere Eigenschaften sind, als recht gescheit zu sein. Gescheitsein führt zur Bombe, Vertrautsein führt zum Frieden. Und dann glaube ich, daß Liebe überhaupt nicht anders verwirklichbar ist als durch Arbeit.

Aber ich merk schon, jetzt beginnt aus meinem Brief an Dich unterderhand ein eigenes Buch zu werden. Deswegen mach ich Schluß. Ich habe Deines, trotz der Kritik daran, mit großer Freude gelesen. Vielleicht ist ein bißchen von

dieser Freude auch in diesem Brief spürbar geworden. Sei lieb von mir gegrüßt, aus dem tiefen Süden Frankreichs, wo meine Frau Lehreraustausch macht,

Dein Uwe Bolius.

Herwig Peterlik

Jugend
Zu Beginn der achtziger Jahre

Österreichischer Jugendbericht, herausgegeben vom Institut für Jugendkunde, erschienen im Verlag Jugend & Volk, Wien.

Dieses Buch enthält ein breites Spektrum von Themen: Gesundheit, Kriminalität, Politik, Lebensorientierungen der Jugendlichen, Jugend und Familie sowie die Benachteiligung von Mädchen in Familie, Schule und Gesellschaft.

Das war auch die Absicht der Autoren: *„. . . so muß dieses Bild die Vielfalt unserer Welt und die Erlebnisvielfalt der jungen Menschen wiedergeben. Es darf nicht die Vielfältigkeit des Menschen auf die Einfalt eines Schlagwortes reduzieren (Brunmayr und Schön im Vorwort).“*

Dem Thema unserer Nummer am nächsten ist Josef Hochgerners Artikel über Politik und politische Beteiligung der Jugendlichen. Er widerlegt das Klischee einer gegen die Elterngeneration politisch rebellierenden Jugend. *„Argumente, die den Generationskonflikt als eine Art quasinatürliche Konstante in die Diskussion über Jugend und Politik einführen, stehen somit zu überwältigenden Tatsachen in Widerspruch. Diese Paradoxie ist nur als Schutzbehauptung gegen die dahinter verborgenen wirkliche Ursachen oppositioneller Neigungen in der Jugend zu verstehen.“* Seine Thesen zur Entstehung von Jugendbewegungen entwickelte er, indem er die sozio-ökonomisch relevanten Rahmenbedingungen mit auffälligen Merkmalen der gleichzeitigen Jugend in Beziehung setzt. Dabei kommt er *„zu erstaunlich naiv anmutenden Wellenbewegungen der Politisierungsdiskussion, die überdies (publizistisch und wissenschaftlich gleichermaßen) gegenüber der jeweils tatsächlich aktuellen Entwicklung etwa zwei bis vier Jahre nachhinkt.“* Dabei wird für die Ausprägung eines „Typs eines Jugendcharakters“ ein Verzögerungsfaktor von ungefähr fünf Jahren angenommen.

Gut fand ich die genaue historische Abhandlung, wie

Jugendkriminalität gehandhabt wurde und wird, von Arno Pilgram. Interessante Informationen brachte auch der Bericht von Astrid Pazelt über Benachteiligungen von weiblichen Jugendlichen und was sich an diesen seit 1975 (Frauenbericht) geändert (oder besser: nicht geändert) hat.

Ein Kritikpunkt ist das Soziologendeutsch. Wesentliche Aussagen muß man manchmal herausfischen. Außerdem bewirkt der Versuch, viele Tabellen in einen Artikel zu quetschen, eine Verflachung des Inhalts, da zuwenig auf die Ursachen eingegangen wird. Hier gibt die historische Betrachtungsweise der erwähnten Artikel einen roten Faden, womit das umfangreiche Informationsmaterial besser eingeordnet werden kann.

Das Buch ist nicht von Jugendlichen aus persönlicher Betroffenheit geschrieben, sondern von Wissenschaftern, die sich mit Teilgebieten intensiv beschäftigt haben. Es gibt *„eine Bestandaufnahme des vorhandenen Wissens über die Lebensverhältnisse der Jugendlichen, will ein Verständnis vermitteln, was heute im Jugendbereich der Fall ist, und auf aktuelle und auch auf künftige Problemfelder aufmerksam machen (Vorwort)"*. Somit also einen Leitfaden geben für alle, die sich mit Jugend und Jugendlichen auseinandersetzen.

die geschichte sollten wir selber machen

Dorninger Christian

Einleitung

Die Beschäftigung mit Jugend, Jugendkultur, Jugendpolitik ist wieder aktuell; oder besser, war 1981 aktuell: Rascher als bei Modetrends wurde nach einigen Auflehnungsversuchen der Jungen analysiert und studiert, und als mit Beruhigung festgestellt werden konnte, daß Wien kein zweites Zürich werden wird, war der Spuk wieder vorbei. So begann nach dem 1. März 1981, wo ängstliche Wiener in der Innenstadt durch angebliche „wilde Horden, natürlich mit ausländischen Rädelsführern" zu Tode erschreckt wurden — und wahrscheinlich auch hier die Versicherungen blitzschnell „Schaufenster"- und „Krawallversicherungen" ersannen — die Zeit der professionellen und selbsternannten Jugendsoziologen: Die Großparteien veranstalteten Enqueten, wo ihre Jugendorganisationen die jugendliche Widerborstigkeit erklären und verteidigen durften, ja ÖVP-General Lanner kündigte sogar groß in einem Mittagsjournal eine „eingehende Analyse der Züricher Bewegung" an (August 81). Jugendsoziologen wurden um Thesen und Kalmierungsvorschläge ersucht, und findige Schreiber wußten rasch Bücher anzukündigen: So Ernst Gehmacher, der eine Analyse der heutigen Jugend schrieb oder das Buch „Jugend heute — betreut oder selbstbestimmt", herausgegeben vom Klagenfurter Psychologen H. Janig. Ein Jugendbericht 81 erschien (Jugendkundeinstitut) und Umfragen zeigten, daß Kreisky nicht mehr die dominante Vaterfigur vieler Jugendlicher ist, als die ihn eine IFES-Umfrage vom Jahr 1976 ausgewiesen hat.

Trotzdem war und ist das Thema „Jugendbewegung" anscheinend noch immer brisant: Ein Jugendsoziologe, für ein Klubseminar von SPÖ-Parlamentariern bestellt, wurde kurzerhand wieder ausgeladen und ein junger Mitarbeiter in der Arbeiterkammer Wien bekam größte Schwierigkeiten, als er sich mit der Broschüre „Jung sein in Wien — Grund für Unzufriedenheit" (Materialien zu Wirtschaft und Gesellschaft) engagiert für eine verbesserte und selbstverwaltete Wiener Jugendarbeit einsetzte. Anfang 1982 ist das Thema „Jugendprotest" wieder passé — von den deutschen Großstädten hört man wenig und auch im nahen Zürich scheint sich eine Bewegung wieder abgekühlt zu haben; und da nur allzu viele besorgte Eltern, Verwalter in der Jugendbetreuung, Scharfmacher oder Besitzer von Geschäften mit großen, schönen Auslagen sowieso der Meinung sind, so ein Protest könne doch nur importiert sein (bei uns gibt

es doch keinen Grund für Proteste), hat sich das „öffentliche Interesse" wieder beruhigt abgewendet — die Ursachen von „Krawallen" und Protesten bleiben weiter ungelöst.

Hier wäre zu wünschen, das Thema sorgfältig, ohne Sensationsgier (man denke nur an die Zeitungsschlagzeilen vom 2. März 1981) wieder aufzunehmen und Jugendkultur — Jugendpolitik im historischen Ablauf zu rekonstruieren. Möglicherweise fällt uns dann mehr ein als durch hektische Reports und wichtigtuerische Analysen.

Diese historische Rekonstruktion der Jugendkultur und Jugendpoltik seit 1945 ist das Anliegen der folgenden Artikel; wobei das Augenmerk nicht so sehr auf die kanalisierte, sprich Parteijugend, gelenkt werden soll, sondern auf autonome, eigenständige Entwicklungen — auch wenn diese gerade in Österreich oft nur in Ansätzen vorhanden sind und vorhanden waren.

Bemerkt sei, daß nicht nur die Literatur dazu im allgemeinen eher dürfig ist, sondern auch von etablierten Jugendorganisationen wenig Selbstkritisches zu finden ist: Über eher selbstgefällige Reminiszenzen oder parawissenschaftliche Untersuchungen „über" Jugendkultur und Jugendpolitik gehen die Ansätze kaum hinaus, und Selbstzeugnisse „bewegter" Epochen verschimmeln in Privatarchiven oder sind nicht mehr auffindbar.

Einige Ansatzpunkte lassen sich aber immerhin ausmachen:

- Der Konflikt um eine umfassende „Staatsjugend" erregte zu Beginn der Zweiten Republik die Jugendfunktionäre.
- Mit den fünfziger Jahren fand die Diskussion um die Wiedereinführung des Bundesheeres breite Resonanz, nicht nur in den Parteijugendorganisationen, und der Streit um die Weltjugendfestspiele zeigt die Abgrenzung gegenüber den „bösen" Kommunisten.
- Die Halbstarken-„Bewegung" Ende der fünfziger, Anfang der sechziger Jahre demonstriert die ersten schüchternen, „unpolitischen" Versuche, Konventionen der Erwachsenenwelt zu lockern oder abzustreifen.
- Dann ging's bereits in Richtung 68er Jahre und Studentenprotest: Die Ostermarschbewegung setzt einen Anfang mit Friedensmärschen und Aktionen außerhalb der etablierten Parteien. Mit der Studentenbewegung, die auch in Österreich spürbar und vorhanden war, änderten sich Lebenshaltungen und Lebensformen — von der Wohngemeinschaft über Kleidung bis zur Hochschulreform.
- Nach dem Absacken 1970/71 entstanden breite Fächer von Folgewirkungen: Von den K-Gruppen einerseits, die mit sozialem Masochismus politische Utopien kultivieren, über die Frauenbewegung, die die revolutionären männlichen Revolutions-Phallokraten satt hatte, bis zu Ökologisten und später den „Spontis", die in Harmonie mit natürlichen Grundlagen oder auch dem persönlichen Lustprinzip leben und arbeiten wollen.
- Mit der „Arena" wurde im Raum Wien 1976 ein grelles Blitzlicht auf die Misere großstädtischer und verordneter Jugendpolitik geworfen — das Niederschlagen und Verschleppen der Arena-Problematik wurde zum Symbol für die unmögliche Adminstrierbarkeit von Phantasie und deren Produkten.
- Irgendwo Ende der siebziger Jahre erfolgte der nächste Bruch im politischen Ritual: Hatte man als ehrsamer Bürger die Auswüchse der 68er in Form von Terrorismus gerade zitternd überstanden („der kommt schließlich aus dieser linksradikalen Ecke!") und sich an die heimlichen Sympathisanten mit Karriereblick schon gewöhnt, kommen neue Jugendliche: frecher, radikaler im Handeln; sie lassen sich kaum auf lange Gesellschaftsanalysen ein und sind daher auch unberechenbarer, vielleicht auch eine Spur verzweifelter, so daß Hinhaltetaktik mit Versprechungen noch weniger verfangen kann und keine taktischen Kompromisse mehr möglich sind. Sie mißachten nicht nur das parlamentarische Ritual und heben so den erschreckend steigenden Nichtwähleranteil — wo bleibt denn dann die Argumentation mit dem „Vertrauensvorschuß" der politischen „Repräsentanten"? —, sondern sie sind Mitbegründer von „grünen" oder „alternativen" Listen und sitzen dann als Schüler unter den um zwei Generationen älteren Mandataren im Kreistag (z. B. sitzen drei Schüler im Kreistag von Kassel, Hessen). So kommt nicht nur der Habitus der dynamischen Wirtschaftswundergeneration ins Wanken, sondern auch die ehrwürdigen 68er werden plötzlich kritisiert, sich „nur den Arsch warmgehalten zu haben".

All dies wird phasenweise an die Oberfläche von „Öffentlichkeitsträgern" und ins politische Umfeld gespült; die Reaktionen sind durchsetzt mit Drohungen, Vergeltungsmaßnahmen und „hartem Durchgreifen", ein Ausdruck der Ratlosigkeit, warum „unsere Kinder", die Kinder der Betonwüsten, der städteüberziehenden Großraumbüros mit Autoabstellplätzen für motorisierte Alleskäufer, der Wirtschaftswundergeneration und Ressourcenverschleuderer plötzlich und immer wieder zu rebellieren beginnen.

Gerhard Bisovsky

„Halbstarke":

Die „Krawallmacher" in den fünfziger Jahren

Am 1. Jänner 1958 wurden die Besucher des Neujahrsgottesdienstes im Wiener Stephansdom Zeugen von Zusammenstößen von mehreren hundert „randalierenden Halbwüchsigen" und der Polizei in der Kärntnerstraße. Die „Halbstarken" warfen Feuerwerkskörper unter die Fußgänger, hielten den Verkehr auf und beschädigten mehrere Kraftfahrzeuge. Eine Kompanie Bereitschaftspolizei und sechs Funkwagen griffen ein, um „Ruhe und Ordnung" zu schaffen.[1]

Die „Halbstarken", das waren in erster Linie Unterschichtjugendliche im Alter von ca. 14 bis 24 Jahren. In den fünfziger Jahren war diese Bewegung, die um 1956/57 im Form mehrerer „Großkrawalle" ihren Höhepunkt erreichte, der Protest gegen die Integration in die sich herausbildende industrielle Konsumgesellschaft. Die „Halbstarken" waren wahrscheinlich keine gesellschaftliche Mehrheit, prägten aber das damalige Bild der Arbeiterjugend. Rosenmayr sprach in einer Untersuchung (1959) davon, daß ca. 40 % der österreichischen Lehrlinge in einer „Bande" seien.

Es war kein Protest, der durch politische Inhalte geprägt war — im Gegensatz zur 68er-Bewegung —, es war auch kein Protest, der — wie damals oft unterstellt — von politischen Gruppierungen gelenkt oder benutzt wurde. Es war vielmehr eine Protesthaltung, die einerseits den ganzen ideologischen, sozialen und ökonomischen Schutt aus dem Faschismus mitschleppte, sich andererseits gegen die Verfestigung der Industriegesellschaft, gegen die Integration in das damals dominierende Leistungsdenken wandte. Genauso widersprüchlich, inhaltlos, unpolitisch, aber stark emotional geprägt war dieser Widerstand.

Der Begriff „halbstark" existiert natürlich schon länger als die „Halbstarken"; er tauchte bereits um die Jahrhundertwende in einigen westeuropäischen Ländern auf. Ab dem Beginn der fünfziger Jahre wurden „randalierende Jugendliche" in den Medien als „Halbstarke" bezeichnet. Aus der deutschen Bewegung gibt es Flugblätter, in denen sich Jugendliche selbst als „Halbstarke" bezeichnen. Übersehen werden darf allerdings nicht, daß dieser Begriff aus der Erwachsenenwelt kommt, die nur zum Teil in diesen Jugendlichen eine Bedrohung sahen. Zum größeren Teil aber steckt im Begriff „halbstark" viel Geringschätzung, man belächelte diese Jugendlichen wahrscheinlich mehr als man sie fürchtete.

Wer waren die „Halbstarken"?

Die Materialien der Polizei aus den fünfziger Jahren geben ein Bild darüber, was der Öffentlichkeit an den „Halbstarken" mißfiel: Belästigung, Beleidigung, Anrempelung oder Bedrohung von Erwachsenen, Erzeugung von Lärm durch Mopeds oder Knallkörper, Behinderung des Verkehrs an Gehsteigen und Straßen, manchmal die Beschädigung fremden oder öffentlichen Eigentums, zum Teil auch die unerlaubte Benützung fremder Fahrzeuge.[2]

Die „Halbstarken" trafen sich an Straßenecken, führten untereinander „Schmäh", hatten in ihren Gesprächen aber viele Tabus, wie z. B. Arbeit oder Schule und Elternhaus. Gefühle durften eigentlich nicht gezeigt werden. Leute auf der Straße wurden „angemacht": *„Zwei Mädchen, eine Röhrenhose und ein Petticoat, weichen der Gruppe aus, indem sie auf die andere Straßenseite wechseln. „Hat euch die Mama aber fein gemacht!", „Warum so stolz, Goldzahn? ", „Ist das alles echt? " Einer setzt sich, sein Moped, bis es anspringt, schiebend, in Trab und springt, als es losknattert, akrobatisch in den Sattel. Er umkreist die beiden Mädchen eine Minute lang, so daß sie nicht weitergehen können, und kommt dann zurück, da ihm offensichtlich nichts Weiteres einfällt. Dennoch wird er mit Anerkennung empfangen, zwei oder drei intonierten „Tutti frutti", begleitet von rhythmischem Klatschen, dann heulen alle Motoren auf, ohne daß ein Wort gefallen ist, sitzen alle auf den Maschinen, die zu Fuß gekommen sind, hintenauf, und man fährt mehrere Male um den Häuserblock. Nach fünf Minuten stehen sie wieder an der gleichen Stelle, jetzt fast 30 Jugendliche. Die Stimmung steigt proportional zum Anwachsen der Gruppe. Es muß etwas geschehen und deshalb werden Vorschläge gemacht . . ."*[3]

Die „Blase", die „Platte", oder wie die Gruppen, in denen sich die Jugendlichen, vorwiegend männliche, trafen, schienen all das zu bieten, was die Erwachsenen versagten oder nicht zu geben imstande waren: Geborgenheit und vor allem Anerkennung. Die Anerkennung, die in der Arbeit nicht existierte, wurde errungen durch diverse Moped- und Fahrradkunststücke. Man fuhr in Gruppen durch Straßen, um Wohnblöcke, in Parkanlagen herum. Ein ausgeprägtes Männlichkeitsstreben rang um Anerkennung. Vergeltung war für die „Halbstarken"-Gruppen ein wichtiges Element. Beispielsweise werden des öfteren Polizeistationen gestürmt, um ein Gruppenmitglied zu „rächen", das dort mißhandelt wurde, oder ähnliches.

Die Gruppe selbst strahlte aber wenig Wärme aus, sie ist „die letzte und schlechteste Möglichkeit, frei zu bleiben, und das wollen wir . . ."[4]

Rache

Zweifellos sollten die „Hetz" und diverse „Mutproben" die Aufmerksamkeit der Erwachsenen erregen. Gleichzeitig dokumentierten sie aber auch die tiefe Verachtung gegenüber der Erwachsenenwelt. *„Die Kluft zwischen jung und alt vergrößerte sich überall in der Welt. Der sich festigenden Welt der Erwachsenen standen die ‚Halbstarken' gegenüber. ‚Ihr dreht euch geschäftlich den Hals um, intrigiert, um besser bezahlte Posten', schrieb einer von ihnen: ‚Laßt, anstatt mit Gummiknütteln zu drohen, Männer auf uns los, die zeigen, wo der Weg ist. Nicht mit Worten, sondern mit ihrem Leben'."*[5]

Struktur der Gruppen

Die Gruppen waren fast „anarchisch" strukturiert. Es gab kein festgelegtes „Oben" und „Unten". Erst die Anerkennung für irgendwelche „Taten" schuf ähnliche Strukturen, die aber nicht zementiert wurden, sondern immer wieder andere Personen beinhalteten, je nachdem, wer halt wieder „etwas gemacht" hat. „Führer" gab es de facto keine. Günther Kaiser berichtete von einer Hamburger Gruppe, die einen „Führer" gewählt hat. Als dieser jedoch seinen ersten und einzigen „Befehl" gab, folgte ihm niemand . . .[6]

„Halbstarken"-Gruppen waren vornehmlich auf den städtischen Raum konzentriert, und dort wiederum vor allem in sehr dicht besiedelten Gebieten. Auch in Industriegebieten gab es solche Gruppen: beispielsweise erfuhr ich von der Existenz der „Gelben Kanaries" im Raum Kapfenberg, die etwa um die Mitte der fünfziger Jahre ihr „Unwesen" trieben. Sie waren männliche Jugendliche, deren Gemeinsamkeit in den knallgelben Hemden, die sie trugen, bestand. Durch ihre „ätzende Wirkung"[7] fielen sie in der Öffentlichkeit auf, randalierten gegen „Sitte und Anstand", waren im Besitz von Waffen und vollzogen kleinere kriminelle Delikte, wie z. B. Autos aufbrechen oder stehlen.

Die Kriminalität der „Halbstarken" ist eine reine Angriffs- oder Schädigungskriminalität, aber keine Nutzkriminalität.[8] Dies dürfte auch in Zusammenhang mit dem Versuch stehen, die verwehrte Anerkennung zu kompensieren. Jugendliche, die in Lehrverhältnissen standen, wuchsen in einer Umwelt auf, deren Mittelpunkte materielle Werte und Leistungsstreben waren, gaben die schlechtbezahlte Lehre auf, wechselten in Hilfsarbeiterberufe, die zwar eine höhere Bezahlung, aber nur wenig zufriedenstellende Tätigkeiten boten. Dieser Druck gesellschaftlicher Normen beinhaltete Ungeborgenheit und soziale Entfremdung, obwohl gleichzeitig ein scheinbarer Status errungen wurde (mehr Geld). Die Tendenz zur Vereinzelung, ein extremes Konsumverhalten, sind zu beobachten. Gerade letzteres dürfte daraus zu erklären sein, daß nach dem Krieg ein

extremer Nachholbedarf an Vergnügungen, an Konsum, bestanden hat.[9] In den fünfziger Jahren wurden diese Tendenzen durch die aufkommende Freizeitindustrie, durch die Verfestigung kapitalistischer Normen und Strukturen noch extrem verschärft.

Fast jeder Autor beklagte damals diese Tendenzen und das gleichzeitige Desinteresse für Politik. Der deutsche Pädagoge Hans Heinrich Muchow spricht von einer Jugend ohne Gefühle, von einer Jugend, die mit „Einsiedlerkrebsen" vergleichbar sei, Aufsplitterung und Inkonsequenz sind weitere Merkmale.[10] *„Die heutige Jugend hat den Verdacht auf sich gelenkt, eine sehr ‚unpolitische' Jugend zu sein. Ihr ist das Leben wichtiger als die ‚Politik' . . . Der junge Mensch überläßt sich jenen Reichen, von denen er meint, daß sie ‚unpolitisch' seien: dem Konsum, der Musik und dem Tanz, dem Sport, wenigstens als Zuschauer; dem Traumland ‚Bild', den Privathobbies einschließlich des früherotischen und eheuntauglichen Mann-Frau-Spiels."*[11]

Dieses „eheuntaugliche Mann-Frau-Spiel" war nichts anderes als das beginnende Erwachen der Sexualität, nachdem solche Gefühle vom Faschismus und von der Elterngeneration der Halbwüchsigen in den fünfziger Jahren verschüttet wurden. Nachdem fast drei Jahrzehnte lang Erotik den Jugendlichen de facto verboten war, scheint diese nun früher auszubrechen und wird zum Merkmal der damaligen Jugend erklärt. *„Der veränderte biologische Status der Jugend und die verfrühte se uale Reifung, . . . sind nun der objektive feststehende Vordergrund im Typus des Jugendlichen von heute".*[12]

1968 führte der Ausbruch aus der sexuellen Beklommentheit zumindest teilweise zu einer Befreiung, als die gängigen Normen gesprengt wurden. Nicht so in den fünfziger Jahren. Die „Halbstarken" praktizierten sie als Doppelmoral. In Bezug auf Mädchen gab es klare Vorstellungen von Wohlverhalten: nur wenige waren Bandenmitglieder und somit „anständig" und „kumpelhaft", die Sexualkontakte der Burschen wurden aber außerhalb der Gruppe gesucht. Insofern klassische, wahrscheinlich vom Faschismus noch unmittelbar geprägte, Moral- und Sexualkodici, während die faktische Norm von Aufmüpfigkeit geprägt war.[13]

Der Rock'n'Roll und der Jazz

In erster Linie der Rock'n'Roll, aber auch der Jazz, wurden von den „Halbstarken" begeistert aufgenommen. Fast in ganz Europa war 1956 eine „Großkrawallwelle" zu verzeichnen, als der zweiteilige Film „Rock around the clock" („Außer Rand und Band") lief. Bei Rock'n'roll — und auch bei Jazz-Konzerten kam es immer wieder zu Krawallen. Der Tagespresse war dies natürlich Anlaß genug, um diese „wilde Musik" verantwort-

lich zu machen für die „Halbstarken" und die Krawalle.

„Die Überakzentuierung des „beat" — das gleichmäßige Durchschlagen der schwachen Taktteile — ist ihm eigentümlich (dem Rock'n'Roll — G. B.) Dadurch gewinnt er eine Eindringlichkeit, der sich junge Zuhörer nicht immer zu entziehen vermögen. Er wirkt wesentlich primitiver als der Jazz, welcher dagegen kühl, durchsichtig, ja nicht selten intellektuell anmutet. Die Primitivität des Rock'n'Roll vermag die Motorik der Halbwüchsigen in den Krisenjahren bei der gegebenen phaseneigentümlichen Bereitschaft zum Exzeß ins Unangemessene zu steigern und kommt daher dem Erlebnisdrang entgegen. Die Unzufriedenheit weicht der durch den Lustgewinn erzielten Zufriedenheit."[14]

Auch bei Großkonzerten des Jazz, vor allem bei Größen wie Louis Armstrong oder Lionel Hampton, kam es zu Krawallen. *„Denn hier geht es weniger darum, konzertanten, also gesellschaftsfähigen Jazz, zu bieten, als vielmehr vor allem durch Schlagzeugorgien die Halbwüchsigen allmählich in den erwünschten ekstatischen Zustand gleiten zu lassen."*[15]

Der Rock'n'roll war eben keine „gesellschaftsfähige" Musik mehr, ebenso der Jazz. Vielmehr war es das Lebensgefühl, das durch diese Musik verkörpert wurde. *Rockmusik bietet in ihren vielfältigen Erscheinungsformen und Moden der Jugend die Möglichkeit einer sprachlosen Verständigung, einer Solidargemeinschaft, die durch den Gebrauch gemeinsamer Symbole ihren Protest gegen die überlieferten Verhaltensweisen der Erwachsenenwelt signalisiert, letztlich aber die tatsächlichen Normen und Werte der Gesellschaft unangetastet läßt und übernimmt."*[16] Viel von dieser Emotionalität, die im Rock steckt, ist allerdings durch die totale Kommerzialisierung kaputt gemacht worden. Interessant ist, daß „Rock'n'Roll" ein Slang-Ausdruck für „Beischlaf" ist und „Schaukeln und Wälzen" oder ähnliches bedeutet.[17]

Der Rock'n'roll war nicht ein auslösender Grund für die „Halbstarken-Krawalle", sondern reflektierte zum Teil diese Bewegung.

Zur Geschichte der „Halbstarken"

1952 berichtete ein New-Yorker Geistlicher, daß man nicht nur „schlechten Menschen" gegenüberstünde, sondern vielmehr solchen, die *„sogar die Begriffe ‚gut' und ‚böse' ablehnen. Horden ‚junger Menschen schwärmen durch unsere Straßen, machen sie unsicher und machen es immer schwieriger, kleine Oasen von anständigem Benehmen und Kultur aufrechtzuerhalten."*[18]

Etwa 1952 fielen in London junge Leute auf, die sich nach der Mode aus der Zeit Edwards VII. auffällig kleideten. Sie

trugen lange, taillierte Jacken mit runden, sehr breiten Schultern, schmalen Aufschlägen und Samtkragen, einen Umschlag am Rockärmel, enge Hosen und Brokatwesten. Dazu noch Wildlederschuhe und auffallende grellbunte Schlipse, die entweder sehr schmal oder überbreit waren.[18] Sie nannten sich „Edwardians" und dann später „Teddy-Boys" („Teddy" war ein Kosename für Edward). Ein Teil von ihnen spielte in englischen Großstädten eine ähnliche Rolle wie die „Halbstarken" im deutschsprachigen Raum.

In Schweden und in der BRD fallen bereits 1952 „Gruppenexzesse junger Menschen"[20] auf.

In seiner 1953 veröffentlichten Schrift „Der junge Arbeiter von heute — ein neuer Typ" weist Bednarik bereits auf das „Halbstarken"-Phänomen in Wien hin. Danach fallen „allabendlich an bestimmten Straßenecken, zumeist vor Kinoeingängen und Rummelplätzen, Gruppen von Burschen . . . durch geradezu exzentrische Aufmachung und die Art, sich bloß flüchtig in Rudeln zu formieren"[21] auf. „Jeder Städter dürfte schon einmal in Berührung gekommen sein mit den provozierenden und randalierenden Rowdys."[22]

Auch aus der DDR wurde ähnliches berichtet. Anfang 1956 meldete dpa, daß sich „nach Angaben der Presse der Sowjetzone . . . im Bezirk Dresden . . . seit einem halben Jahr die Fälle, in denen Jugendliche Straßensperren errichteten, erschreckend gehäuft hätten."[23] „Anfang Oktober 1956 kam es in Rostock nach einer Vorstellung im Lichtspieltheater „Capitol" auf dem Blücherplatz zu Zusammenstößen von etwa 300 zusammengerotteten Jugendlichen, welche die Polizei bedrohten."[24] Am 22. 10. 1957 gab es in Ost-Berlin ein großes Jugendforum, das mit einem Eklat der „Halbstarken" endete.

Auch in der Sowjetunion gab es 1956/57 ähnliches: „Chuliganen", nach dem englischen „Hooligans", entwickelt sich als „junge Trunkenbolde und Rowdies zu einer Landplage". Wobei im Gegensatz zu den „Halbstarken" in Europa der „Alkoholexzeß" stärker im Vordergrund stand. Ähnliches auch zur selben Zeit in der Tschechoslowakei und Polen.

In den USA sprach die Presse bereits Anfang März 1954 von den „drei neuen R": Rowdytum, Radau und Revolte. Rock'n'roll-Konzerte und -Filme führten immer wieder zu Krawallen, an denen oft mehrere tausend Jugendliche (1957 blockierten 5000 Jugendliche am New-Yorker Times Square die Eingänge eines Kinos, während ca. 3500 den Film sahen) teilnahmen.

In England eskalierten die „Krawalle" ebenfalls nach Konzerten und Filmen am meisten. Am 30. August 1958 kam es in Nottingham und an den folgenden Tagen im Londoner Bezirk Notting Hill zu Ausschreitungen gegen farbige Jugendliche, die

im wesentlichen von Teddy-Boy-Gruppen inszeniert wurden. Farbige schienen den Jugendlichen bloß willkommene Objekte, vermeintliches „Freiwild" für ihre Aggressionen zu sein: „If it were not coloured men it would be some other target."[25]

Auch aus den nordischen Ländern, aus Spanien („Gamberros") und aus Griechenland berichtet Günther Kaiser von „Halbstarken"-Erscheinungen. Während Frankreich, Italien und der Schweiz „das Phänomen der ‚Halbstarken' noch weitgehend fremd zsein"[26] scheint.

In Österreich gab es im Spätsommer 1956, „den allgemeinen Höhepunkt der „Halbstarken"-Exzesse, an Wiener Volkshochschulen Diskussionsabende zum Thema „Wir und die Halbstarken". Die vorhergehenden Ausschreitungen waren aber, laut Kaiser, noch unbedeutend. Aus Innsbruck berichtete die „Tiroler Landeszeitung" vom 28. 8. 1956, daß die Polizei einige „Halbstarken-Gangs" zerschlagen habe, bevor diese ihre großen Aktionen begonnen hätten. Im Sommer 1957 kam es in Wien zu einer Serie von „Halbstarken-Wirbeln". Zwar waren „die alarmierenden Übergriffe einzelner Platten von Halbstarken ... Gegenstand einer Enquete"[27], und der Wiener Polizeipräsident erklärte, „wir werden in den nächsten Tagen ganz rigoros gegen das Unwesen der jugendlichen ‚Platten' in Wien einschreiten"[28], aber die Kampfansage der Wiener Polizei an die jugendlichen Plattenbrüder hat diese ... nicht (gleich) einzuschüchtern vermocht"[29]. Schon einige Tage später kam es zu neuen Ausschreitungen.

Bei der zweiten Aufführung des Stückes „Das Tagebuch der Anne Frank" kam es im Linzer Landestheater am 20. 10. 1957 zu Krawallszenen. „Es handelte sich um vorbereitete Aktionen eines Rudels von Halbstarken, die bereits im Vorjahr in Linz einen Theaterwirbel inszeniert hatten."[30]

„200köpfige Krampusbanden machten Krawall. Das Überfallskommando gegen 14jährige Buben.

Mit Knallerbsen, Leuchtraketen und Ruten wurden Passanten belästigt/Die ärgsten Rädelsführer mußten aufs Wachzimmer/Polizei im Großeinsatz."[31] „Gestern Halbstarkenenquete. Tagesbefehl: Gummiknüppel gegen Halbstarke. Polizeipräsident Holaubek hat alle Organe nachdrücklich angewiesen, jede Bildung von aggressiven Gruppen schon im Keim zu ersticken bzw. bei Ausschreitungen mit aller Schnelligkeit und Energie vorzugehen. Wenn Jugendliche diese Warnung nicht verstehen wollen, dann müssen sie mit dem schärfsten Einschreiten ... rechnen."[32]

Die „Langeweile"

1952 ging die Stockholmer Polizei mit „blanker Waffe" gegen Gruppen von Jugendlichen vor, die einen Stadtpark „unsicher" machten. Einige der Verhafteten erkärten: „*Wir haben nur ein bißchen Spaß gemacht.*"[33]

Ihnen ist ja nur langweilig, sie wissen nicht, was sie tun, das war im großen und ganzen auch der Tenor der Tagespresse.

Die Eltern jagten dem Erfolg nach, die Kinder wurden darüber vergessen, „Halbstarke" sind ungebundene Halbwüchsige, die ihre Freizeit im unproduktiven Zusammensein mit Alters- und Geschlechtsgenossen in lockeren Gesellungen zubringen. Sie „langweilen sich" und die „Welt langweilt sie".[34] Letztlich ist das doch genau die Haltung, die im Kapitalismus notwendig ist: fast apathisch, gleichsam passiv die Konsumwelt erwartend.

Gleichzeitig schien diese „Langeweile" anzuöden, wurde als Unbefriedigtheit spürbar und machte sich auch als solche Luft. Konsum birgt beides in sich: die Leere, die Langeweile, Gefühlslosigkeit und Ohnmacht, gleichzeitig aber deckt er einen Teil von Bedürfnissen ab. Die Verbreitung des Rock'n'Roll über die ganze Welt wurde erst durch die Einbindung in die gigantische Freizeitindustrie möglich, konnte aber gleichzeitig das Verlangen nach Befriedigung, nach Ekstase in einer Leistungs- oder berufekstatischen Welt, befriedigen. Und verhilft auch jenem Konfliktpotential zum Durchbruch, das sich nach Rock'n'Roll-Filmen und -Konzerten entlud.

„Halbstarke" – hat es solche schon immer gegeben oder sind sie ein völlig neues Phänomen?

Ich würde sagen: Weder – noch. Gruppen von Jugendlichen, „Banden", wie immer man sie bezeichnen mag, gab es schon vor den „Halbstarken", auch heute gibt es ähnliches – vor allem bei Kindern, die aus dem proletarischen Milieu kommen. Insofern sicher nichts Neues. Was in den fünfziger Jahren anders war, war vor allem ein „auffälliges Randalieren von Halbwüchsigengruppen in der Öffentlichkeit"[35]. Die „Halbstarken-Krawalle" gingen zweifellos über den Grad herkömmlicher „Jugendstreiche" hinaus. Die Auflehnung gegen „Sitte und Anstand" bei gleichzeitiger Verinnerlichung dieser Normen und die Suche nach Geborgenheit, Zärtlichkeit, Anerkennung etc. bei gleichzeitiger Verachtung dafür, sind meiner Meinung nach im Zusammenhang mit der sich herausbildenden (Europa nach dem Krieg) und der sich festigenden (z. B. USA) industriellen Gesellschaft zu sehen. Gleichzeitig blieb aber kein Platz für „menschliche Werte". Einmal, weil diese gar nicht mehr vorhanden waren: Familienverhältnisse waren nach dem Krieg zum Teil zerstört. Zum anderen wurde es immer notwendiger, daß beide Elternteile arbeiten gingen, immer den Traum oder die Illusion vor sich herschiebend, es später besser zu haben. Obwohl dem objektive Grenzen durch die Herkunft gesetzt waren (der Großteil der „Halbstarken" stammte aus Arbeiterfamilien).

„*Die heute 15- bis 25jährigen Menschen wurden entweder*

während des Krieges geboren oder verbrachten während des Krieges und der ersten Nachkriegszeit jene Entwicklungsjahre, die den Menschen erfahrungsgemäß am nachhaltigsten formen und bestimmen".[36] Es waren Jahre mit einer auf *„die Spitze getriebenen Unmoral und des Unrechts"*[36] (Faschismus), sie zerbrachen Ideale und Hoffnungen, bestraften Offenheit und Vertrauen, lehrten Mißtrauen und Skeptizismus, Schlauheit und Rücksichtslosigkeit. Der vielversprechende Anfang nach dem Krieg mündete bald in *„das alte verlogene System"*[36]: Kalter Krieg, Proporzdemokratie, Protektions- und Profitwirtschaft. Die Mütter und Väter überlieferten ihren Kindern all das, was ihnen jahrelang eingebleut wurde: *„Sei nicht so blöd, glaube an nichts, verbrenn dir nicht die Finger, pfeif auf die anderen, schau nur auf dich selbst!"*[36] Die Folge war eine skeptische, mißtrauische Jugend, die Ideale mit Illusionen gleichsetzt. Einfache und starke Gefühle gingen verloren, wurden verborgen oder verheimlicht. Die Jugend sei gefühllos, unmoralisch und verroht, hieß es mancherorts. *„Aber es ist nicht so sehr die Jugend, die gefühllos und roh ist, sondern die Gesellschaft, in die sie hineingeboren wurde . . ."*[36]

Muchow berichtet in „Die Jugend" wie er, nach fünfjährigem Militärdienst 1945 in den Schuldienst zurückgekehrt, erkennen mußte, daß er, der als Lehrer und Erziehungsberater vor dem Krieg einen so lebendigen Kontakt mit der Jugend gehabt hatte, nun an sie nicht herankam. War es die katastrophale wirtschaftliche und soziale Lage oder war es die nationalsozialistische Erziehung, die daran Schuld trugen? *„. . . es war ein fundamentaler Wandel der Lebensverhältnisse und des Lebensgefühls des zwanzigsten Jahrhunderts, der nun nach verschiedenen Hemmungen, wie Weltwirtschaftskrise, NS-Weltkrieg so plötzlich und radikal zum Durchbruch kam . . ."*[37] Es war sicherlich kein positiv besetztes Lebensgefühl, das da hervorkam. Am ehesten vielleicht noch für jene Generation, deren Hoffnungen durch den zweiten Weltkrieg zerstört worden sind. Sie hatten wenigstens das Geld vor Augen und waren auf diese Weise sicher glücklich. Die Jugend in den fünfziger Jahren sah bei ihren Eltern nur, wie sie in die pausenlose Arbeit flüchteten.

Gleichzeitig waren die Wohnverhältnisse vor allem für Arbeiterkinder extrem schlecht. Man lebte mit mehreren Kindern in viel zu kleinen Wohnungen. Die eigene soziale Herkunft wiederum desillusionierte alle Träume.

Was blieb war Gefühllosigkeit, obwohl man Gefühle wollte, die Identität nach außen (Männlichkeitsgehabe . . .), obwohl die eigene (innere) Identität gleichzeitig gesucht wurde.

Man neigt leicht dazu, die „Halbstarken" ausschließlich aus der Nachkriegssituation, aus materieller Not, Wiederaufbau etc. zu erklären. Dem spricht aber entgegen, daß z. B. ein Land wie

Schweden, das ja keinen Krieg erlebt hat, ebenso „Halbstarke" hatte. Dazu ist noch zu bedenken, daß die „Halbstarken" erst ab Beginn der fünfziger Jahre in Erscheinung traten. Zu einer Zeit also, wo der Weg in die Konsumgesellschaft, in die „Wohlstandsgesellschaft" auch in den vom Krieg zerstörten Ländern bereits sichtbar war.

Die Reduktion der „Halbstarken" auf ein reines „Kapitalismusphänomen" ist meiner Meinung nach genauso unzulässig wie die „Halbstarken" als „Dekadenzerscheinung" dieser Gesellschaft zu bezeichnen. Ich will hier nicht den Kapitalismus reinwaschen, letztlich birgt er genug Konfliktstoff in sich, so daß sich immer Widersprüche auftun, die Widerstand hervorrufen. Man darf aber nicht übersehen, daß in Ländern des „realen Sozialismus" es auch „Halbstarke" gab, die dort zum Teil natürlich „politischer" waren, als die Rebellion gegen den totalitären Staat noch hinzukam. Meiner Meinung nach waren in den fünfziger Jahren sowohl im Osten wie im Westen ähnliche Tendenzen zu beobachten: Technisierung fast aller Lebensbereiche, Entfremdung, Kälte . . . Die Quantität wurde großgeschrieben, während Fragen nach der Qualität des Lebens (wie, unter welchen Bedingungen leben?) dem Wachstumsfetischismus untergeordnet waren.

Erst heute drängt die Frage nach der Qualität des Lebens in den Vordergrund.

Nun noch kurz einiges zur Arbeit an diesem Artikel: die größte Schwierigkeit bestand darin, geeignete Unterlagen zu finden. Einmal gibt es über die österreichischen „Halbstarken" de facto kein Material. Man müßte sich, um dieses Thema weiterzuverfolgen, stärker auf Zeitungsartikel stützen, sowie Augenzeugenberichte „aufspüren". Das ist ein Unterfangen, das vom zeitlichen Aufwand her die Arbeit am „SCHULHEFT" einfach überfordert. Nichtsdestotrotz möchte ich mich weiter mit den „Halbstarken" beschäftigen und daher an unsere Leser appellieren, vor allem an die heute etwa Fünfunddreißig- bis Vierzigjährigen, die „SCHULHEFT"-Redaktion zu unterstützen. Es wäre uns schon eine Erleichterung, wenn Sie bei der Suche nach Augenzeugen und nach Literatur behilflich sein könnten. Oder vielleicht waren unsere Leser Augenzeugen? Auf jeden Fall: schreiben Sie bitte an die Redaktion.

Noch einmal zurück zur Literatur: die Arbeit wurde auch dadurch erschwert, daß fast die gesamte pädagogische Literatur bis 1968 ziemlich reaktionär ist.

Abschließend möchte ich noch festhalten, daß ich mit diesem Artikel keinen Anspruch auf Vollständigkeit erhebe. Es fehlen vor allem die Hinweise auf Gründe, die im psychologischen Bereich zu suchen sind (z. B. Autoritätsverlust der

„Älteren", Zerfall der Familie . . .). Dieser Artikel soll Grundlage für eine weiterführende Arbeit sein.

Fußnoten

1 nach Günther Kaiser, Randalierende Jugend, Heidelberg 1959.
2 Franz Strobl, Die „heutige Jugend" in: Weg und Ziel 7/8, 1960.
3 Bikini, Die fünfziger Jahre, Berlin 1981 (Katalog zu einer Ausstellung.
4 Leserbrief eines 19jährigen „Halbstarken" in: Ernst Fischer, Probleme der jungen Generation, Wien 1963.
5 Stella Klein-Löw, Die Nöte der Jugend in: AZ vom 6. 7. 1981.
6 Günther Kaiser, ebd.
7 Leserbrief . . . in: Ernst Fischer, ebd.
8 Günther Kaiser, ebd.
9 Wolfgang Kos, Interview mit Heinz Nittel, Österr. Phonothek.
10 Hans Heinrich Muchow, Der Typus des Jugendlichen von heute in: Die Jugend (Zeitschrift des Österr. Bundesjugendringes) Nr. 4/1961.
11 Gustav Granditsch, Der junge Mensch vor den Mächten der Politik in: Die Jugend 10/1962.
12 Hans Heinrich Muchow, ebd. Nr. 3/1961.
13 Gespräch mit Marina Fischer-Kowalski vom 26. 1. 1982.
14 Günther Kaiser, ebd.
15 Günther Kaiser, ebd.
16 Andi Brauer; Schaukeln und Wälzen in: Bikini, ebd.
17 Andi Brauer, ebd.
18 Middendorf, Jugendkriminologie, zit. nach Günther Kaiser, ebd.
19 Bondy u. a., Jugendliche stören die Ordnung, München 1957.
20 Günther Kaiser, ebd.
21 Bednarik, Der junge Arbeiter von heute – ein neuer Typ, Wien 1953.
22 Bednarik, ebd.
23 Günther Kaiser, ebd.
24 Günther Kaiser, ebd.
25 Günther Kaiser, ebd.
26 Günther Kaiser, ebd.
27 Die Presse, 2. 8. 1957
28 Die Presse, 31. 7. 1957.
29 Die Presse, 8. 8. 1957.
30 Die Presse, 22. 10. 1957.
31 NK, 6. 12. 1955.
32 Kurier, 2. 8. 1957.
33 Günther Kaiser, ebd.
34 Günther Kaiser, ebd.
35 Günther Kaiser, ebd.
36 Günther Kaiser, ebd.
37 Hans Heinrich Muchow, ebd.

Gerhard Bisovsky

Ostermarschbewegung in Österreich

1960 griff die aus England kommende, Ende der fünfziger Jahre von Bertrand Russell initiierte Idee des Ostermarsches auf Norddeutschland über. Bereits 1961 gab es Ostermärsche in verschiedenen deutschen Bundesländern. 1962 marschierten in der BRD 15.000, bei den Schlußkundgebungen wurden 50.000 gezählt[1] 1962/63 griff die Ostermarschbewegung auch auf Österreich über.

Am 21. April 1963 fand der erste Ostermarsch in Österreich statt. Mehr als 500 Personen zogen von Mödling über umliegende Orte nach Wien, wo am Josefsplatz die Abschlußkundgebung von ca. 1.500 Personen[2] abgehalten wurde. Dort sprach Robert Jungk zu den Demonstranten.

Jungk war die Gallionsfigur der Ostermarschbewegung, die im wesentlichen ein Bündnis von linken Gewerkschaftern, der KPÖ, der Freien Österreichischen Jugend (FÖJ – Jugendorganisation der KPÖ), SP-Jugendorganisationen wie VSStÖ und VSM, sowie Kräften darstellte, die, wie Robert Jungk, dem liberalen Lager zugerechnet werden können. Auch die Quäker marschierten mit. Offiziell wurde die Ostermarschbewegung von der SPÖ nie unterstützt, sie nahm aber auch nicht dagegen Stellung. Einzelne SP-Bürgermeister sprachen allerdings bei Kundgebungen der Ostermarschbewegung in den umliegenden Orten von Wien.

Die Initiative soll von KPÖ-Kreisen ausgegangen sein, was zu Vermutungen Anlaß gab, daß das Scheitern der Volksfrontpolitik die KP zu einer noch breiteren Bündnispolitik hinzog.[3]

Am Anfang stand – wie fast immer in Österreich – die Gründung eines Vereins, der „Aktion für Frieden und Abrüstung" (Ostermarsch gegen Atomgefahr). Als „theoretische Grundlage" bot sich für die Ostermarschbewegung eine *„Erklärung österreichischer Wissenschafter vom Februar 1962 an, die auf Initiative des unvergeßlichen Pazifisten und Sozialisten Prof. Dr. Hans Thirring zustandegekommen war und die Unterschriften sehr angesehener und politisch völlig ‚unverdächtiger' Akademiker trug."*[4] Die Kernsätze dieser Erklärung lauteten: *„Länder wie die Schweiz und Österreich könnten, auch wenn keine einzige Bombe auf ihr Gebiet fiele, nicht als Oasen inmitten einer völlig zerstörten Wüste weiterleben . . . Der Unterschied zwischen dem Schicksal der Kriegführenden und der Neutralen würde nur darin bestehen, daß die ersteren rasch getötet würden, die letzteren aber erst nach monatelangem Siechtum zugrunde gingen."*[5] Demgemäß wurde von der österreichischen Regierung eine Politik der aktiven Neutralität gefor-

dert. Die Ostermarschbewegung stellte damals die Forderung nach Einstellung der Atomwaffenversuche in den Mittelpunkt, nachdem die Bewegung in anderen Ländern schon jahrelang Kampagnen dagegen geführt hat.

Die Angst vor dem „Fallout", der weltweiten atomaren Verseuchung durch die Atomwaffenversuche, stand im Mittelpunkt. Damals entstand jenes Lied vom Strontium 90, das die ganze Welt bedroht. *„Aber ganz abgesehen davon, daß das Ausmaß dieser Bedrohung oft stark übertrieben wurde, hat man dabei der Hauptgefahr viel zuwenig Aufmerksamkeit geschenkt: der Tatsache, daß die Atombombenversuche ja der Vorbereitung eines atomaren Weltkrieges dienten."*[6] Diese Orientierung erwies sich später als verhängnisvoll. Als nämlich nach mehreren erfolglosen Verhandlungen im Sommer 1963 in Moskau Einigung über ein teilweises Verbot von Kernwaffenversuchen erzielt wurde. Unterirdische Versuche waren allerdings ausgeklammert (Teststopabkommen). Die Ostermarschbewegung begrüßte dieses Abkommen als einen ersten Schritt zur Schaffung einer atomwaffenfreien Welt und saß damit einem Irrtum auf, wie der folgende Ausbau der Kernwaffenarsenale zeigte. Das totale Verbot von Kernwaffen wurde nicht als die zentrale Frage angesehen.

Bemerkenswert ist, daß sich der Protest der Ostermarschbewegung zwar gegen die Atomwaffenversuche, gegen die Weitergabe von Atomwaffen („non-proliferation") richtete, die friedliche Nutzung der Atomenergie aber ausdrücklich bejahte. Man verstand sich als fortschrittlich auch im Sinne der Nutzung aller neuentdeckten Technologien. Geträumt wurde von einer atomwaffenfreien Welt, in der man die friedliche Nutzung der Atomkraft optimistisch bejahte. Auch Robert Jungk, der sich später der deutschen Anti-AKW-Bewegung anschloß und damit viele seiner Positionen revidieren mußte, verstand sich als solcher Fortschrittsoptimist.[7]

Die Teilnehmerzahlen der folgenden Ostermärsche 1964 und 1965 bewegten sich, wie beim ersten, zwischen 500 und 1000. Die Routen führten von der näheren Umgebung Wiens in die Stadt, wo immer am Josefsplatz die Abschlußkundgebung stattfand. 1965 wurde sogar eine Grußbotschaft von Kardinal König verlesen.

1964 votierte Prof. Dr. Hans Thirring für die Abschaffung des Bundesheeres („Thirring-Plan"), während der SP-Staatssekretär und jetzige Verteidigungsminister Otto Rösch im selben Jahr seinen Plan („Rösch-Plan") erläuterte. Rösch plädierte für eine Verkürzung der Wehrdienstzeit von 8,5 auf 6,5 Monate, allerdings bei einer gleichzeitigen Rationalisierung des Wehrdienstes, um die Einsatzfähigkeit des österreichischen Bundesheeres zumindest gleich zu belassen. Diese Diskussion führte in der Ostermarschbewegung aber zu keinem Ergebnis. Wahrscheinlich, um die Breite der Bewegung nicht zu gefährden, hütete man sich, eine intensive Kritik an der österreichischen Wehr- und Neutralitätspolitik zu formulieren. Während beispielsweise in der BRD eine ähnliche Entwicklung zu Differenzierungen führte, die dort das Hineinwachsen der Ostermarschbewegung in die APO (Außerparlamentarische Opposition), in die Studentenbewegung 1968 begünstigte. Inhaltliche Auseinandersetzungen wurden in der österreichischen Ostermarschbewegung, wenn überhaupt, dann eher konsequenzlos geführt. *„Man verschleierte dieses Manko durch ritualisierte Aufputschung der apokalyptischen Stimmung, des Angsteffektes. Pazifistische und Sektierergruppen spielten sich stärker in den Vordergrund, und bewußt linksstehende Kreise machten in privaten Gesprächen ihrem Unmut darüber Luft, daß hier für die Zukunft kein wirkliches Eingehen auf die mit der Forderung nach Frieden und Abrüstung verbundenen Probleme mehr zu erwarten sein wird."*[8] Routinemäßig wurden Jahr für Jahr die Ostermärsche prozessioniert, dazwischen gab es eigentlich keine Aktionen, und *„es fehlte ihnen nun der zündende Funke"*.[9]

Ab 1965 stießen dann Personen zur „Aktion für Frieden und Abrüstung", die durch den Vietnamkrieg radikalisiert worden sind. Gemeinsam mit Vertretern aus den Jugendorganisationen FÖJ, VSM, VSStÖ, Forum Mittelschüler wandten sie sich gegen die Linie der „Älteren", gegen die jährlichen Prozessionen, waren gegen die schon zur Strategie gewordene Kompromißlerei und forderten den Abzug der Amerikaner aus Vietnam, Anerkennung des Vietcong, sprachen von einem „imperialistischen Krieg" in Vietnam. 1966 wurde der Vorstand der „Aktion für Frieden und Abrüstung" zur Gänze umbesetzt, ans Ruder kamen die „Jungen". Diese „Wiederbelebung einer Leiche"[10] zeigte insofern Erfolg, als neben den jährlichen Ostermärschen vermehrte Flugblattaktionen und Veranstaltungen gemacht wurden. Der Schwerpunkt verlagerte sich hin zum Protest gegen den Vietnamkrieg. Die Ostermarschbewegung wurde stärker zu einer Bewegung des jugendlichen Protests, der sich abzeichnenden antiautoritären Revolte. Dies führte auch innerhalb der linken Bündnispartner in der „Aktion für Frieden und Abrüstung" zu Differenzierungen. Beispielsweise stand in der roten tafel vom Juni 1966 ein Artikel, der sich mit der Teilnahme der Beatniks am Ostermarsch auseinandersetzte. Der Autor beklagte darin vor allem, daß durch die Kleidung der jungen Teilnehmer große Teile der österreichischen Öffentlichkeit abgeschreckt würden: *„Erleichtern wir den hinter geschlossenen Fenstern hervorlugenden „Kurier"-Lesern, sich mit unseren Ideen anzufreunden, indem wir sie nicht durch unsere Kleidung abschrecken. Erleichtern wir es den Gutwilligen, sich uns anzuschließen, ohne daß sie am nächsten Tag im Betrieb als*

Gammler, Herumtreiber, verkappte Homosexuelle etc. klassifiziert werden."[11]

Dieser „Putsch" stand unter dem taktischen Aspekt, die Breite der Bewegung zu erhalten. Gerade die „Älteren", aus der KPÖ kommenden Ostermarschierer, waren es, die versuchten, die „Jungen" zu bremsen. Ein möglicher Bruch konnte vermieden werden. Gleichzeitig wurde aber außerhalb der Ostermarschbewegung die Radikalisierung der Studenten stärker sichtbar. Sie war ebenfalls stark mit dem Vietnamkrieg verbunden. Die Ostermarschbewegung war nicht fähig, diesen Weg miteinzuschlagen, der eine Abkehr vom traditionellen humanistischen Pazifismus beinhaltete. Gewalt wurde nicht mehr als etwas an und für sich Schlechtes abgetan. Vielmehr wurde Gewalt dort legitim, wo es um die Befreiung unterdrückter Völker in der Dritten Welt ging. Dies bedeutete die Unterstützung des Guerillakampfes und gipfelte im Eintreten für die Losung Che Guevaras „Schafft zwei, drei, viele Vietnams!" Die österreichische Ostermarschbewegung blieb beim reinen Pazifismus, im Gegensatz zur deutschen; in der Folge kam es dann zu regelrechten Frontstellungen zwischen Ostermarsch und der „Neuen Linken", die sich dann beispielsweise in Parolen ausdrückte, wie: „Ostermarsch marschiert, Vietkong krepiert". Die neue Linke förderte die bedingungslose Unterstützung des Vietcong und des Guerillakrieges, während der Ostermarsch schaumgebremster agierte. Die ehemals radikalen „Jungen" in der „Aktion für Frieden und Abrüstung" haben die Herausbildung der Neuen Linken verschlafen.[12]

Die sowjetische Intervention in der CSSR 1968 gab der Ostermarschbewegung den endgültigen *Todesstoß. Die letzte Aktivität der österreichischen Aktion für Frieden und Abrüstung war ein Protest gegen den sowjetischen Einmarsch in der CSSR."*[13] Diese Erklärung ließ das jahrelang mühsam aufrechterhaltene Bündnis vollends zerfallen. Ein Teil der Ostermarschbewegung, die „Jungen", wandten sich stärker der Neuen Linken zu. Sie waren es auch, die das Vietnambüro gründeten und im Mai 1970 die Kambodscha-Demonstration mit ca. 3500 Teilnehmern organisierten.

Fußnoten

1 Der Klassenkampf, II. Jg., Nr. 5, Mai 1964.
2 rote tafel, Zeitung des VSM, Juni 1963.
3 Interview mit Zsolt Patka vom 15. 1. 1982. Zsolt Patka war seit 1965 Sekretär der „Aktion für Frieden und Abrüstung".
4 Georg Breuer: Woran ist die Ostermarschbewegung gescheitert? In: Zukunft, Dezember 1981. Georg Breuer war einer der Begründer der Ostermarschbewegung in Österreich.
5 Österreichische Hochschulzeitung, 1. 4. 1962, aus: Georg Breuer ebd.

6 Georg Breuer, ebd.
7 Zsolt Patka, Interview . . .
8 Der Klassenfeind, ebd.
9 Georg Breuer, ebd.
10 Zsolt Patka, Interview . . .
11 Ostermarsch oder Would-be-Beatnik-Parade? In: rote tafel Nr. 6/1966, S. 10.
12 Zsolt Patka, Interview . . .
13 Georg Breuer, ebd.

Michael Genner

Spartakus

Spartakus war die Kampforganisation der österreichischen Arbeiterjugend in den Jahren 1969 bis 1971.

Wir waren zuerst nur eine Gruppe von fünf Leuten. Wir kannten uns gut, wir lebten zusammen, wir hatten gelernt, einander in jeder Situation zu vertrauen. Später, im Laufe unserer Aktionen, kamen Jugendliche zu uns, die sich auflehnten, die nicht alles hinnehmen wollten. Wir kämpften mit ihnen gegen Mißstände in Betrieben und Erziehungsheimen; gegen die Nazis und ihre Helfer im Staatsapparat; gegen den Ausverkauf der verstaatlichten Industrie an das deutsche Kapital; und für die Solidarität mit der Dritten Welt — gegen den Schah von Persien, gegen die Amerikaner in Vietnam . . .

Das waren die Themen unserer Arbeit. Sie waren sehr umfassend — wir waren nie auf einen Sektor beschränkt. Wir begnügten uns nicht mit kleinen Verbesserungen. Aber wir zeigten auch, daß man unmittelbar etwas verändern kann. Daß man Mißstände abstellen kann — jetzt, sofort.

Hervorgegangen sind wir aus der Bewegung des Jahres 1968. Aber wir gingen darüber hinaus: wir waren keine Studentengruppe, sondern eine Arbeiterorganisation. Viele von uns sind Kinder von Widerstandskämpfern. Wir sind geprägt worden von den Traditionen der Arbeiterbewegung, den Traditionen des antifaschistischen Kampfes.

Einige von uns waren schon bei der *Elin-Demonstration* am *1. Mai 1968* dabei. Damals protestierten wir gegen die Verschacherung der verstaatlichten Elektroindustrie an den westdeutschen Siemens-Konzern. Es war seit langem zum ersten Mal, daß Studenten und junge Arbeiter gemeinsam auf die Straße gingen.

Später gründeten wir die *„Sektion 6"*, eine Jugendsektion der KPÖ. Unsere erste große Aktion war die Demonstration gegen die Amtsübernahme *Nixons* im Jänner 1969. Am selben Abend war noch eine zweite Demonstration, die die Studenten organisierten: gegen den Staatsbesuch des *Schah von Persien.*

Die beiden Demonstrationszüge vereinigten sich; die Polizei prügelte auf die Demonstranten ein. Unser Ordnerdienst befreite eine Anzahl Studenten, die von Greiftrupps der Polizei verhaftet worden waren. Am nächsten Tag: Überfall der *SAVAK** — mit Messern, Ketten, Eisenstangen — auf persische Studenten vor der Universität. Drei von uns — Jakob, Willi, Rémy — griffen ein, um die Perser zu schützen; die meisten Studenten standen nur herum und schauten zu. Einen gefangenen SAVAK-Mann übergaben wir der Polizei — die ihn sofort freiließ: „Geht's nach Haus' — ihr habt's das alles nur geträumt . . ." Damals erklärte der ÖVP-Innenminister Soronics: „Es gibt keine SAVAK in Österreich!"

Diese Aktion war sehr lehrreich. Sie hatte uns gezeigt, wie eng die Behörden dieses Landes mit ausländischen Geheimdiensten, mit faschistischen Diktaturen verfilzt sind: ein Thema, auf das wir noch zurückkommen werden.

Frühjahr 1969 — Aktion *Geblergasse*. Ein Resozialisierungsheim der Caritas. Da waren ein paar liberale Erzieher, die die Selbstverwaltung einführen wollten. Die Caritas beschloß, das ganze Heim zu delogieren . . . Wir schlugen mit den Zöglingen ein Zeltlager im Rathauspark auf; wir besetzten mit ihnen einen leeren Tigerkäfig in Schönbrunn und die Türmerstube im Stefansdom. Wir wurden immer wieder von der Polizei vertrieben. Wir verlangten von der Gemeinde ein neues, selbstverwaltetes Heim. Die Gemeinde stellte sich taub, obwohl die Sympathien der Bevölkerung auf unserer Seite waren . . .

Herbst 1969 — Kampagne gegen das *ÖIG-Gesetz*, das von der ÖVP-Mehrheit im Parlament beschlossen wurde, um den Verkauf verstaatlichter Betriebe an private Kapitalisten unter Ausschluß der Öffentlichkeit zu erleichtern. Wir besetzten das Dach des *Raxwerkes*, einer großen, stillgelegten Fabrik in Wiener Neustadt, zugrundegerichtet von der eigenen Direktion . . . Die Polizei räumt das Dach, Jakob wird als „Rädelsführer" angeklagt.

Im November 1969 wurde ich wegen „Verleitung zum bewaffneten Aufstand" eingesperrt. Der Vorwand: ein Flugblatt auf der „Kurier"-Jugendmesse „Twenshop", wo wir die Bildung von Selbstschutzgruppen gegen prügelnde Polizisten und gegen die Schlägergarden der jungen ÖVP gefordert hatten. Mein U-Richter hieß Leonhard. Als er meinen Haftbefehl unterschrieb, meinte er lächelnd: „Wissen Sie, als ich so jung war wie Sie, da war ich auch noch ein Idealist. Ich war bei der illegalen NSDAP — zu einer Zeit, wo in Österreich noch fast

* SAVAK: Persische Geheimpolizei unter dem Schah; berüchtigt für ihre Foltermethoden. Ihre Terrorgruppen verfolgten Regimegegner auch im Ausland.

niemand dabei war . . ."

Die Zeitungen schwiegen alles tot — aber Jakob und Willi gingen ins Fernsehstudio und drangen in eine Livesendung über den Twenshop ein (zu der wir natürlich nicht eingeladen waren). Sie berichteten zehntausenden Fernsehzuschauern über meine Verhaftung. Die Schweigemauer war durchbrochen. Jetzt war auch die SPÖ gezwungen, Stellung zu nehmen: Broda, Firnberg und Ströer protestierten im Parlament und erinnerten an das Jahr 1934. Es gab eine Demonstration vor dem Landesgericht. Bald darauf wurde ich freigelassen; mein Prozeß vor dem Geschworenengericht (Juni 1970) gab die Gelegenheit, die Mißstände, gegen die wir kämpften, öffentlich anzuprangern.*

Sommer 1970 — Lehrlingslager in *Mürzzuschlag* (Obersteiermark). Gründungskongreß von Spartakus (als parteiunabhängige Jugendorganisation). Wir sahen uns in den obersteirischen Betrieben um. Die Lehrlinge (vor allem in den kleinen Privatbetrieben) mußten oft 60 bis 70 Wochenstunden arbeiten, ohne Lohn (nur für die Lehrlingsentschädigung), und sie wurden oft geschlagen. Wir gründeten *Lehrlingskomitees* und gingen die Arbeitsplätze inspizieren. Wenn wir sahen, daß nach 17 Uhr noch gearbeitet wurde oder daß ein Lehrling betriebsfremde Arbeiten machte, dann legten wir dem Meister nahe, das augenblicklich einzustellen . . . Gegen einen Fleischermeister, der seinen Lehrling mit einem großen Schweinsknochen verprügelt hatte, organisierten wir einen Kundenboykott. Die kleinen Unternehmer waren recht verschreckt. Schließlich baten sie einen einflußreichen Kollegen um Hilfe: einen Sägewerksbesitzer aus Kirchberg am Wechsel, der über eine Schlägertruppe verfügte. Er hieß Norbert BURGER.

Burger — Südtirolterrorist, NDP-Chef — kam mit 30 Schlägern, um unser Lager zu überfallen. Sie bekamen aber furchtbare Prügel und liefen eilig davon. Sechs von ihnen nahmen wir gefangen — unter ihnen Burger selbst, der sich von einem kleinen, 16jährigen Lehrling verhaften ließ . . . Wir brachten sie alle zur Gendarmerie, aber die ließ sie („Meine Verehrung, Herr Doktor!") sofort wieder frei.

Statt dessen verhaftete die Polizei in unserem Lager den französischen Schriftsteller Roland Perrot, einen bekannten Antifaschisten, und drohte, ihn dem französischen Geheimdienst auszuliefern, der ihn wegen seiner Beteiligung am Mai 1968 suchte. Wir konnten das schließlich durch Interventionen bei Kreisky und Broda verhindern. Es war ein Beispiel mehr für

* Ich wurde von der Anklage des Aufstandes von den Geschworenen einstimmig freigesprochen. Für dieses Delikt hätte ich als Höchststrafe 20 Jahre Kerker bekommen können . . . Ich erhielt aber wegen „Aufwiegelung" 1 Monat Arrest, der durch die U-Haft verbüßt war.

die internationale Verflechtung der extremen Rechten in der Polizei, die hundertmal gefährlicher war als die folkloristischen Sturmtruppen eines Burger.

Im Mittelpunkt unserer Arbeit stand die *Heimkampagne*. Die Erziehungsheime waren damals das Hauptproblem der Jugendlichen. Man konnte ins Heim kommen, weil man „zu oft den Arbeitsplatz wechselte", weil man den falschen Freund oder die falsche Freundin hatte oder einfach, weil man als „aufsässig" galt. Unter den Heimen gab es verschiedene Härtegrade: wer sich auflehnte oder „auf Flucht ging", kam in ein schlimmeres. Am gefürchtetsten waren Kaiser-Ebersdorf und Kirchberg für die Burschen, Wiener Neudorf für die Mädchen.

Wir sammelten hunderte Protokolle von Zöglingen: Steinkorrektion (eine Strafzelle im Keller) — Arbeit in Handschellen — Glatze scheren — bei „Arbeitsverweigerung" (wenn man das Pensum nicht schafft): Schläge, bis man nicht mehr stehen kann — Fußballspielen: die Mannschaft, die verliert, bekommt mit dem Rohrstock so viele Schläge, wie sie Tore bekommen hat . . .

Das war der Alltag in den österreichischen Heimen. Wir setzten die Verantwortlichen unter Druck: Wir nannten sie beim Namen . . . Auf einer Enquete im Wiener Rathaus sprachen wir über die Methoden des berüchtigten „Psychologen" *Dr. Spiel*, der Jugendliche nach einem „Test" von zwei Minuten als „asoziale Psychopathen" nach Kirchberg einweisen ließ. Die Rathauswache schleppte uns daraufhin aus dem Sitzungssaal . . .

Aber die Öffentlichkeit war jetzt aufmerksam geworden. Wir waren stark genug, das Jugendamt zu Zugeständnissen zu zwingen: wir verhinderten, daß Jugendliche als „Rädelsführer" nach Kaiser-Ebersdorf oder Eggenburg kamen. Wir setzten durch, daß Zöglinge, die aus Heimen geflohen waren, legalisiert wurden. Höhepunkt der Kampagne war die Demonstration am 25. März 1971, an der tausend Jugendliche teilnahmen. — Der Erfolg? Kaiser-Ebersdorf und Kirchberg sind einige Jahre später geschlossen worden. Die schlimmsten Mißstände wurde abgestellt. Zumindest für einige Zeit. In den letzten Jahren hat man Berichte gehört, daß es wieder ärger geworden ist. Wir werden wachsam sein . . .

Juni 1971 — *Lütgendorf-Demonstration*. General Lütgendorf — Aristokrat, Reaktionär, Heeresminister der Regierung Kreisky, später als Waffenschieber entlarvt und abgesetzt — hielt vor dem rechtsextremen „Kameradschaftsbund" eine Hetzrede gegen die Jugend. „Wir dürfen nicht tatenlos zusehen, wie einige, meist verblendete und von Anarchisten im Ausland gesteuerte junge Heißsporne versuchen wollen, den inneren Frieden in unserem gottgesegneten Land zu zerstören."

Unsere Antwort war eine Demonstration, an der mehr als 4000 junge Arbeiter teilnahmen. Nazistörtrupps provozierten, angeführt von einem Bundesheeroffizier . . . Sie wurden rasch von Spartakus-Ordnern aufgelöst. Viele ältere Arbeiter standen im Spalier; sie erinnerten sich an das Jahr 1934 und sympathisierten mit uns. Wir riefen zur Bildung von Kasernenkomitees auf. Diese Demonstration war der Höhepunkt der Mobilisierung, ein direkter Angriff auf die Faschisten im Staatsapparat. Zu dieser Zeit beschloß die Gegenseite, uns rechtzeitig auszuschalten . . .

Es gab einflußreiche Kreise in der Polizei, im Heer und in der Justiz, die uns in die Illegalität treiben wollten. Zunächst wurde eine Nummer unserer Zeitung wegen „Pornographie" beschlagnahmt. Spartakisten wurden festgenommen und auf dem Polizeiposten zusammengeschlagen. Es gab immer wieder Razzien in unserer Wohnung: einmal wurde Jakob wegen „ungebührlicher Lärmerregung" zu 4 Wochen Haft verurteilt, weil er (in seiner eigenen Wohnung) den eindringenden Polizisten zugerufen hatte: „Schlagen Sie mich ruhig, ich werde mich an den Rösch wenden."* Solche Polizeistrafen (unter Ausschluß der Öffentlichkeit) waren an der Tagesordnung. Im Raxwerk-Prozeß wurde Jakob zu 8 Monaten unbedingter Haft verurteilt. Eine Reihe von Gerichtsverfahren stand noch aus. Dagegen wurde Norbert Burger vom Überfall auf unser Lager freigesprochen. Er hatte das Gericht davon überzeugt, daß er dort nur „spazieren gehen" wollte . . .

Willi Stelzhammer, der bei der Lütgendorf-Demonstration den Ordnerdienst geleitet hatte, war Soldat in der Karlskaserne geworden und hatte dort ein *Kasernenkomitee* gegründet. Im Februar 1972 (an einem Tag, als Willi Ausgang hatte) rief in dieser Kaserne der *Leutnant Weiß* den Alarmzustand aus: „Die Staatspolizei hat mich verständigt, daß Spartakus die Kaserne überfallen will. Man soll bei Verdacht sofort schießen und erst hinterher rufen: Halt, wer da! Denn das kann man dann ohnehin nicht mehr beweisen."

Die Soldaten verständigten uns davon. Willi ging nicht in die Kaserne zurück. Bundeskanzler Kreisky lehnte die Garantien ab, die wir für Willis Sicherheit verlangten, ab. Ein paar Tage später wurde ein *Bombenanschlag* auf unsere Wohnung in der Theobaldgasse verübt.

Wir beschlossen, Österreich zu verlassen. Wir gingen in die Schweiz, wo seit zwei Jahren unsere Bruderorganisation „*Hydra*" tätig war. Dort veröffentlichten wir im Februar 1972 unsere Analyse „*Die Krise — ein Angriff*" — die theoretische

---

* Otto Rösch war 1970—1977 Innenminister.

Grundlage für den späteren Aufbau von *Longo Mai*.

Wir sagten darin, daß die Wirtschaftskrise künstlich geschaffen wird, um Europa zu militarisieren; daß man die Lebensgrundlage unseres Kontinents — Landwirtschaft, Rohstoff- und Energiequellen — zerstört, um Europa von Einfuhren aus Übersee abhängig zu machen. Wir sprachen von der neuen Rolle, die Europa in der Arbeitsteilung der Großmächte spielen soll: als Bluthund Amerikas in der Dritten Welt . . .

Im Laufe des Jahres 1972 führten Spartakus und Hydra eine Reihe von internationalen Solidaritätsaktionen durch: für die Arbeiter von Schirmeck im Elsaß, die ihren Betrieb in Selbstverwaltung weiterführen wollten; für die streikenden Docker in England; für die Minenarbeiter von Limburg, die gegen die Schließung der Bergwerke kämpften . . .

Alle diese Arbeitergruppen führten einen defensiven Kampf, mit dem Rücken zur Wand. Selbst wenn es gelang, die Verbindung zwischen ihnen herzustellen, fehlte ihnen doch die wirtschaftliche Basis, um zu überleben. Wir entwickelten daher auf dem Sommerlager in Oignies (Belgien) den Gedanken der *regionalen Selbstverwaltung*. Im Dezember 1972 gründeten wir auf einem Kongreß in Basel die *Europäische Kooperative Longo Mai*. Im Frühjahr 1973 begannen wir mit dem Aufbau der ersten Pioniersiedlung in der Provence.

Seit 1977 sind wir wieder in Österreich. Die Prozesse gegen uns wurden unter dem Druck der öffentlichen Meinung im Ausland (Interventionen aus der Schweiz) von Kreisky und Broda niedergeschlagen, die schon verhängten Urteile vom Bundespräsidenten amnestiert.

Wir gründeten eine Kooperative in *Kärnten* — der Hochburg der Nazis in Österreich.

Christian Dorninger:

Von der Studentenbewegung zur neuen Jugendbewegung

1. Der erste Schub der Jugendrevolte 1966—68

Diese Revolte war immer eine Studentenrevolte, und die Auswirkungen auf Schüler und Jungarbeiter waren zwar vorhanden, aber erfaßten zahlenmäßig wenige und waren bei ihnen in den Auswirkungen beschränkt. Die intellektualistische Komponente — die besonders für die Bundesrepublik als großen Nachbarn charakteristisch war, weniger fürs entferntere und sprachlich nicht so leicht erschließbare Frankreich — sorgte auch dafür, daß die Studentenbeweung aufgesetzt blieb, obwohl sie stark zur Veränderung von Gewohnheiten und Lebensformen beitrug.

Als Einflußfaktoren für den Protest lassen sich anführen:

- die internationale politische Lage: Befreiung der Völker der 3. Welt, Vietnam; die Brucherscheinungen kultureller Lebensformen durch den Kalten Krieg und die atomare Aufrüstung; ebenso die chinesische Kulturrevolution;
- die Studentenbewegung in Berlin, der BRD und später auch in Frankreich, ja nahezu überall in der Welt, wenn auch unter unterschiedlichen Vorzeichen (Studentenprotest zwischen 1966 und 1968 gab es in der BRD, Frankreich; Italien, Spanien gegen Franco; Polen, der CSSR; Lateinamerika und als Vorläufer ab 1964 natürlich in den USA);
- die erste Stufe ökonomischen Wohlstandes, die die Sehnsucht nach sozialen Veränderungen überhaupt erst zum Ausdruck kommen ließ (schlechte ökonomische Verhältnisse führen in unseren Breiten kaum zu „Radikalisierung durch die Verschärfung der Lebensverhältnisse!")
- Nazistische Umtriebe bewirkten eine Sensibilisierung der Linken in und um die Hochschulen; im Fall der Borodajkewycz-Affäre (er war Geschichtsprofessor an der Hochschule für Welthandel und verbreitete in Vorlesungen antisemitische und nazistische Thesen) wurde gegen die rechtslastigen Studenten eine Sammlungsbewegung linker Studenten und Widerstandskämpfer aus allen Berufsgruppen errichtet, die einigen Studenten, aber auch Schülern ein Schlüsselerlebnis für die politische Entwicklung verschaffte (1964/65);
- die weltanschaulich einseitig auf autoritär-katholische Züge ausgerichtete „Lehrmeinung" an den österreichischen Hochschulen verdrängte nicht nur andere Positionen (sogar Positivisten: Fall Juhos, Topitsch!), sondern führte zu schlicht unwissenschaftlicher „Forschung" und Lehre. 1965 schreibt die deutsche „Zeit" mit besorgt hämischem Unterton: *„Nicht zuletzt durch Überalterung und Starrheit gehört die österreichische Professorenschaft zur mittelmäßigsten in ganz Europa"*;
- die verstaubten Auffassungen von Bildung und Erziehung führten in Schulen und hier besonders Internatsschulen, aber auch in Lehrlingsheimen, zu Repressionen, die einen Gegendruck im Zuge der Studentenbewegung verständlich machten;
- schließlich der „Generationskonflikt", wo subtile Änderungen der Lebenserfahrung zwischen der herrschenden Kriegsgeneration und ihren Kindern zu Reibungsflächen führten. Genügte den Erwachsenen der erste magere Wohlstand durch wirtschaftlichen Aufschwung, verlangten die Jungen, daran von Geburt an gewöhnt, Fortschritte im Sozialgefüge und

unverlogenes Zusammenleben, Arbeiten und Lernen; da bei ihnen der Blick für die Mängel und negativen Folgeerscheinungen der einsetzenden Wohlstandsgesellschaft freier war, erkannten sie auch rascher die Kehrseite des Nachkriegskapitalismus, von der heute, 15 Jahre später, schon etliches ins allgemeine Bewußtsein gedrungen ist.

Der Studentenprotest im europäischen Raum begann 1966 in Berlin mit Demonstrationen gegen die „Schutzmacht USA" und die repressiven Universitäten. Innerhalb kürzester Zeit (ca. 1 Jahr) radikalisierten sich Studentengruppen, entwickelten neue Aktionsformen (Spaziergangsdemonstration, Analysen der außereuropäischen Entwicklung in großen Foren . . .) und der SDS (sozialistischer deutscher Studentenbund) wird zum Leitbild studentischer Avantgarde, die aus einer ideologisch umfriedeten Gesellschaft (Ost-West, Kalter Krieg) ausbrechen wollte.

Die Entwicklung und Ausbreitung der Bewegung über ganz Deutschland blieb auch in Österreich nicht ohne Auswirkungen: Seit 1963 verstärkten sich die internationalen Kontakte der österreichischen Studentenschaft; rund um das „Neue Forum" von Günther Nenning und im VSStÖ, der immer stärker vom „linkeren" VSM beeinflußt wurde, bildeten sich Forderungen nach Studienreform und universitärer Mitbestimmung (Nenning 1965 in Graz: „Wenn aus der Universität nichts wird, macht euch eure eigene Uni"). Sogar im verstaubten Cartellverband regte sich mit Hochschulreformkonzepten von Leeb/Vogt erste Kritik am Hochschulwesen und in Graz boten neue Ideen über Kultur und Literatur Anlaß, gegen die Hochschulen aufzutreten.

Trotzdem war die Universität noch 1966 eine Domäne der Männer, der Cartellbrüder mit besten Verbindungen untereinander und zur Hochschulverwaltung — und der autoritären Ordinarien, die in den Lehrveranstaltungen fast nach Belieben selektieren und prüfen konnten.

Glaubte Jürgen Habermas seiner 1959 gemachten, bekannt gewordenen Untersuchung „Student und Politik" entnehmen zu können, daß der deutsche Student „unpolitisch" war, seinen Platz als zukünftiger Akademiker in der Gesellschaft kannte und feste Begriffe von oben und unten hatte, so änderte sich dieses Bild in den beginnenden sechziger Jahren dramatisch: Auch in Österreich löste diesen alten ein neuer, weiter links stehender oder zumindest offener Sozialisationstyp ab. Die fixen Einflußbereiche der traditionellen Studentenfraktionen RFS (weit rechts und mit hohem Wähleranteil — ein Drittel der Stimmen!!), Wahlblock (CV, KV, Landsmannschaften) und VSStÖ veränderten sich stark:

— 1966/67 wurde in Graz die „Aktion" links vom Wahlblock gegründet, wurde mit einem Erdrutschsieg an der Uni Graz

stärkste Fraktion, und war wahrscheinlich auslösender Faktor für die Auflösung des Wahlblocks;

— der Wahlblock verlor 1965 auf 1967 9 % der Wählerstimmen, und wurde 1968 durch die ÖSU (Österreichische Studentenunion), in der nach Meinung einer taktisch klugen und gewandten ÖVP vieles von rechts bis „weit links" Platz finden sollte, also einer liberalen „Mitte" abgelöst.

— Durch die ÖSU fanden reformistische Studenten zur Hochschulpolitik und verwandelten die verknöcherte, etablierte Hochschülerschaft in ein liberales Auffangbecken;

— der VSStÖ bekam einen starken linken Flügel, vor allem durch die Einflüsse des VSM (Verband sozialistischer Mittelschüler), hatte bald Probleme mit linken Abspaltungen und prägte die Ereignisse von 1968—70 stark mit;

— die VDS (Vereinigung demokratischer Studenten) wurde 1967 aus Veranlassung des „Reformparteitages" der KPÖ neu gegründet: Stark verknüpft mit der FÖJ (Freie Österreichische Jugend) bewegte sich die VDS im vorsichtigen, aber „taktischen" Nahverhältnis zur KPÖ, war aber auch für undogmatische Linke offen.

Aus den Linksabspaltungen des VSStÖ, der führenden Kraft im linken Studentenlager und den Spaltungen der VDS entstand nach 1968 eine starke linke Differenzierung.

Vorerst dominierte 1968 aber die breite links-liberale Öffentlichkeit und der anstößige Aktionismus (besonders für die kleinkarierte österreichische Presse; sprach da nicht ein unverdächtiger Zeuge vom „Dünnschiß Europas"?):

Die letzte Ostermarschbewegung '68 wurde vom VSStÖ, VSM und anderen jungen Linken für antiamerikanische Vietnamdemonstrationen benützt; später wurden die für die Abschlußkundgebung gemieteten Sofiensäle gestürmt und eine Diskussion gefordert.

Die Zeit der großen Demonstrationen begann: bereits am 25. 3. 66 war die erste, schwach besuchte Vietnam-Demo; aber auch gegen die Diktaturen in Griechenland, Persien, ja auch gegen den Opernball („Glotzt nicht so romantisch") — am 22. 2. 68 — richteten sich die Proteste; die Teilnehmerzahlen stiegen von Mal zu Mal, die Demos erreichten um 5000 Teilnehmer und zählen zu den Schlüsselerlebnissen nostalgischer 68er.

Konnte man — gemeint sind Medien, Politiker, Rechte — diese politischen Ausdrucksformen wenigstens noch prinzipiell in den Raster konventioneller Protestformen einreihen, war man beim Aktionismus nur mehr verunsichert: Die von Maschke und Schindel gegründete Kommune Wien und der als Linksfraktion von VSStÖ abgespaltene SÖS (Sozialistischer österreichischer Studentenbund, später FNL — Föderation

Neue Linke) verursachten mit einem Love-in in der Aula der Uni-Wien am 9. 10. 1967 große Aufregung und kräftiges Rauschen im Blätterwald. Die „Kommune" war jahrelang das Schreckgespenst bürgerlicher Umgangsformen und wurde erst später verändert und mit dem verträglicheren Namen „Wohngemeinschaft" versehen, akzeptierte Lebensform vieler junger Leute. Als dann noch am 7. 6. 68 das berüchtigte Fest „Kunst und Revolution", bekanntgeworden als „Shit-in", über die Bühne ging, wurde gleich die halbe Studentenschaft diskreditiert: Vom ÖH-Vorsitzenden Dantine bis zu Günther Nenning wurden alle in den Sympathisantensumpf geworfen. Vorher hatten SÖS-Leute, noch als VSStÖler, die Maifeiern 68 gestört, indem sie eine Diskussion mit Bürgermeister Marek verlangten; doch wurden sie mit unverhältnismäßig brutaler Härte von der Polizei weggejagt und niedergeknüppelt.

Eine letzte Gruppe der bewegten 68er Studenten fühlte sich bald als die Vorhut der Arbeiterjugend: Gegen den Verkauf der österreichischen Elin an den Siemens-Konzern wurde ein Aktionskomitee sozialistischer Arbeiter und Studenten gegründet (April 68); es kam zu einem Ausstand und am 1. Mai 68 zu einer Demonstration. Durch diese Ereignisse angeregt, wurde später (1970) „Spartakus" gegründet.

Sehr verzückt von den überdrehten studentischen Aktionen dürfte ein Großteil der österreichischen Arbeiterjugend allerdings nicht gewesen sein: So konnte sich SP-Vorsitzender Kreisky mit dem Satz *„Wir lassen uns die Demokratie durch Leute, die nicht wissen, was sie tun, nicht zerstören"* unter viel Applaus über die Studenten ärgern (vor Betriebsräten 68) und der VSStÖ wurde mit drastischen Mitteln unterrichtet, sich von den aktionistischen Genossen loszusagen. Gegacker im Hühnerstall der Politprominenz gab es allerdings trotzdem: Um die Hochschulreform voranzutreiben, wurde eilig im Juni 68 eine Clubenquete der drei Parlamentsparteien zusammengetrommelt, wo man aus Angst vor der importierten Studentenrevolte (Noch-nicht-Ministerin Firnberg damals: *„Diese Bewegung wird auch vor den rot-weiß-roten Grenzpfählen nicht haltmachen"*) eine zielführende Vorgangsweise zur Hochschulreform beschloß und die PHK (Parlamentarische Hochschulreformkommission) einsetzte. Die Beinahe-Sensation der PHK: Die Studenten waren bis zu jenem Zeitpunkt in keinem universitären Gremium, in entsprechender Anzahl, dort vertreten (25 % der PHK-Mitglieder).

Prinzipiell reagierten die bürgerlichen Parteien, besonders die ÖVP, geschickter als die Sozialdemokraten; sicher auch deshalb, weil den Arbeitern die neuen studentischen „Manieren" uneinsichtig und zuwider waren. Die langsame Sympathie durch gemeinsame Vorgangsweise gegen Antifaschismus und für eine

zielgerichtete Studienreform („Mehr Arbeiterkinder an Österreichs Hochschulen") hatten sich „die" Studenten in den Augen der Arbeiter durch überzogene Aktionen wieder verscherzt. Die Medien trugen natürlich lustvoll dazu bei, das Bild des untätigen, rebellischen Schmarotzers in den Augen der Bevölkerung fest zu verankern. Begriffe wie „Gammler", als Synonyme für Nichtstuer, wurden bald unreflektiert nachgeplappert oder Gegenstand hochnäsiger und dummer Artikel (Sluga/Spiel — „Die Gammler"; in „Der Nervenarzt" (!), Juni 68). Viele sahen nicht, daß hinter dem Nichtstun oder der „Verschrobenheit" Kritik an der Leistungsgesellschaft und ihren mannigfachen Gebrechen steckte. Die Studentenbewegung war aber, wenn dies auch von vielen linken Exponenten heute noch bestritten wird, abgesetzt und nie in wirklicher Bündnisfähigkeit mit der Arbeiterbewegung; die ihrerseits oft sehr kategorisch und kleinkariert Entwicklungen im linken Spektrum der Studenten ablehnte.

2. Konkrete Ausformungen des studentischen Protestes

Grundlegender für die Änderungen an den Hochschulen waren die Basisgruppen und Institutsvertretungen. Sie entstanden 1968 aus dem Bedürfnis, im eng umgrenzten Fachbereich, am Institut und im überschaubaren Rahmen an der Universität zu arbeiten und die Studien dementsprechend zu reformieren. Die Gruppen gewannen Kontur durch Kontrastellungen zu autoritären Professoren, durch das Bedürfnis, eine Art „politischer Bildung" im Fachbereich nachzuholen (z. B. Basisgruppen in naturwissenschaftlichen Fächern) oder einfach um Studenten am Institut in Mitbestimmungsfragen (Mitentscheidung über: Berufung, akad. Karriere der Assistenten, Budget, Lehrangebot) einzubauen. Die Mechanismen der ÖH, auf Fakultätsvertretungen oder gesamtuniversitäre Gremien abgestellt, konnten an den Massenfakultäten (allen voran die Philosophische Fakultät Wien) nicht mehr greifen. Ein Konflikt zu den Institutsvertretungen bildete sich heraus, in rascher Folge entstand aus anfänglich 7 Institutsvertretungen an der Philosopischen Fakultät Wien eine Bewegung über ganz Österreich, die in der Institutsvertreterkonferenz (IVK) 1970 ihren Ausdruck fand. Ein Jahr, vom März 1969 bis zum Juni 1970, konnte man von einer „Doppelherrschaft" an der Uni Wien sprechen, bis sich die Frontstellung zur institutionalisierten, CV-dominierten ÖH verwischte und die offizielle ÖH-Politik großteils auf die Forderung der IVK einschwenkte (Hochschulreformkonzept, Basisvertretungen in der ÖH gesetzlich erst 1973 durch eine Novelle zum ÖH-Gesetz verankert!). Die Basisgruppen kommen zeitlich etwas später, ca. ab 1970, arbeiteten stärker inhaltlich — alternative Lehrinhalte, marxi-

stische Analyse der Ausbildungssituation und der Verwertungszusammenhänge der Wissenschaft — und wollten keine gesamtösterreichischen Vertretungen. Beide Initiativen spielten eine außerordentlich große Rolle für die späteren Reformen und prägten entscheidend das Arbeitsklima an den Hochschulen: Statt in Buden und Vereinslokalen fand die Studenten- und Hochschulpolitik am „Arbeitsplatz Unversität" statt; Demokratie wurde konkret am Institut geprobt: Sit-ins, Teach-ins, Manifestationen fanden nach anfänglichem Kampf regelmäßig in den Räumen der ehrwürdigen Wissenschaftsburgen statt.

Die politische Arbeit wurde aber auch außerhalb der Universität auf Schwung gehalten: Zur Bundesheerdiskussion („6 Monate sind genug"), zum 9. Schuljahr, gegen repressive Erziehung (Geblergasse) gab es Aktionen und Demonstrationen. Zur ersten wirklich großen internationalen Demonstration gegen die Invasion der Amerikaner in Kambodscha (Invasion im Papageienschnabel) kam es 1970, wo über 5000 Teilnehmer gezählt wurden. Ein österreichisches Vietnambüro öffnete, obwohl behördlich nie angemeldet, es gab einen Flaggensturm im Hotel Bristol, als ein hoher amerikanischer Politiker zu Gast war und um der Studienreform Nachdruck zu verleihen, wurde die Kunstakademie besetzt.

Ab 68 begann sich das Konglomerat der Linken nach verschiedenen Seiten weiterzuentwickeln: Plattformgespräche zu den Hochschulwahlen 69 und 71 platzten und kurz nach 71 war's mit der breiten Öffentlichkeit und den hohen Ansprüchen aus: Hatten die IVK-Leute Institutsversammlungen mit weniger als 70 % der zum Institut gehörigen Studenten schon als Scheitern erlebt, und gaben die großen Demonstrationen ein Gefühl eines nahen Umbruchs (und sei's auch im reformistischen Sinn), so brach dann die Gemeinsamkeit der Linken auseinander: Die Theorien wurden genauer entwickelt, man fand Meinungsunterschiede und Abgrenzungen und bewegte sich ab 1970 in einem kontinuierlichen Kreislauf: Austritt aus der Stammorganisation wegen Meinungsverschiedenheiten, die oft ungeheuer ernst genommen wurden; Gründung und Aufbau einer neuen Organisation; Streit und Auseinanderentwicklung unter den „Genossen" . . ., wieder Austritt usw. Die Sozialdemokratie war ab 1970 voll am Zug, der linke Bereich wurde noch mehr eingeschränkt und die linke Wiener Szene blieb klein — man kannte sich bald, auch wenn manche Exponenten im Laufe von 5 Jahren in 3 bis 4 unterschiedlichen Rollen auftauchten!

Die grundsätzliche Politik der Linken wäre wichtig und politisch übertragbar gewesen, wäre es gelungen, die Plattform ab 1969 wirklich zu errichten!

Solch eine linke Plattform hätte nicht nur bei Studentenwahlen mitreden können. So aber ließen sich die Engagiertesten entweder mit den Technokraten ein und bastelten am linken SPÖ-Gängelband an der Hochschulreform, oder zogen sich zurück ins Private oder in eine kleine K-Gruppe. An Hand der Entstehung der MLS (Marxistisch-Leninistische Studentenorgansation) läßt sich diese „Ausdifferenzierung" nachvollziehen:

- Aus der VDS heraus gewinnt Walter Lindner über einen „Kapital"-Arbeitskreis die Mehrheit der Mitglieder für sich und erzielt im November 1970 den Ausschluß der VDS-Gründungsmitglieder aus dem FÖJ-Bereich (wegen „Rechtsabweichung", einer opportunistischen Haltung zur SPÖ und einer quasigewerkschaftlichen Interessenpolitik).
- Bald folgte in der so entstandenen MLS der Kampf mit den KPÖ-Apologeten, denen man aus taktischen Gründen noch nahestand; 14 Leute wurden im Dezember 71 ausgeschlossen, es kam zum Bruch mit der „reformistischen Arbeiterpartei KPÖ" (wobei die Analyse gar nicht so falsch war). Bundesländer-Parteien wurden gegründet (MLS-Linz, MSB-Salzburg, MSU-Graz, Basisgruppenrat Innsbruck zusammen mit VSStÖ, Südtirolern und Elementen der Lotta continua).
- Bei der Anti-Nixon-Demo in Salzburg kam es wieder zu Meinungsverschiedenheiten (1972) und im Sommer 72 wurden 5 Leute wegen Trotzkismus ausgeschlossen; Gen. Dvorczak war schon vorher als Intellektualist angegriffen worden. Ironie: Die durch-maoisierte MLS hatte vorsorglich mit den „drei einzigen Trotzkisten in Wien" (Löw, Dvorczak, Maimann) 2 Leute mitausgeschlossen, die mit Trotzkismus wenig zu tun hatten.
- 1973 wurde aus der MLS der KB — der Kommunistische Bund Wien — ein Betriebsausschuß wurde gegründet und die ML-Leute begannen sklavisch die chinesische Außenpolitik nachzuvollziehen — bis vor kürzester Zeit durch den Rechtsruck unter Deng-Xiao-Ping das endgültige Aus kam.

Die Trotzkisten gründeten die GRM (Gruppe revolutionärer Marxisten), flirteten mit der „Aktion" in Wien, die 1969 von Daxner/Frankfurter nach Vorbild der Grazer Aktion gegründet wurde, und gingen dann 1972 bei der GRM-Gründung auch mit ihr zusammen.

Der Arbeitsstil der Kaderorganisationen mit hohen formalen Anforderungen, einer Selbstfinanzierung der Arbeit, mit strenger innerer Arbeitsteilung und der Auffassung von Politik als revolutionäre Pflichterfüllung hielt die Mitgliederstände immer eher beschränkt.

Die fast krampfhaften Versuche der Kaderleute, sich als Avantgarde der Arbeiter aufzubauen, führte zu vereinzelten

Kontaktversuchen mit Lehrlingen; Lehrlingsarbeitskreise wurden gegründet, einzelne Lehrlinge wurden mit einer streng marxistischen Schulung bedacht. Um die Schüler für Marxismus zu interessieren, wurde der AMAS gegründet (Arbeitskreis marxistischer und antiautoritärer Schüler). Literatur wurde gelesen, eine Zeitung gemacht, einer an und für sich belebenden Rezeption der anarchistischen Tradition (Bakunin-Kropotkin) folgten keine nennenswerten Aktionen. Die Initiativen versikkerten, die dominierende Sozialdemokratie mit den ersten Reformschritten war zu stark und fesselte auch linke Reformisten.

So wurde auch aus dem Versuch, mit der Hochschulliste „Offensiv-Links" aus dem Kreis der FÖJ bei den Nationalratswahlen 1971 zu landen, ein Flop. Mit weniger als 2000 Stimmen hatte die Linke außerhalb der SP keine Chance.

1972 wurde mit dem KSV auch wieder eine KPÖ-Studentenorganisation mit linientreuen Arbeitersöhnen und -töchtern aufgebaut, der bis heute in der Studentenpolitik (besonders in Salzburg) kräftig mitmischt (z. B. Lehrerausbildung).

Kontakt zur „arbeitenden Jugend" hatte am ehesten die Spartakus-Organisation, die 1970 in Folge der 68er-Ereignisse von SÖS/FNL-Exponenten gegründet wurde. Es fanden einige Aktionen statt (Anti-Lütgendorf-Demo, Heimkampagne, Antifaschismus), und nach Drohungen gingen die Exponenten 1972 ins Ausland und gründeten die Kooperative Longo-Mai.

3. Jugendarbeit im kommunalen Bereich – ARENA

Die SPÖ konnte die Früchte der Liberalisierung im Zusammenhang mit dem Studentenprotest ernten. Die angekündigte Reformpolitik fand latente Zustimmung (auch in sogenannten bürgerlichen Randschichten, vor allem Intellektuellen). „Jahrhundertgesetze", wie Strafrechtsreform, UOG oder die Neuorganisation in der verstaatlichten Industrie, konnten durchgezogen werden.

Natürlich profitierten auch die Jugendlichen von den Reformen: Die Begrenzung des Wehrdienstes, die Einführung des Zivildienstes, die Schulversuche oder die neu geregelte Lehrlingsausbildung verbesserten tendenziell die Lebensbedingungen.

Die etablierten Jugendorganisationen hatten aber herzlich wenig Anteil am Weitertreiben neuer Lebensvorstellungen: Jede etablierte Organisation konzentrierte sich auf „ihren Bereich", von einem umfassenden neuen „Kulturverständnis" war wenig zu merken.

Die Gewerkschaftsjugend, immer am straff geführten Gängelband der Gewerkschaften gehalten, konzentrierte sich auf das

Berufsausbildungsgesetz, manchmal auch auf die rasche Karriere ihrer Spitzenfunktionäre. Der Bundesjugendring erwies sich als zahnloses Proporzgremium, wo mit Mühe und Not Einigung über den Zivildienst erzielt werden konnte. Die sozialistischen Jugendorganisationen wurden zwar stärker und beteiligten sich an der Unterstützung der Reformarbeit, zur Aufnahme von Anliegen der Jugend reichte aber oft der Atem nicht (z. B. Arena – siehe unten). Die Jugendorganisationen in den Rechtsparteien waren von der Revolte Ende der siebziger Jahre beinahe unverschont konservativ geblieben; nur auf Hochschulboden zeigte die ÖSU im ÖVP-Vorfeld liberale Tendenzen.

Außerhalb und neben dem tagespolitischen Geschehen setzen sich die Ansprüche der späten sechziger Jahre langsam durch, veränderten sich und zeigten konkrete Auswirkungen:

- Wohngemeinschaften wurden zur beinahe üblichen Art, in Teilen von Großstädten zusammenzuleben. Die daraus resultierenden Erfordernisse, wie größere, billige Wohnungen, die man sich selbst adaptieren kann, rechtliche Gleichstellung mit Ehen und Kleinfamilien oder entsprechendes Verständnis für „unkonventionelle" Lebensführung, sind bis heute nicht erfüllt.
- In der Ausbildung, Erziehung und Schule war für ca. 10 Jahre mehr Toleranz und Verständnis für Kinder und Jugendliche zu merken; die Reformpädagogik brachte nicht nur geschraubte Abhandlungen über die „Erziehung in der Klassengesellschaft" (?), sondern Impulse für mehr selbstbestimmtes Lernen und Arbeiten. Ein Teil der Initiativen engagierter Junglehrer wurde in den Schulversuchen sehr geschickt aufgefangen.
- Die kraftvollste Emanzipationsbewegung heute, die Frauenbewegung, verstärkte sich sicher auch durch Defizite aus der studentischen Umbruchsphase: Die Frauen zahlten auch bei den revolutionären Studentengenossen oft drauf, der „Nebenwiderspruch" wurde hintangestellt, die freieren sexuellen Umgangsformen beuteten die Frauen eher aus als ihre Selbstbestimmung zu verstärken. Die Universitäten waren in Österreich überhaupt nicht der geeignete Ort, Bewußtsein vorauszusetzen: Sie waren seit jeher stark männerbündisch organisiert und in den Bereich der Hochschullehrer verirrten sich fast keine Frauen. Allerdings: Der Anteil der weiblichen Studenten stieg ab 1965 rasch an und erreichte 1980 den gleichen Anteil wie die männlichen Kollegen.
- Die größte Aufmerksamkeit um die Mitte der siebziger Jahre erregte die Ökologiebewegung, die langsam zum dominierenden Konfliktpotential gegenüber Politbonzen und Bürokraten wurde. Mit der „gewonnenen" Volksabstimmung über

das Kernkraftwerk Zwentendorf am 5. November 1978 wurde nicht nur die durchschlagende Wirkung auf breite Schichten der Bevölkerung, besonders auf Jugendliche, demonstriert, sondern auch, wie rasch die traditionellen Partei- und „Lager"-Grenzen umgeformt und abgebaut werden.

Im Sommer 1976 kam die Jugend- und Kulturpolitik der Gemeinde Wien scharf unter Beschuß:

In den Bauten des ehemaligen Auslands-Schlachthofes St. Marx im 3. Wiener Gemeindebezirk wird unter dem Namen Arena wie im Vorjahr das Jugendprogramm der Wiener Festwochen abgewickelt. Eine Woche vor der letzten Vorstellung (20. 6. 76) verteilt eine Gruppe junger Architekten das erste Flugblatt in der Arena: „Der Schlachthof darf nicht sterben!" Es werden Unterschriften gesammelt. Gespräche mit den Gruppen „Keif" und „Schmetterlinge" finden statt, die als „künstlerische Auslagenstücke" ebenfalls in der Arena aufgetreten sind und die Architekten unterstützen. Eine Presse-Information wird herausgegeben, die Presse reagiert nicht.

Nach der letzten Vorstellung der Gruppe „Schabernack" am Sonntag, den 27. 6., soll ein großes Abschlußfest der Festwochen auf dem Gelände der Arena stattfinden. Vorgesehen ist ein Auftritt der „Schmetterlinge"; im Schneeballsystem werden Leute verständigt und aufgefordert, zum Abschlußfest zu kommen.

Ein „Anti-Schleifer-Fest" am Naschmarktgelände, verursacht durch den Bundesheerskandal Wallechner-Wandl (ein Rekrut starb bei einer Truppenübung), dauert bis 20 Uhr. Die Gruppen „Keif" und „Schmetterlinge", die auch dort spielen, fordern die Anwesenden auf, danach zum Arena-Fest zu kommen.

Bald nach der Besetzung kommt plötzlich eine Menge Polizeiautos, vom Festspielleiter gerufen, um die Arena-Halle abzuriegeln. Die Besetzer verhalten sich „diszipliniert", es wird diskutiert und mit der Polizei verhandelt. Das Tor zur Halle, bereits geschlossen, war „plötzlich" wieder offen.

Es wird eine Plattform und Forderungen an die Gemeinde Wien ausgearbeitet, an die Wand wird ein Transparent aufgehängt: „Hierbleiben ist Solidarität." Die Polizei verhört einen Architekten, sie will „Verantwortliche". Vorschlag: Die Abriegelung wird aufgehoben, wenn die Verantwortlichen genannt werden. Der Vorschlag, an die Versammlung weitergeleitet, ruft Empörung hervor: „Verantwortlich sind wir alle." Ein Komitee wird gewählt, dem auch Festspielleiter Baumgartner angehört.

Am Montag, den 28. 6. gibt's die erste Pressekonferenz, am Abend läuft das „Programm" weiter: Turrini, Scharang, Unger lesen. Dienstag ist ein großes Konzert angekündigt: Die Polizei

stellt sich quer, nach Verhandlungen dürfen die „Schmetterlinge" noch spielen, über 2000 (!) Personen sind anwesend. Die Forderungen an die Gemeinde Wien werden konkretisiert:

- Kein Abbruch des Schlachthofes St. Marx
- Errichtung eines ständigen Kultur- und Kommunikationszentrums
- Selbstverwaltung
- Finanzielle Sicherung durch die öffentliche Hand

Am nächst folgenden Wochenende, den 3./4. 7. 76 ist ein großes Fest geplant: Über 8000 (!!) Besucher kommen. Leonhard Cohen, nach einem Konzert in der Arena, erklärt sie zum „best place in Vienna"; Peter Brückner redet über eine „Einheit von Leben, Kultur und Widerstand".

In der Folgezeit wird die Selbstverwaltung geprobt; die dörfliche Struktur des Auslandsschlachthofes läßt sich vorzüglich für kulturelle Zwecke verwenden. Eine Architekturzeitung: „Eine für einen Industriebau seltene Vielfalt unterschiedlicher räumlicher Situationen." Ein „Filmpalast", ein Literaturcafé, eine Galerie „Pferdestall", eine Soldaten- und Zivildienstberatung, ein Frauenhaus, Hobbyräume, eine Zeitungsredaktion werden eingerichtet. Man kümmert sich um Jugendgruppen, ein Kontakt mit Simmeringer Rockern wird hergestellt, ältere Leute werden eingeladen und kommen auch; man zieht ein Kulturprogramm durch, das mit normalen „Veranstaltern" etliche Millionen gekostet hätte . . .

Was war los, warum dies alles?

Der Hintergrund des Konfliktes wäre beinahe als klassisch zu bezeichnen; bis auf die traurige Rolle, die die Wiener Stadtverwaltung und die Sozialdemokratie dabei spielten: Die Firma Schöps, im Nahbereich der Gemeinde Wien angesiedelt, vertreibt billige Kleidung „von der Stange". Kleidung, die in Supermarktpalästen verkauft wird und auch für preisbewußte Gruppen der niedrigeren Einkommensklassen erschwinglich ist.

Ihr hatte die Gemeinde Wien — die „Experten" waren wahrscheinlich der besseren Nutzung dieses Industriebaues nie ansichtig geworden — das Areal um den Auslandsschlachthof St. Marx für ein Lager und einen Großhandelsmarkt versprochen. Die Schöps-Leute pochten bereits ungeduldig auf die Verträge, die letzte Festwochenarena konnte gerade noch über die Bühne gehen; dann sollte mit dem Abreißen (und dem Lagerhallenbau) sofort begonnen werden. Die Verträge waren unterzeichnet, der Grund fix vergeben. Und dann diese Jugendlichen . . .

Allerdings kam noch einiges dazu: Das Bedürfnis nach einem selbstverwalteten Kultur- und Kommunikationszentrum deutet darauf hin, daß in der Stadt der Sänger und Tänzer nicht nur das Kulturbudget mit völlig einseitigen Zielsetzungen der Förde-

rung der „Hochkultur" verteilt wird, sondern auf Bedürfnisse von Jugendlichen nach eigener Gestaltung wenig Rücksicht genommen wird. Auch die Jugend- und Info-Zentren sind, soweit nicht schon wieder gesperrt, zu sehr am Gängelband von „Gemeindeverwaltern". Eine echte Autonomie hat es in Wien, und wahrscheinlich in ganz Österreich, in diesem Bereich noch nie gegeben.

Die Arena war also zweifellos gefährlich: Ein funktionierendes Beispiel einer Kulturarbeit, die „man" nicht im Griff hatte. Dementsprechend „klug" war die Reaktion: Langsame Verunglimpfung, einige schlechte Beispiele wurden zu Paradeproblemen hochstilisiert, in einer Art Verschleppungstaktik wurden Vorschriften gemacht, Kontrollen angeordnet, der Presse „Gegenbeweise" bezüglich eines funktionierenden Betriebes zugespielt. Von den Zeitungen reagierten „Kurier" und Erwin Melchert in der „Kronen-Zeitung" anfangs wohlwollend, die „Presse" dagegen sah, ohne hinzuschauen, einen „Kulturaufstand der Maoisten & Co" (?), und am schlimmsten trieb es die „Arbeiter-Zeitung" („Hitzespuk", „Aus Arena mit Krätze ins Spital? " usw. . . .), ehemals Organ der rechtlosen Arbeitenden und wirtschaftlich Unterdrückten.

Am 27. 9. schließlich beschloß der Gemeinderat mit sozialdemokratischer Mehrheit, das Arena-Gelände endgültig zu verkaufen und die Besetzer zu verjagen (die Arena ist „eine Sache für Polizei und die Gerichte" — Finanzstadtrat Mayr). Und das, obwohl bis dorthin 70.000 Personen die vier Forderungen (s. o.) schon unterschrieben hatten.

Die Gemeinde hatte zwar Ersatzobjekte angeboten, aber diese entsprachen rein strukturell nicht den Bedürfnissen für konkrete Kultur- und Jugendarbeit. Der Strom wurde abgedreht; angrenzende Fabriken mußten Notstromaggregate installieren. Ein halbherziges Ersatzangebot, der „Inlandsschlachthof", wurde gemacht, wobei den Interessenten kostspielige und langwierige Renovierungsarbeiten aufgezwungen werden sollten.

Die Gemeinde Wien hatte nicht, oder konnte und wollte nicht, diese einmalige Chance aufgegriffen, um den Bedürfnissen vieler Jugendlicher, dokumentiert mit der spontanen Initiative der Arena-Besetzer, nachzukommen: Am 12. 10. 76 wurde mit dem Abbruch begonnen.

Die Arena-Besetzer waren wieder verstreut: Einige kämpften den zermürbenden Kampf um den Inlandschlachthof, andere forderten und demonstrierten „Rasenfreiheit" im Burggarten, andere oder dieselben besetzten 1979 die Phorushalle. 1981 gab es die erste Hausbesetzung in der Windmühlgasse. Eine Stadtteilzeitung entstand (Arena-Stadtzeitung), die in der Folge ganz ausgezeichnete Produkte bewirkte: So die auf Initiative einiger

Theaterwissenschaftsstudenten zurückgehende Wiener Programmzeitung „FALTER", die ein in Österreich nicht vergleichbares Niveau hat, die Stadtzeitung „ZB", kleine Kultur- und Jugendzentren (Klavir, Rotstilzchen, Amerlinghaus). Eines muß man den Nachfolgern der Arena-Abdreher in der Kulturpolitik allerdings lassen: Sie bemühten sich ansatzweise: Die „Gassergasse", das „Rockhaus" und der kürzlich neu eröffnete „Inlandsschlachthof" sind Ansatzpunkte zu einer Verständigung!

4. Eine neue Jugendbewegung

Wie sehr die Wiener Jugendlichen und Arena-Besetzer die Bedürfnisse der zukünftigen Generation geahnt und auch partiell verwirklicht hatten, zeigen die Ereignisse 1980/81 in der Schweiz und der BRD: Was bei uns in den Medien höchstens als „Jugendkrawalle" verdammt wurde, hat dieselben Gründe wie bei der Arena: Viele Junge können mit der Großstadtkultur nicht mehr viel anfangen. Die Zielsetzungen der Erwachsenen, voran die Aufsteigergeneration der Ende des Krieges Geborenen, sind noch brüchiger geworden; wofür man 68 nur Indizien sammeln konnte, Resourcenverschwendung, eine ausartende Technologie, die Fadenscheinigkeit autoritärer und repressiver Erziehung und Bildung, die Zubetonierung ganzer Landstriche unter dem Siegel der „Arbeitsplatzerhaltung", die bevorstehenden Umweltkatastrophen, zunehmende wirtschaftliche Schwierigkeiten und nicht zuletzt die Millionen Arbeitslosen in Europa und den USA (60 % der jugendlichen Farbigen in den USA sind arbeitslos), dies alles ist jetzt sichtbar und manifest.

Aus Verzweiflung und Ausweglosigkeit der „Macher", nur mehr wenig ausrichten zu können (wo bleibt der Erfolg von „Konjunkturbelebungsprogrammen" oder von „Reagonomics"?), verstärkt sich der Druck nach „unten", gegenüber den älteren Leuten und natürlich den unbequemen Jungen.

Mehr Druck erzeugt mehr Gegendruck: Die letzte Jugendbewegung war nicht mehr so manierlich und „links" einordenbar, sondern eher wild entschlossen und verzweifelt. Immer wieder hingehalten — in Zürich war's mit Jugendzentren um einiges schlimmer als in Wien — ist es einfach kaum möglich, den Stadtverwaltern einige Meter Boden abzutrotzen, wo man in Ruhe Selbstverwaltung und Autonomie erproben kann. Die unverschämte Diskrepanz des Budgets für die traditionelle Kultur und die wenigen Abfälle für die „alternative" — oder wie sie immer heißen soll — Kultur erhöht das Gefühl der Wut: Fünf Jahre bezeichneten sich die Züricher Jungen als „Kulturleichen" der Stadt, niemand hörte oder „empfing" sie; dann aus nichtigem Anlaß ging's am 30. Mai 80 mit einer kleinen

Provokation der Opernbesucher los; die Polizei knüppelte und schoß alles nieder (mit Gummigeschossen und Tränengas), die Auseinandersetzungen begannen. Das Ventil war offen: In einem Aufwaschen „rächten" sich die verunsicherten Bürger an Jugendlichen, Fremdarbeitern (dort großteils Italiener), Randgruppen.

Alles, was die Wohlsituierten (Schweizer) als Abfall des Wirtschaftswunders auftreiben konnten, wurde den Jungen vor die Füße gekehrt: Die schlechten Wohnverhältnisse wegen der extrem hohen und spekulativen Mieten (bis 10.000 ö.S. pro Monat!!), der Griff nach Drogen durch Unverständigkeit und Gleichgültigkeit der Eltern, die Unmutsäußerungen, keine Kultur (Feste, erschwingliche Pop-, Rock-, Punkkonzerte) ausleben zu können, die Unterdrückung in Schule und Hochschule, die verlockenden Auslagen mit unerschwinglichen Bedarfsgegenständen . . .

Die „Jugendkrawalle" breiteten sich aus — Westberlin, Amsterdam, Freiburg, Bremen, Hamburg, Hannover, Basel und immer wieder Zürich, ein kleiner Abklatsch am 1. 3. 81 ließ auch die österreichischen Zeitungen journalistische Meuchelmorde verüben.

Nun ist das „Ärgste wieder vorbei" — wie lange? Denn gelöst wurde gar nichts, das Verständnis stieg kaum; auch in Österreich nicht, wo, gemessen an der üblichen Konfliktdämpfung, die Reaktionen gegen die Jungen übertrieben und heftig waren. Aber die Jugendkultur lebt weiter: Viele kleine Inseln, Treffs und Ansatzpunkte „alternativen" Lebens bestehen; sie sind kaum überschaubar und doch vorhanden. Die Bewegungen sind abgeflaut, aber nicht vorbei; viele Junge und sehr Junge befinden sich in Wartepositionen. Denn mit jedem Gummiknüppelhieb steigen auch die Ansprüche an die Totalität der Veränderung; mit jeder falschen politischen Entscheidung, mit jedem Skandal politischer Geschäftemacher steigt das Mißtrauen und die Abwendung von *dieser* Art von Demokratie. Die letzten zwei Generationen, die der 68er und die der neuen Jungen, sie haben sich und werden sich scheinbar einfügen in die „Mühle", aber ihr Bewußtsein ist „angeknackst", die kurze Erfahrung von Freiheit und Veränderbarkeit sitzt tief; in kurzer Zeit wird wieder eine klare und kräftige Bewegung entstehen, um gravierende gesellschaftliche Veränderungen anzugehen. „Denn eines müssen Sie wissen", so ein Züricher Jugendlicher zur Stadträtin Liebeherr (SP-Zürich) anläßlich der Schlüsselübergabe zum Jugendzentrum „AJZ", „wir wollen nicht nur das Jugendzentrum in dieser sonst beschissenen Stadt, wir wollen *ALLES!*"

Quellen:

— Interview mit Exponenten der Studentenproteste
— der Parteijugendorganisationen
— „report", Österreich. Institut für Jugendkunde; Nummern 7, 9, 13, 19, 27, 28
— Sluga/Spiel: Die Gammler; Im Nervenarzt, Juni 68
— H. Nittel, Die Geschichte der sozialistischen Jugendbewegung, erschienen 1965
— M. Fischer: „Die Hochschulen in Österreich" in H. Fischer, „Das politische System Österreichs", Wien 1974
— Kursbuch 12/13, 1975
— Zeitungen und Zeitschriften zur Studentenbewegung 68
— Arena-Info 1976; Flugblätter Arena 1976; Info Inlandsschlachthof 1977; Arena-Zeitung Nr. 1—5, 1976; Arena-Stadtzeitung 1977
— Arena — eine Dokumentation der Kulturzeitung Wespennest Nr. 22, Juli 1976
— „Eine Stadt in Bewegung", Materialien zu den Züricher Unruhen, SP-Zürich 1980
— Zeitungen aus Zürich: Eisbrecher, Brecheisen, Konzept, ZS 1980/81
— Spiegel 52/80 „Jugendkrawalle"
— Dokumentation — Verein betroffener Eltern; über die Verletzungen durch Gummigeschosse und Tränengas, Dezember 81, Zürich
— Studentenzeitungen von 1979—81, Uni Wien

Irene Etzersdorfer:

Überlegungen zur Entwicklung der Frauenbewegung

Vor beinahe zehn Jahren entstand auch in Österreich eine autonome Frauenbewegung, um einige Jahre später als beispielsweise in den USA oder anderen westeuropäischen Ländern. Das Bedürfnis nach autonomer Frauenarbeit war nicht als ideologische Forderung aufgrund einer bestimmten Theorie entstanden, sondern aus der persönlichen, konkreten Erfahrung einiger Frauen, die zuerst gemeinsam mit Männern im „Arbeitskreis Emanzipation" gearbeitet hatten. Die Interessen der Frauen und Männer spalteten sich bald, vor allem, was die Problematisierung von „frauenspezifischen" Themen wie Menstruation, Schwangerschaft, Sexualität, . . . betraf. Gemäß der ursprünglichen Überlegung, daß Emanzipation eine gesellschaftliche Aufgabe bedeutet, die Frauen und Männer in gleicher Weise betrifft, waren diese spezifischen Probleme nicht existent.

„Wir haben damals eine Menge Vorarbeit zur autonomen Frauenbewegung geleistet, aber es ist nur solange gegangen, solange halt die Frauen bereit waren, mitzuziehen mit dem, was die Männer unter Emanzipation verstanden."[1]

Von gemischten Gruppen zur Autonomie

Konkreter Anlaß zum Bruch war eine von zwei gemischten Arbeitskreisen „Emanzipation" (einer aus Vertreter/innen, die eher aus dem Dunstkreis ehemaliger 68er, des VSStÖ und

verschiedener linker Gruppen kommen, der andere im Rahmen der SPÖ) organisierte Demonstration zur ersatzlosen Streichung des § 144, an der die Männer sich weigerten teilzunehmen, da sie den Kampf für freie und kostenlose Abtreibung für reformistisch erklärten.

Ziemlich spontan, nach einem vom SPÖ-nahen „Arbeitskreis Emanzipation" organisierten Seminar, fanden sich Anfang November 1972 sieben Frauen aus beiden Arbeitskreisen zusammen, die eine autonome Frauengruppe bilden wollten. Zusätzlich motiviert wurden sie durch ein am dortigen Seminar gehaltenes Referat zweier Schweizer Feministinnen und durch diverse Artikel der schon existierenden Frauengruppen in anderen Ländern.

In der Folge kam es zur Gründung der „Aktion Unabhängiger Frauen (AUF), die in wöchentlichen Plena und in den sich bald darauf bildenden Selbsterfahrungsgruppen zuerst einmal versuchten, zu einer Art eigener Selbstfindung zu gelangen.

„Die Abkehr von den männerdominierten Organisationen wurde weniger als bewußter politischer Schritt begriffen, denn als Übergangsform, damit Frauen lernen können, sich zu artikulieren, Selbstvertrauen zu tanken und Solidarität mit anderen Frauen zu üben",[2] um *„damit die Möglichkeit zu schaffen, gleichberechtigt Probleme mit den Partnern zu lösen, deswegen muß diese Arbeit auf dieser Stufe ohne Männer geschehen."*[3]

Der Weg zu einer eigenen Politik, einer eigenen Identität und eines Bewußtseins der eigenen Lage war umso schwieriger, als doch die meisten der sich damals autonom organisierenden Frauen aus der Linken oder aus SPÖ-nahen Kreisen kamen. Sie hatten zwar am eigenen Leib erfahren, daß sich die aus den Ereignissen um 1968 entstandenen progressiven Ansätze wieder gegen sie gekehrt hatten, aber, da sie selbst in dieser Tradition steckten, waren sie den linken Denkstrukturen genauso verhaftet.

Beim ersten Auftreten in der Öffentlichkeit, einem sorgfältigst vorbereiteten „teach in" an der Universität Wien im Winter 1974, wurde diese Tatsache deutlich. *„Wir sind das Ganze unheimlich abstrakt angegangen, mit typisch linken Themenstellungen wie ‚Was verstehen wir unter Emanzipation?', ‚Wer sind unsere Zielgruppen?'"*[4], wobei die Distanzierung vom ‚Feminismus' als etwas Bürgerliches, eben nur Kampf gegen den Mann, einen der Schwerpunkte bildete. *Frauenbewegung war halt sozialistische Gesellschaftsveränderung mit Schwerpunkt auf Frauenprobleme, Emanzipation der Frau und Kampf für den Sozialismus war für uns wie eins."*[5]

Trotz dieses stark ausgeprägten Legitimationszwanges der Frauen gegenüber der Linken, der anfänglichen Übernahme der

Denk- und Sprachschemata, reagierte die Linke überaus aggressiv und ablehnend. Die an sich für den Klassenfeind vorbehaltenen Schlagworte wie „bürgerlich", „Spaltung der Arbeiterklasse" wurden auf die autonomen Frauen angewandt, um ihren Autonomieanspruch in Frage zu stellen. Sie erkannten dabei nicht, daß der einsetzende Bewußtwerdungsprozeß der Frauen zu einer potentiellen Stärkung der Linken führen mußte. Sicher nicht zu der zentralistisch geführter Organisationen, sondern — mit dem feministischen Ansatz, nämlich dem Ausgehen vom Persönlichen, der „politischen Subjektivität" — zu einer Stärkung einer linken Bewegung insgesamt.

Die autonomen Frauen begannen Ansätze für neue Strategien zu entwickeln. Nicht mehr die von den linken Gruppen versuchte, intellektualistische Hinwendung zur Arbeiterklasse als revolutionäres Subjekt — oft im Gegensatz zur eigenen Herkunft und dem eigenen studentischen Dasein — stand im Vordergrund, sondern ein *„kollektives ‚Von-sich-selbst-Ausgehen'"*[6], das Einbringen der eigenen Bedürfnisse, Ängste und Hoffnungen wurde zur zentralen Ausrichtung.

Die Hauptthese des Feminismus: „Einbringung des subjektiven Faktors in die politische Diskussion", das „Private ist politisch", die „Politik der Subjektivität" war eine der wesentlichsten Beiträge der Frauenbewegung im Politikverständnis der Linken. Jede Frau sollte sich aktiv an ihrer Befreiung und an der aller Menschen beteiligen können. *Damit hat der Feminismus die Frage nach dem Verhältnis von Individuum und Kollektiv neu gestellt, . . . die Hoffnung auf Aufhebung der Entfremdung zwischen den einzelnen und dem Kollektiv neu geweckt."*[7]

Der Unterschied der Frauenbewegung gegenüber der Linken besteht im konkreten politischen Handeln vor allem darin, daß der Feminismus zu leben versucht wird. Daß die verbal geäußerte Emanzipation auch wirklich umzusetzen geübt wird.

Seit den Anfangstagen der autonomen Frauenbewegung hat sich einiges geändert. Heute wird sie als eigenständige politische Kraft zumindest akzeptiert bis unterstützt, womit sich aber eine Fülle von anderen Problemen eröffnet haben, auf die ich in einem anderen Artikel eingehen möchte.

Am Rande der Linken haben sich in den letzten Jahren viele Menschen an nicht traditionellen Fragen der Arbeiterbewegung politisiert und sich vom traditionellen Politikverständnis der Linken abgewandt. Die Frauenbewegung hat somit ein Politikverständnis praktiziert, das heute z. B. in der sogenannten Alternativbewegung selbstverständlich ist (antihierarchische, dezentrale, personenbezogene Strukturen . . .)

Die Frauenfrage wurde gesellschaftsfähig

Aus dem Abspringen einer kleinen Minderheit von Frauen

aus der Linken — anfänglich als *„Hirngespinst einer frustrierten Minderheit bürgerlicher Frauen ins radikale Abseits gedrängt"*[8], ist eine breite Bewegung geworden (gesamtgesellschaftlich zwar noch immer eine Minderheit).

Das Wort „Emanzipation" ist heute — wenn auch oft in sehr verwässerter Form — in aller Munde. Die Zeiten der inhaltlichen Rechtfertigung, warum und auf welche Weise Frauen überhaupt unterdrückt werden, sind — zumindest in kritischen Kreisen — vorbei.

Im Laufe der Jahre entstand so etwas wie eine feministische Infrastruktur. Die Frauen erkämpften sich autonome Freiräume wie Frauenhäuser, Frauencafés, Frauenbuchläden, Frauengruppen, die zu bestimmten Themen wie etwa zur Frage der Abtreibung, Gewalt gegen Frauen, Sexismus, . . . arbeiten. An den Universitäten bildeten sich Frauengruppen und damit setzte eine Beschäftigung mit der Frauengeschichte aus feministischer Sicht ein, wie z. B. eine kritische Auseinandersetzung mit dem Marxismus, besonders, was die Frage des Reproduktionsbereiches bei Marx betrifft.

Viele der von den ersten sich als autonom verstehenden Frauen aufgestellten Forderungen sind heute, zumindest verbal, Allgemeingut geworden. In unserer Regierungspartei werden „frauenfreundliche" Tendenzen bemerkbar. Die Einschätzung dieser Entwicklung mit allen in sich bergenden Gefahren einer Vereinnahmung und den sich daraus ergebenden Problemen, führte auch innerhalb der Frauenbewegung zu unterschiedlichen Positionen.[9]

Gleichzeitig ergeben sich durch die gesamte politische und ökonomische Entwicklung der letzten Jahre eine Reihe neuer Probleme, ein Umdenken und eine Suche nach neuen Strategien und Taktiken. *„Die Erkenntnis, daß sich Frauen zur Durchsetzung ihrer Rechte auch über Klassenschranken hinweg autonom organisieren müssen, ist zwar von der neuen Frauenbewegung seit 1968 massiv zur Diskussion gestellt worden und mittlerweile schon zum Gemeinplatz geworden, aber keineswegs auf ihrem Mist gewachsen. Schon 1932 hat die sozialistische Psychologin Alice Rühle-Gerstl die zwiespältige Situation der Frauen beider Klassen erkannt; erkannt, daß es außer der Klassensolidarität noch eine Frauensolidarität wird geben müssen."*[10]

„Die Frau wird sich zu ihrer Klasse und zu ihrem Geschlecht bekennen müssen . . ."[11]

Allerdings treffen gerade Frauen, die in den traditionellen Arbeiterparteien (SPÖ und KPÖ) um ihre Rechte kämpfen wollen, dort auf den heftigen Widerstand ihrer männlichen Genossen. Die Bildung von autonomen Frauengruppen, beispielsweise in der Gewerkschaft, wurde bis jetzt erfolgreich

verhindert, würde ja auch eine solche politische Aktivität von Frauen ihren gesamten Lebenszusammenhang, auch ihr Privatleben, radikal in Frage stellen und andere Beziehungs- und Reproduktionsstrukturen zur Folge haben müssen. Gedanken, die für die hiesigen „Arbeiterparteien" ein sehr gefährliches und vor allem revolutionäres Element beinhalten, lezteres ein eher schmerzlicher und nostalgischer Teil ihrer eigenen Geschichte. In anderen Ländern (z. B. Frankreich, BRD) hat diese Entwicklung schon eingesetzt. Es gibt dort bereits autonome Frauengruppen auch innerhalb der Gewerkschaften, in den Betrieben, bei Verlagen, . . . usw. Damit ist die Möglichkeit zur Verbreitung von feministischen Inhalten in anderen Bereichen als in einer kritischen Schicht und in der heutigen Alternativszene gegeben, mit dem Idealziel auf allen gesellschaftlichen Ebenen ein Frauenbewußtsein zu entwickeln. Das wäre eine Entwicklung, die es dann auch den nichtproletarischen Feministinnen oder Intellektuellen ermöglichen würde, sich mit den Frauen aus der Arbeiterschaft zu solidarisieren ohne stellvertretend für Arbeiterinnen etwas zu unternehmen.

Daß diese Entwicklung eben sehr eng mit der allgemeinen politischen und ökonomischen Entwicklung zusammenhängt — etwa in der jetzigen Krise die Angst um die Arbeitsplätze — liegt auf der Hand.

Die Frauenbewegung, die heute eine eigene politische Kraft darstellt, ist eigentlich alles andere als eine geschlossene Bewegung. Die Frauen haben sich autonome Freiräume erkämpft und sich zahlenmäßig wesentlich vergrößert. Der Prozeß der Selbstfindung ist heute weitgehend zu Ende, im politischen Alltag geht es darum, neue Aktionsformen, Strategien zu finden. Ein sehr schwieriger Prozeß auch deshalb, weil es schon eine Anzahl unterschiedlicher Positionen innerhalb der Frauenbewegung gibt. Durch die weitgehende Dezentralisierung der Fraueninitiativen ist es heute unmöglich geworden, zu kollektiven Äußerungen zu gelangen. Diese Dezentralisierung und Aufsplitterung brachte einerseits ein Netz an Kontaktmöglichkeiten und Informationen, andererseits eine Fülle von unterschiedlichen Tendenzen, die in manchen Fällen bereits umgekippt sind und rückläufige Elemente beinhalten. Etwa die Strömung der „Neuen Weiblichkeit" mit einem starken Hang zur Magie und einer Mystifizierung der Weiblichkeit.

Die Mystifizierung der Mutterschaft halte ich für einen gefährlichen Irrtum. Natürlich wäre es falsch, alle Ansätze von Frauen, die versuchen, mit einem anderen Bewußtsein ihre Kinder zu gebären, von vornherein abzulehnen. *„Zum neuen Weiblichkeitsmythos werden diese Ansätze erst dann, wenn sie Mutterschaft, Körper, Natur, Gefühl ins Zentrum weiblicher Identität stellen. Problematisch ist die — selbstverstümmelte —*

Annahme der alten patriarchalischen Formel ‚Frau gleich Körper', ‚Frau gleich Natur', ‚Frau gleich Gefühl und Irrationalität'. Auch dann, wenn ihnen durch die selbstgewählte Identität mit diesen Elementen ein positives statt des kulturüblichen negativen Vorzeichens verliehen wird."[12]

Zum Abschluß dieses eher den historischen Teil der Frauenbewegung betreffenden Artikels, möchte ich auf den im zweiten Teil der Nummer folgenden Artikel verweisen. Dort habe ich versucht — ausgehend von den Aktionen gegen sexistische Werbung bei Palmers — aktuelle Probleme der heutigen Frauenbewegung darzustellen.

Fußnoten

1 Erica Fischer: Interview vom 12. 1. 82.
2 Erica Fischer, Fünf Jahre autonome Frauenbewegung in Österreich, in: Tagebuch, Jänner 1980
3 Flugblatt der Gruppe AUF.
4 Interview mit Erica Fischer.
5 ebenda.
6 E. F., Fünf Jahre autonome Frauenbewegung in Österreich.
7 ebenda.
8 Erica Fischer, Feminismus-Flaute? , in: Zukunft, Februar 1980.
9 Siehe: AUF — eine Frauenzeitschrift, Nr. 31: Krise der Frauenbewegung.
10 E. F., Feminismus-Flaute?
11 Alice Rühle-Gerstl, Die Frau und der Kapitalismus, Verlag Neue Kritik, Frankfurt/Main 1932, in: E. F., Feminismus-Flaute?
12 Herrad Schenk, Die feministische Herausforderung, 150 Jahre Frauenbewegung, in AUF: Nr. 30, S. 13.

initiativen

Karl Manzano:

Anti-AKW-Bewegung in Österreich

Das Atomenergiezeitalter begann in Österreich erst nach dem Staatsvertrag durch die Gründung der Österreichischen Studiengesellschaft für Atomenergie, dem Aufbau des Reaktorzentrums Seibersdorf und dem Beitritt zur Internationalen Atomenergie Organisation (IAEO). Der Bau eines kommerziellen Atomkraftwerkes wurde aber erst Ende der sechziger Jahre von der damaligen ÖVP-Regierung ins Auge gefaßt (Energiekonzept 1969). Die Inbetriebnahme des 1. österreichischen AKWs war damals für 1975/76 vorgesehen.

In den Jahren 1968—71 gab es sehr wohl eine öffentliche Diskussion darüber, wann und wo dieses Kraftwerk gebaut werden sollte. Dabei ging es vor allem um Wirtschaftlichkeitsüberlegungen (ob das Kraftwerk sofort oder erst einige Jahre später, dafür aber dann bei entwickelterer Technologie größer und billiger gebaut werden sollte) und um die Frage des Standorts (welches Bundesland das AKW „bekommen" sollte). Dabei spielte auch die Rivalität zwischen der „roten" Verbundgesellschaft, die eher für einen Aufschub des Projekts eintrat, und den „schwarzen" Landeselektrizitätsgesellschaften eine Rolle, die auf eine sofortige Entscheidung drängten. Verbund und Landesgesellschaften gründeten schließlich am 10. 2. 1970 gemeinsam die Gemeinschaftskernkraftwerks Tullnerfeld Ges.m.b.H. (GKT), die am 22. 3. 1971 — also schon unter der neuen Regierung Kreisky — den Baubeschluß faßte. Die gesetzlichen Grundlagen (z. B. das Strahlenschutzgesetz) waren schon in den sechziger Jahren gemeinsam beschlossen worden.

Die Diskussion um Zwentendorf 1968—71

Aus heutiger Sicht interessiert vor allem, welche Fragen damals nicht diskutiert wurden — Fragen, die dann 1977/78, als bereits Milliarden verbaut waren, umso stärker die Öffentlichkeit beschäftigten. — Die Frage, ob der Energie- und Strombedarf ewig im gleichen Tempo weiterwachsen werde (und ob ein solches Wachstum überhaupt wünschenswert sei), wurde gar nicht gestellt. Gesundheitsminister Leodolter erklärte noch 1972: *„Der Strombedarf verdoppelt sich alle zehn Jahre, danach müssen wir uns richten."*

— Die Frage, was mit den radioaktiven Abfällen und der Kraftwerksruine einmal geschehen sollte, stellten sich weder Regierung noch Elektrizitätswirtschaft. Die Kosten für „Ent-

sorgung und Vorsorge für die Stillegung des Kraftwerks" wurden 1971 mit null (!) Groschen pro kWh angesetzt (vgl. Regierungsbericht 1977).

- Der Standort wurde auf Grund von politischen Interventionen (vor allem durch den niederösterreichischen Landeshauptmann Maurer) festgelegt. Die notwendigen Gutachten über Erdbebengefahr und Gefährdung des Trinkwassers wurden erst Jahre später (z. T. erst 1977) nachgeliefert. Dabei hatte die Geologische Bundesanstalt schon 1960–62 in einem internen Gutachten Zwentendorf als einen Standort bezeichnet, der „von einer weiteren Interessensnahme ganz auszuschließen" sei.
- Die Umweltfreundlichkeit eines AKW (z. B. gegenüber Kohlekraftwerken), dessen Sicherheit durch die Erfahrung und die Technologie internationaler Konzerne garantiert schien, wurde nie in Frage gestellt, von kritischen Stimmen – auch innerhalb der amerikanischen Atomenergiekommission (z. B. Prof. Gofman) – nahm man keine Notiz.

Kritische Gegenstimmen gab es aber auch in Österreich. Einige Wissenschafter wie die Biologen Pleskot, An der Laan, Weish sprachen bei Bundeskanzler Kreisky und Landeshauptmann Maurer vor, um sie auf die Gesundheits- und Umweltgefährdung durch Atomkraftwerke aufmerksam zu machen. Die damaligen „biologisch-medizinisch-genetisch-ökologischen" Einwände wurden in einem ausführlichen „Ärzte-Memorandum betreffend die Errichtung von Kernspaltungs-Kraftwerken" zusammengefaßt, das im März 1969 auf Initiative des Klosterneuburger Arztes Drobil vom Vorstand der niederösterreichischen Ärztekammer beschlossen wurde. Es wurde gefordert, daß „unabhängigen, vom Parlament als dem vom Volk beauftragten Treuhänder des Umweltschutzes bestimmten und verpflichteten Experten ein gleiches Mitspracherecht eingeräumt wird."

Aber das war im Planungs- und Genehmigungsverfahren weder vorgesehen noch erwünscht. Die Betreiber gaben selbst Fachgutachten in Auftrag (die bis heute nicht veröffentlicht wurden), die sie dann der Genehmigungsbehörde vorlegten, die weder an einer, von den Betreibern unabhängigen wissenschaftlichen Gegenprüfung, noch an einer informierten Debatte in der Öffentlichkeit interessiert war.

Stattdessen startete die E-Wirtschaft eine Propagandaoffensive über Zeitungen, Rundfunk und Fernsehen und eigene Broschüren und Vortragsreihen. Mit Kritikern war man nicht zimperlich: So schrieb eine oberösterreichische Zeitung: „*Die Sumper der niederösterreichischen Ärztekammer mögen die Verfasser des Memorandums, die wohl zu vergreist sind, um den großartigen Fortschritt unserer Tage zu begreifen, in Pension schicken . . .*".

Die Ausschaltung jeder Kritik sollte ein effizientes und reibungsloses Genehmigungsverfahren garantieren, machte es aber auch gleichzeitig unmöglich, Probleme rechtzeitig zu erkennen.

In der Bevölkerung des Tullnerfeldes gab es nur eine zaghafte Opposition. Die tonangebende Elite, vom SP-Bürgermeister der Pendlergemeinde Zwentendorf bis zu den ÖVP-Bauernbundfunktionären versprach sich vom Kraftwerksbau und eventuellen Folgeindustrien wirtschaftliche Prosperität, Arbeitsplätze und verbesserte Infrastruktur. Die Zwentendorfer erhofften sich eine radikale Aufbesserung der Gemeindefinanzen. Die Lokalpresse sah eine neue Zeit heraufdämmern: „*Die Donau war schon immer unser Schicksalsstrom – die Römer, die Salzstraße und das Kernkraftwerk. Alle Wunder geschehen an Ufern. Möge das Kernkraftwerk für die Gemeinde Zwentendorf und ihre braven Bewohner sowie für den ganzen Bezirk ein Wirtschaftswunder werden; es ist eine Freude und ein Segen für unsere Gemeinde. Hoffen wir, daß das Werk gelinge und ein Segen für die Menschheit wird.*" („Tullner Bezirksnachrichten" vom 6. 8. 1971).

Zwar hatten einige Dutzend Zwentendorfer Vollmachten unterschrieben, mit denen ein Wiener Umweltschützer (Walter Soyka) gegen den Bau Einspruch erheben wollte. Doch beim Bewilligungsverfahren im Zwentendorfer Pfarrsaal am 9. 3. 1972 wurde er von zwei Staatspolizisten gewaltsam aus dem Saal entfernt.

Was bei jedem Wohnhaus selbstverständlich ist, galt nicht beim AKW: Das Strahlenschutzgesetz hatte den Anrainern die Parteienstellung, die ihnen nach der Gewerbeordnung zugebilligt gewesen war, ausdrücklich genommen.

Die AKW-Gegner, die am 26. 6. und 6. 9. 1971 auf dem noch unberührten Bauplatz in Zwentendorf zwei Kundgebungen abhielten (200 bis 300 Teilnehmer) blieben insgesamt isoliert. Es gelang ihnen nicht, kritische Potentiale der Gesellschaft für die AKW-Problematik zu interessieren. Das lag einerseits an ihrer eigenen überwiegend (aber nicht ausschließlich) politisch naiven bis konservativen Grundhaltung, andererseits aber auch am eingeschränkten Gesichtsfeld der damaligen „Linken", die in der „friedlichen Nutzung der Atomenergie" einfach einen Fortschritt in der Entwicklung der Produktivkräfte sah, gegen den sich einige reaktionäre Kleinbürger vergeblich zu stemmen versuchten. Sie teilten damit voll die verbreitete Technikgläubigkeit und einen allgemeinen Fortschrittsoptimismus, der durch die eben erst einsetzende „Umweltdiskussion" noch kaum angekratzt war.

Das zweite AKW wird nicht gebaut

Ganz anders war die Situation, als 1973/74 die ersten Pläne

für den Bau eines zweiten AKW in Stein/St. Pantaleon an der Enns bekannt wurden.

Schon 1972–74 hatten sich zehntausende Vorarlberger an den „Volksmärschen" gegen das grenznahe Schweizer AKW-Projekt Rüthi beteiligt. Doch hatte diese Bewegung auf das restliche Österreich und auf Zwentendorf keine direkten Auswirkungen und blieb weitgehend unbekannt. Sie schuf allerdings eine „strategische Reserve" der Anti-AKW-Bewegung, die dann bei der Volksabstimmung 1978 von entscheidender Bedeutung war (84 % Nein-Stimmen in Vorarlberg).

In Oberösterreich gründeten Aktivisten des Naturschutzbundes Anfang 1974 die Bürgerinitiative gegen Atomgefahren Linz-Enns (BIAG), die trotz einer intensiven Propagandakampagne der E-Wirtschaft bis Ende 1974 75.000 Unterschriften sammelte.

Höhepunkt dieser Bewegung bildete eine Veranstaltung mit Bundeskanzler Kreisky am 22. 4. 1975 in Linz. Die Veranstaltung, von 3500 Menschen besucht und vom Fernsehen teilweise live übertragen, wurde zu einer massiven Demonstration gegen AKW und markierte gleichzeitig einen Wendepunkt der Bewegung: Der Bundeskanzler kündigte an, daß Atomkraftwerke in Österreich erst nach einem grundsätzlichen Entscheid des Parlaments in Betrieb genommen würden. Die Auseinandersetzung war dadurch nicht länger ein regionales Problem, sie wurde wieder zu einem Thema der Bundespolitik. Die Frage, ob in Österreich überhaupt Atomkraftwerke betrieben werden, sollten, stand damit offiziell wieder zur Diskussion, wenn auch in Wirklichkeit die Bauarbeiten in Zwentendorf und das Genehmigungsverfahren ungehindert weiterliefen.

Zu diesem wichtigen politischen Erfolg kam ein konkret-praktischer: Infolge des stagnierenden Energieverbrauchs und drohender Überkapazitäten wurde der Baubeginn für St. Pantaleon vorerst um einige Jahre aufgeschoben. Damit war auch die Propaganda von der unmittelbaren Notwendigkeit des AKW-Baues erstmals praktisch widerlegt.

Eine „neue" Anti-AKW-Bewegung

Ab Herbst 1975 setzte in der Anti-AKW-Bewegung eine Schwerpunktverlagerung ein: von einer regional beschränkten Bewegung, die hauptsächlich von (meist älteren) Menschen aus der traditionellen Naturschutzbewegung getragen wurde, hin zu einer österreichweiten Bewegung mit Schwerpunkten in Wien und in den Landeshauptstädten und mit vielen jungen Aktivisten (oft aus studentischem Milieu), die dann 1977 und 1978 das Bild der Demonstrationen, Straßenagitationen etc. weitgehend (aber nicht ausschließlich) bestimmen sollten.

1975 gründeten Studenten den Arbeitskreis Ökologie Salzburg und den Arbeitskreis Atomenergie Wien. Ähnliche Gruppen entstehen 1976/77 in Graz, Innsbruck, Linz und Klagenfurt.

Die nach 1968 entstandene „Neue Linke" engagierte sich ab 1975 zunehmend im Kampf gegen Zwentendorf, aber auch sozialistische und christliche Jugendorganisationen. Zwentendorf wurde immer mehr zu einem Kristallisations- und Sammelpunkt für jene, die eine menschengerechtere und lebenswertere Gesellschaft anstrebten, in den traditionellen politischen Strukturen aber keine Möglichkeit zum politischen Engagement sahen. Das Gefühl, in einer lebenswichtigen Sache einmal „konkret etwas tun zu können", verlieh der Bewegung eine große Anziehungskraft. Großen Einfluß hatten auch die Entwicklungen in der BRD; vor allem die erfolgreiche Bauplatzbesetzung in Wyhl.

Die „neue Qualität" und das rasche Wachstum der Anti-AKW-Bewegung zeigten sich deutlich bei der Informationskampagne, die die Regierung von Oktober 1976 bis März 1977 durchführte. Als Vorbereitung für den Parlamentsentscheid sollten in 10 öffentlichen Diskussionsveranstaltungen in den österreichischen Universitätsstädten Pro- und Kontra-Experten über die AKW-Problematik diskutieren.

Die AKW-Gegner nutzten sehr bewußt und taktisch überlegt die Möglichkeiten, die ihnen die Kampagne bot. Fast alle Veranstaltungen wurden zu Kundgebungen der AKW-Gegner, bei denen an Stelle des vorgesehenen Themas immer mehr die Frage ‚Wie können wir Zwentendorf verhindern?" in den Mittelpunkt der Diskussion gestellt wurde.

Die Initiative österreichischer AKW-Gegner

Die Informationskampagne gab auch den Anstoß zum Zusammenschluß der AKW-Gegner in der Initiative Österreichischer Atomkraftwerks-Gegner (IÖAG) im Mai 1976. Plattform der IÖAG bildeten nur die gemeinsamen Forderungen: keine AKW und Atommüllagerstätten in Österreich und an seinen Grenzen.

Anfangs nur ein loser Zusammenschluß einzelner Gruppen, entwickelte sich die IÖAG immer mehr zu einer festeren Organisation mit einem Delegiertensystem und einem „Gesamtösterreichischen Koordinationsausschuß". Dieser hatte für die Durchführung der gemeinsamen Beschlüsse (vor allem die gesamtösterreichischen Demonstrationen und Aktionstage) zu sorgen, gab Presseerklärungen und Publikationen der IÖAG heraus (Broschüren, Flugblätter, später auch die Monatszeitung „Initiativ") und sollte für den Informationsfluß innerhalb der Bewegung sorgen.

Trotz aller inneren Widersprüche gelang es den österreichischen AKW-Gegnern, in wesentlichen Punkten eine gemeinsame

Vorgangsweise zu erreichen. Dabei bildete das erfolgreich realisierte Aktionsbündnis zwischen Aktivisten aus der „alten" Naturschutzbewegung und der „jungen" Studentenbewegung den organisatorischen Kern einer neuen Bewegung, die in alle gesellschaftlichen Gruppen hineinwirkte und dort eine gewisse Polarisierung hervorrief.

Das gemeinsame Vorgehen führte aber auch notgedrungen zu einer gewissen Beschränkung der Argumentation auf die Gefahren der Atomenergie. In energie- und gesellschaftspolitischen Fragen gingen nicht nur die Meinungen weit auseinander, es fehlte auch weitgehend an theoretischen Analysen und konkreten Konzepten, für die der Bewegung kein wissenschaftlicher Apparat zur Verfügung stand.

So war die Argumentation der IÖAG zwar sehr radikal- und basisdemokratisch („die Betroffenen müssen ihre Sache selbst in die Hand nehmen"), aber sehr wenig „grün" – sie formulierte keine weitergehende Industrie- und Wachstumskritik, nicht einmal eine generelle Ablehnung der Atomenergie.

Parlamentsentscheid und Volksabstimmung

Das Jahr 1977 stand für die Anti-AKW-Bewegung im Zeichen großer Demonstrationen. Am 12. Juni kamen 6000 Menschen zur ersten „gesamtösterreichischen Demonstration" der IÖAG nach Zwentendorf. Zwei Wochen später demonstrierten 3000 Waldviertler, von denen viele mit ihren Traktoren gekommen waren, in Allentsteig gegen das geplante Atommülllager. Die Ablehnung war so heftig und erfaßte die ganze Region, daß Kreisky später davon sprach, „er wolle sich im Waldviertel keinen Bürgerkrieg anfangen".

Am Nationalfeiertag demonstrierten in Wien 6000 Menschen vor dem Bundeskanzleramt und dem Parlament unter den Losungen „Wir wollen kein Atomkraftwerk, dem muß sich Kreisky beugen!" und „Parlamentsdebatte über AKW ist ein betrügerischer Schmäh!". Diese Demonstration sorgte für Schlagzeilen, da der Bundeskanzler vor laufenden TV-Kameras die Demonstranten als Lausbuben abkanzelte und ihnen „terroristische Methoden" vorwarf. Die Presse stellte sich überwiegend auf die Seite des Bundeskanzlers („Kronenzeitung": „Jetzt gilt es, den Anfängen zu wehren"). Die AKW-Gegner waren einerseits empört, viele aber auch verunsichert, ob man nicht „zu weit" gegangen war.

Das Bild änderte sich jedoch schlagartig, als mitten in den Weihnachtsferien die IÖAG die Medien über eine geplante heimliche Anlieferung der Brennelemente informierte. Noch im September hatte Innenminister Lanc erklärt, eine Anlieferung vor dem Parlamentsentscheid würde zwangsläufig „*den Eindruck erwecken, daß es sich bei der kommenden Parlamentsdebatte nur um einen Nachgesang auf bereits getroffene Entscheidungen handelt.*"

Dieser Eindruck entstand nun wirklich, als die Brennelemente am 18. 1. unter schärfsten Sicherheitsvorkehrungen und unter größter Publizität mit Bundesheerhubschraubern eingeflogen wurden. In dieser Situation kam es auch zum „Bruch" zwischen den Großarteien: VP-Obmann Taus, der noch ein halbes Jahr zuvor eine Drei-Parteien-Regelung angeregt hatte, ließ den „Atomgipfel" mit Bundeskanzler Kreisky am 19. 1. schon nach einer Viertelstunde platzen. Dieser Bruch konnte auch in den langen Beratungen des parlamentarischen „Atomausschusses" nicht mehr gekittet werden, obwohl es natürlich auch in der ÖVP starke Kräfte für Zwentendorf gab und gibt.

Die Ablehnung des Parlamententscheides führte die AKW-Gegner zwangsläufig zur Forderung nach einer Volksabstimmung, die sie im Februar 1978 auch ausdrücklich erhoben. Die Parteien ignorierten entweder diese Forderungen total oder bezeichneten sie als „*ungeeignet für die Kernenergiefrage, die mit soviel Agitation verbunden ist*" (Kreisky im Jänner 1978).

Umso größer war dann die Überraschung, als nach dem Scheitern der parlamentarischen Verhandlungen die SPÖ, die so knapp vor den Wahlen nicht die Alleinverantwortung für Zwentendorf auf sich nehmen wollte, plötzlich eine Volksabstimmung vorschlug. Aber nicht nur wahltaktische Überlegungen spielten bei diesem Beschluß eine Rolle. Meinungsforscher sagten eine sichere Ja-Mehrheit voraus – die Volksabstimmung schien der „letzte Ausweg", Zwentendorf doch noch demokratisch legitimieren zu können.

Mit diesem Beschluß wurde eine Diskussion in Gang gesetzt, die in ihrer Intensität in Österreich bisher einmalig war. Der „Koalition etablierter Riesen" (Regierungspartei, Gewerkschaftsbund, Industriellenvereinigung, E-Wirtschaft) stand eine „Koalition engagierter Zwerge" gegenüber. Auf die 35 Millionen teure Werbekampagne der E-Wirtschaft und den vollen Einsatz des sozialistischen Partei- und Gewerkschaftsapparates antworteten die AKW-Gegner mit einer unüberschaubaren Anzahl von spontanen, kurzfristigen Initiativen im Bekanntenkreis, im Wohnbereich, am Arbeitsplatz, in Vereinen und Organisationen, wobei sich die Jugend besonders engagierte. Die Fronten gingen quer durch die politischen Lager und waren nicht mehr mit einem Links-Rechts-Schema zu fassen.

Das Ergebnis der Volksabstimmung ist bekannt: 50,5 % Nein-Stimmen bei einer Wahlbeteiligung von 64,1 %. Das bedeutete das vorläufige Aus für Zwentendorf. Das Parlament beschloß einstimmig das sogenannte „Atomsperrgesetz", das die Inbetriebnahme von Atomkraftwerken in Österreich verbietet.

Dieses Gesetz gilt nach wie vor, kann aber – rein rechtlich – jederzeit durch eine einfache Mehrheit im Parlament (keine Volksabstimmung notwendig!) wieder aufgehoben werden. Seit 1978 hat es bereits mehrere Vorstöße in dieser Richtung gegeben, 1980 sogar ein Volksbegehren, unterstützt von der Regierungspartei und der sozialpartnerschaftlich besetzten „Gesellschaft für Energiewesen". Zwar wagt es derzeit keine Partei, Zwentendorf aufzusperren, doch kann sich das nach den nächsten Wahlen rasch ändern. Jedenfalls werden Jahr für Jahr viele Millionen für die Konservierung Zwentendorfs ausgegeben, auch sind neue Gutachten in Auftrag.

Die Auseinandersetzung um Zwentendorf (und um den Bau weiterer AKWs) ist also nicht endgültig ausgestanden. Das geistige und politische Klima, in dem diese Auseinandersetzung stattfindet, hat sich seit 1970/71 jedoch entscheidend verändert. Die Sensibilität und Hellhörigkeit der Bevölkerung in Umweltfragen ist ebenso gestiegen wie die Bereitschaft, sich außerhalb der traditionellen Parteien in autonomen Initiatven zu engagieren. Nur in einem solchen politischen Klima konnte die Anti-AKW-Bewegung wachsen.

Andererseits war es die Anti-AKW-Bewegung selbst, die durch ihre Aktivität das Vertrauen in die „moderne" Atomtechnologie, die „Objektivität" der Wissenschafter und Experten und die Glaubwürdigkeit der Politiker erschütterte – und so wesentlich dazu beitrug, dieses neue politische Klima zu schaffen.

Sie hat die alten politischen Lager (die „Rechten" und die „Linken") zumindest tendenziell aufgebrochen und Koalitionen geschaffen, die vorher undenkbar schienen.

Für viele war die Mitarbeit in einer Anti-AKW-Initiative der erste Schritt, aus ihrer bisherigen politischen Apathie und Inaktivität herauszutreten. Naive Vorstellungen über das Funktionieren unseres demokratischen Systems sowie manche Illusion über Politiker und Parteien wurden dabei zerstört. Zugleich zeigte sich aber, wie empfindlich das österreichische System auf einen echten Druck von unten reagiert und welche Möglichkeiten Bürgerinitiativen haben, wenn sie sie zu nutzen verstehen.

Denn es waren nicht mehr als einige hundert Aktivisten, die vor 1978 in einer Anti-AKW-Initiative regelmäßig mitarbeiteten. Ohne diese Initiativen hätte sich die Auseinandersetzung nie so weit entwickelt. Die meisten Aktivisten hatten wenig Illusionen, was die Absichten der verantwortlichen Politiker betraf. Aber sie fragten nicht, ob eine Durchsetzung ihrer Forderung wahrscheinlich ist. Sie glaubten einfach, daß prinzipiell die Möglichkeit dazu bestand, daß sie diese Möglichkeit nutzen mußten und daß nur sie selbst die Gefahr abwehren

könnten und mit dem Engagement verband sich die „Hoffnung, im eigenen Experiment eine Spur in die Zukunft zu finden".

Irene Etzersdorfer

„Hexensabbat"

Die warzengesichtigen, unansehnlichen, frustrierten Emanzen schlugen wieder einmal zu und wagten es, die ästhetischen Palmers-Plakate mit der süßen, einladenden Blondine, die es (laut Peter Kupfer in der „Krone" vom 8. November 81) „genießt, durch und durch Frau zu sein", zu verunstalten.

Nicht Prüderie, Nacktheit, Sexualität waren die Ursachen des nächtlichen Ausrittes, „sondern die Art und Weise, wie Frauen als willenlose und dem Mann jederzeit verfügbare Gebrauchsgegenstände dargestellt werden". (Aus: Protestschreiben an Dohnal, Albrecht, Fast, Broda . . .)

Was für ein Fressen für die hungrigen Medienwölfe: von Staberl über Sebastian Leitner zu Peter Kupfer und Konsorten, teilten sie sich die Beute, und was die Leser dieser Zeitungen da so über die Inhalte des spontanen Protestes erfuhren, trug nicht unbedingt zum tieferen Verständnis feministischen Gedankenguts bei.

Einige Tage darauf schwirrten abermals zwei dieser kastrationswütigen Geschöpfe auf den Straßen herum, diesmal bewaffnet mit einem Tonbandgerät, um die Meinung des Mannes/der Frau von der Straße dazu zu erfahren.

Im folgenden einige Kostproben davon:

Frau (ca. 50, leicht nasalierend): Wenn die Frauen g'scheit wären, würden sie die ganze Emanzipation ganz still und leise durchführen, so daß es die Männer gar nicht merken. Das sind ja frustrierte Frauen, die sonst keinen Lebensinhalt haben. Sinnvoll ist es im Sinne der Evolution zu leben, das hier ist aber Revolution.

Mann: Des schaut jo schen aus fürs Auge, a Frau soll ja schön angezogen sein, auch untrisch.

Mann: Waun ma für was wirbt, soll scho a mit Sex was dabei sein.

Frau: Herzerl, i les überhaupt kane Illustrierten, nur mei Krone und am Samstag den Kurier.

Mann: Des wird von de Gegnerinnen hochgespielt, die meist nicht vom angenehmen Äußeren anderer Frauen gezeichnet sind.

Frau: Ich find's ganz normal und ästhetisch und schön. Ich bin nicht im Prinzip gegen Emanzen, sondern gegen diese Emanzen, die diese Schmierereien da veranstaltet haben, weil sie bled sind.

Mann: Sinn dieser Werbung ist es, der Frau zu zeigen, wie sie attraktiv aussehen kann.

Frau: Gewissermaßen sichert Palmers Arbeitsplätze, wenn er die Produkte nicht losbekommt, muß er Angestellte entlassen.

Mann (Saubermann): Es muß so eine Art von Werbung nicht sein, es genügt vollkommen, wenn man die Sache etwas verschleiert, . . . so ein Anblick sollte intim in den vier Wänden sein.

Mann (ca. 20): Für Göd mocht ma vü, wauns mir a Mille geben, bin i a mit ana Unterhosen auf der Plakatwaund. Man muaß se gegen andere Werbungen aufregen, bei Palmers sans eh no als Mensch

akzeptiert.

Mann: Ich bin überhaupt gegen diese Freizügigkeit, wenn die Gesellschaft alles freigibt, darf sie sich nicht wundern, wenn es solche Auswüchse gibt und die Jugend verdorben wird. Diese Sexualaufklärung in der Schule, wo der Pfarrer da so Bilder zeigt mit Tonband, des find' i schon a bisserl ehrenrührig, Krankhafte werden dadurch aufgewirbelt, den G'sunden machts nix.

Positive Meldungen zum Verschnaufen:

Mann: Die Werbung ist eine Frechheit, auch den Männern gegenüber, ich habe diese Rolle des ewigen Eroberers schon satt, des geht mir irrsinnig auf die Nerven.

Frau: Was die Frauen da gemacht haben, taugt ma, die Frau wird als unterwürfiges Objekt dargestellt, ich fühle mich auch durch die ganze Arbeitslage diskriminiert.

Frau: Das fand ich schon richtig, was Frauen hier gemacht haben, reden nützt hier nix, es ist aber nicht die einzige diskriminierende Werbung.

Geht die Krise um?

Was ist los mit der Frauenbewegung, ist sie in der Krise, gibt es sie überhaupt noch?

Wer — von den Leser(n)innen — sich im folgenden Artikel fertige *Antworten* auf diese Fragen erwartet — sollte vielleicht besser gar nicht weiterlesen. Was dürfen sie denn erwarten? Zu vielschichtig sind die Probleme und bedürfen einer viel detaillierteren Auseinandersetzung. Ich habe versucht *einige wenige* aktuelle Probleme der heutigen Situation in der Frauenbewegung herauszugreifen und mich mit ihnen kritisch auseinanderzusetzen.

— Die Verbreiterung der Frauenbewegung brachte eine quantitative Ausdehnung, die auch ihre Kehrseite hat. Frauen begannen sich von den bestehenden patriarchalischen Organisationen abzusetzen und ihre eigene weibliche Gegenkultur zu schaffen, autonome Projekte aufzubauen. Der sofortige Versuch die neuen Initativen zu kommerzialisieren und sie ins Establishment zu integrieren, blieb nicht aus. Weiters erhebt sich die Frage, wieweit durch die Schaffung von frauenspezifischen Reservaten die Sprengkraft der Bewegung neutralisiert worden ist (wird).[1]

— *PALMERS* war — nach langer Zeit wieder — eine spontane Aktion, ein Protest und eine Empörung über sexistische Werbung. Die Aktion war Ausdruck eines Bedürfnisses sich gegen diese Diskriminierung zu wehren, anders als zu reden, zu diskutieren und sich die Finger wundzuschreiben. Viele Frauen sind des Diskutierens müde, wollen durch Aktionen mehr vermitteln als durch reden und gleichzeitig selbst etwas Lustvolles erfahren. (Theorie und politisch anschauliche Praxis zu verbinden ist ein Anspruch) Palmers hatte Sprengkraft und die Frauen waren mobilisierbar.

— Auch in Österreich verlief die Entwicklung der Frauenbewegung ähnlich und steht heute vor fast den gleichen Problemen wie die Frauen in anderen Ländern — natürlich mit den traditionsreichen österreichischen Besonderheiten.
Die Entwicklung der österreichischen, binnenländischen Staatsqualle mit ihren langen Fangarmen und neuerdings vier frauenfreundlichen Tentakeln, brachte auch für die autonome Frauenbewegung wesentliche Auswirkungen.
Es gibt sie — die heilige Johanna — ihrerseits umstritten und bekämpft in den eigenen Reihen. Von den Parteipatriarchen nur mit knapp bemessenen „Körberlgeld" versehen.
Und trotzdem eine Anlaufstelle, fast ein Kopfbahnhof.
Die vielen kleinen Initiativen, Projektgruppen, Komitees usw. wollen arbeiten und das, wenn möglich, nicht gratis. Viel zu lange haben Frauen Gratisarbeit verrichtet und haben Anspruch auf Bezahlung ihrer für die Gesellschaft wichtigen Tätigkeit. Aus der Bewegung ist nicht genug Geld erhältlich und so balancieren viele Frauen immer wieder auf dem Grat zwischen Subventionsbeschaffung und Bewahrung ihrer Autonomie.
Wie sieht die Situation nun konkret aus?

— Nach allen bisherigen Erfahrungen — auch aus eigenen — stellten wir fest, daß es Subventionen nur dann wirklich gibt, wenn Frauen mit eindeutigem Nahverhältnis zur SPÖ an allen Projekten beteiligt sind, wie es bei den Frauenhäusern, Frauenkulturzentren und ganz besonders bei der Drachengasse der Fall war (die sich ja öffentlich von der autonomen Frauenbewegung distanziert hat).

— Viele der Ideen der autonomen Frauenbewegung sind von der Sozialdemokratie vereinnahmt und verbreitet worden, an diversen Volkshochschulen gibt es Frauenkurse, Therapiemöglichkeiten, Selbstbewußtseinstraining und ähnliches.

— Reformen wurden durchgeführt — jawohl, das Bewußtsein wurde teilweise verändert — auch das, aber wieweit wurden die realen Lebenszusammenhänge der Frauen geändert? Verbesserung, Linderung in vielen Fällen, aber keine Infragestellung der gesamten Arbeits- und Reproduktionsvorgänge — das nicht!

— Am Beispiel der Fristenlösung: seit 1975 ist sie Gesetz, eine Kompromißlösung einstmals! Frauen dürfen bis zum dritten Monat straffrei abtreiben, am besten in Wien, in den Bundesländern ist es schwer möglich und viel zu teuer. Ein Recht auf Abtreibung, ein Recht auf Selbstbestimmung über unseren eigenen Körper, besitzen wir noch immer nicht und bezahlen dürfen wir für das Mißgeschick einer ungewollten Schwangerschaft auch noch immer und diskriminiert werden

wir zusätzlich in den Spitälern.

— Im Augenblick scheint sich eine große Ratlosigkeit breitzumachen, eine Orientierungslosigkeit und ein „Nicht-wissen-wohin". Gibt es doch auch keinen geradlinigen Weg zu unserem Ziel einer emanzipierten, solidarischen Gesellschaft. Unsere Forderungen berühren alle Lebensbereiche und lassen sich nicht klar begrenzen.
Gründe für eine momentane Unfähigkeit zur Strategiebildung gibt es genug. Große Teile der Frauenbewegung lehnen Theorie überhaupt ab. Viele Frauen aus der Anfangszeit der Frauenbewegung haben sich ins Privatleben zurückgezogen, enttäuscht, weil so viele ihrer Erwartungen nicht eingetroffen sind, manche fordern einen blinden Aktionismus.
Aufgabe der nächsten Zeit wird es sein, neue, gangbare Wege zu suchen und aus den gemachten Erfahrungen zu lernen und da werden wir ums Reden, Diskutieren, Theoriebilden nicht herumkommen.

[1] Beiträge zur feminist. Theorie u. Praxis, Bd. 1.

Michael Genner

Longo Mai

Im Dezember 1972 trafen sich in Basel rund 100 Jugendliche aus 10 europäischen Ländern zu einem Kongreß, der von Spartakus und Hydra einberufen worden war. Die meisten Teilnehmer hatten sich in Jugendbewegungen und Gewerkschaften engagiert und darum, früher als andere, die beginnende Krise zu spüren begonnen: Viele von ihnen standen auf schwarzen Listen und waren arbeitslos.

Der Kongreß beschloß, als Antwort auf Arbeitslosigkeit und Entvölkerung in den Berggebieten Europas genossenschaftliche Pioniersiedlungen aufzubauen.

Die Berglandwirtschaft gilt als unrentabel. Ganze Regionen werden entvölkert und liegen brach. Die Jungen wandern in die Städte ab. Aber sie finden dort keine Arbeit mehr.

Heute gibt es Millionen junge Arbeitslose in den Großstädten Europas. Viele von ihnen werden rauschgiftsüchtig oder kriminell. Andere werden Polizisten und führen Bürgerkrieg gegen ihre Altersgenossen. Oder sie lassen sich als Söldner anwerben, für einen Kreuzzug zu den Ölquellen in der Dritten Welt. Dabei gibt es in den verlassenen Gegenden Europas genügend Raum für Leute, die ihr Leben selbst in die Hand nehmen wollen.

Im Frühjahr 1973 gründeten wir die erste Pioniersiedlung in der Provence. Wir nannten sie, nach einem altprovençalischen Gruß „Longo Mai" („Unsere Sache möge lange dauern!"). Wir waren 30 Leute, die mit der Arbeit begannen. Unsere Freunde

und Verwandten in der Schweiz sammelten Geld für den Kauf des Landes: 300 Hektar, ein Hügel in der Nähe der Stadt Forcalquier. Das Gelände, seit 40 Jahren nicht mehr bewirtschaftet, war von Krüppeleichen und Dornengestrüpp überwuchert. Drei große, verfallene Höfe standen darauf, dazu Mauerreste von vielen kleineren zusammengestürzten Gehöften und viele eingebrochene Terrassenmauern und Wasserbecken, die davon zeugten, daß dieser Hügel einmal dicht besiedelt war.

Als erstes gruben wir die verschütteten Quellen wieder aus und bauten ein Wasserreservoir für Trinkwasser und künstliche Bewässerung. Dann rodeten wir das Gestrüpp auf den Feldern; vor dem ersten Winter waren 30 Hektar gepflügt und gesät. Im nächsten Jahr war das Ziel der landwirtschaftlichen Selbstversorgung für 30 Leute erreicht.

Inzwischen haben wir noch eine Reihe von anderen Kooperativen gegründet. Die Muttersiedlung in der Provençe hat die vielfältigste Produktion (Ackerbau, Schaf- und Schweinezucht, Gemüse, Holz . . .); sie dient als Empfangsstation und „Gesamtschule", wo ein Jugendlicher, der aus der Stadt kommt, eine Vielzahl von Arbeiten lernen kann, vor allem aber, wo er lernt, in einem Kollektiv zu leben und zu arbeiten und Verantwortung für die Gemeinschaft zu tragen. Die anderen Kooperativen sind im Ardèche (französisches Zentralmassiv), in Briançon (französische Alpen), im Schweizer Jura und in Kärnten. Heute leben rund 120 Genossenschafter ständig in den Kooperativen; mehr als 15.000 Jugendliche waren für kürzere oder längere Zeit bei uns.

Alle Kooperativen beruhen auf der *„Dreibein-Wirtschaft"*, also auf jeweils drei Produktionszweigen, die sich gegenseitig ergänzen, zum Beispiel Ackerbau — Viehzucht — Weiterverarbeitung (Handwerk/Industrie) oder Viehzucht — Wald — Weiterverarbeitung.

Ein Beispiel für die industrielle Weiterverarbeitung der landwirtschaftlichen Produkte ist unsere *„Spinnerei"* in Chantemerle bei Briançon. Diese Fabrik, um 1900 gebaut, war bis zu ihrer Stillegung (1968) das Zentrum der regionalen Wirtschaft gewesen. Alle Schafzüchter der Gegend hatten dorthin ihre Wolle geliefert. Nach der Schließung hatten viele Bauern aufgegeben. Viele warfen ihre Wolle einfach weg — es kaufte sie ihnen ja doch niemand ab . . .

Diese Fabrik übernahmen wir im Jahre 1976. Wie bei allen Neuinvestitionen machten wir für den Anfang eine Geldsammlung in der Schweiz. Wir setzten die alten Maschinen wieder instand und schickten Schurgruppen zu den Bauern der Region. Schon in der ersten Saison wurden 20.000 Schafe geschoren. Die Bauern zahlen für das Scheren kein Geld, sondern geben uns einen Teil der Wolle als Entgelt. Die Wolle wird in der

Spinnerei und im Strickatelier bis zum Endprodukt (Pullover, Mützen, Schals) verarbeitet. Wir verkaufen die Produkte auch selbst, so daß die ganze Produktionskette bis zum Endverbraucher ohne Zwischenhandel in ein und derselben Genossenschaft vereinigt ist.

1977 kehrten wir nach Österreich zurück. Wir kauften einen Berghof in Eisenkappel (Südkärnten), der seit 20 Jahren nicht mehr bewirtschaftet war. Die Wirtschaftsgrundlage dieser Kooperative ist die Schafzucht. Dazu kommt, als zweites Standbein, der Wald; als drittes (seit Februar 1981) eine Wollspinnerei, die die Wolle von 20.000 Schafen (also des gesamten Schafbestandes Kärntens) verspinnen kann und nach denselben Grundsätzen funktioniert wie die in Briançon: Die Produkte werden auch hier ohne Zwischenhandel an den Endverbraucher in der Stadt verkauft.

Unsere Herde stammt aus der Schweiz; auf unserem Berghof im Schweizer Jura hatten wir eine Zuchtstation für das schwarzbraune Bergschaf aufgebaut. 150 Tiere brachten wir im Sommer 1977 nach Österreich.

Wir zogen mit der Herde zu Fuß von der Schweizer Grenze durch Tirol und Salzburg, über den Hohen Tauern und durch Osttirol nach Kärnten. Unterwegs sahen wir viele verlassene Almen, sahen wir Hotels, wo früher Höfe gestanden waren, sprachen wir mit Bauern, deren Kinder in die Stadt gegangen waren. Wir sahen auch die Trassen der Autobahnen, die die „ARGE ALP" mit deutschen Geldern baut — wie schon einmal, für den Weg nach Süden und Südosten . . .

So kamen wir nach Kärnten — in ein Bergland, das die gleichen Probleme hat, wie viele andere europäische Bergregionen. Und doch herrscht hier eine ganz besondere Situation . . .

Kärnten ist (wie in den dreißiger Jahren) das Bundesland mit der *stärksten Wirtschaftskrise* — und zugleich mit der größten *faschistischen Massenbewegung* Österreichs.

Hier in Kärnten lebt eine slowenische Minderheit — ständige Zielscheibe der deutsch-nationalen Hetze. Hier in Kärnten gibt es den Heimatdienst — die Massenorganisation der Ewiggestrigen, die vom Marsch nach Südosten träumen. Kärnten ist auch Mitglied der von München gesteuerten ARGE ALPEN/ADRIA (*ARGE OST*").

Die „*Arbeitsgemeinschaft der Alpenländer*" (*ARGE ALP*) und ihr 1978 gegründeter Parallelverein *ARGE OST* sind die beiden wichtigsten deutschen Einschleichorganisationen, mit deren Hilfe die westlichen Bundesländer Österreichs politisch und wirtschaftlich angeschlossen werden.

Ihre Wortführer reden viel vom „alpenländischen Bewußtsein" und vom „Schutz der Bergregionen" . . . In Wirklichkeit aber betreiben sie den Bau strategischer Autobahnen und die Unterwanderung durch das deutsche Kapital.

Der ARGE ALP gehören die Länder Bayern, Tirol, Salzburg, Vorarlberg, Südtirol, Trient, Lombardei und Graubünden an. Der ARGE OST: ebenfalls Bayern — weiters Salzburg, Oberösterreich, Steiermark, Kärnten, Venetien, Friaul, Slowenien und Kroatien.

Diesseits und jenseits der jugoslawischen Grenze mehren sich die Investitionen der *Deutschen Bank*. Kärnten ist, wie in den dreißiger Jahren, das *Sprungbrett zum Balkan*. Und das ist der eigentliche politische und strategische Grund für die antislowenische Hetze der Kärntner Deutschnationalen.

Als wir noch dabei waren, in Kärnten einen Hof zu suchen, hörten wir von der Verhaftung des christlichen Slowenenführers Warasch — Opfer einer plumpen Polizeiprovokation. Ein Spitzel hatte im Wald eine Bombe vergraben und dann behauptet, er hätte sie von Warasch erhalten . . . Damals fuhr auf unsere Initiative eine Delegation Schweizer Bürger nach Kärnten, um sich die Lage an Ort und Stelle anzusehen. Diese Delegation schrieb einen Bericht, der in der Schweizer Öffentlichkeit großes Aufsehen erregte — der erste Schritt, um die rechtsextremen Umtriebe in Kärnten einer breiten europäischen Öffentlichkeit bekanntzumachen.

Warasch wurde freigesprochen. Die Provokation war mißglückt. Die Kärntner Zeitungen entfesselten als Revanche eine wilde Hetzkampagne gegen uns. Sie nannten uns „Wölfe im Schafspelz" oder „Terrorsch äfer", was immer das heißen mag . . . Sie versuchten, uns zu Terroristen zu stempeln. Wir beschlossen, uns diese Leute genauer anzusehen.

Ulrichsberg, Oktober 1979 — SS-Treffen auf Kärntens „heiligem Berg" . . . mehr als tausend Leute pilgern hin, SS-Leute, Wehrmachtsoffiziere, mit Naziorden behängt. Auch das österreichische Bundesheer ist vertreten . . . Unter den Ehrengästen: *Mario Ferrari-Brunnenfeld*, Kärntner Landesrat für Tourismus, Landesobmann der „Freiheitlichen" Partei, die eben damals ihren Wahlkampf unter dem vielsagenden Motto „*Kärnten über alles*" führt . . . Andere Prominente: *Guggenberger*, VP-Bürgermeister von Klagenfurt; NDP-Führer *Rebhandl*, Burgers Stellvertreter . . .

So treffen sie sich jedes Jahr am ersten Sonntag im Oktober. Aber diesmal war auch ein ausländisches Kamerateam dabei, mit ein paar Leuten von uns. Und die Nazis waren sehr gesprächig . . . Den *Film*, der daraus entstand („*Kärnten über alles*"), haben wir seither auf vielen Veranstaltungen im In- und Ausland gezeigt. Man kann ihn bei uns bestellen; er ist natürlich auch zur Verwendung im Unterricht geeignet.

Man sieht darin Ferrari-Brunnenfeld, der stolz erklärt, daß für ihn als jungen Menschen „*die SS die Inkarnation soldatischer Pflichterfüllung*" war. Ein Pfarrer betet im Gottesdienst „für

unseren Major Walter Reder". Und der Rebhandl beklagt sich, weil unsere Kinder in der Schule lernen, daß die Österreicher eine eigene Nation sind . . .

Viele Menschen wissen jetzt, was in Kärnten geschieht, und das zwingt die Nazis, sich ein bißchen zurückzuhalten. Aber natürlich ist die Gefahr damit nicht gebannt. Seit Titos Tod droht mehr denn je die Zerreißung Jugoslawiens. Slowenien und Kroatien gehören zur Arge Ost, die von München kontrolliert wird. Sie sind auch die Teilrepubliken mit dem größten Anteil an deutschem Kapital. Und die Geschichte lehrt, daß die *wirtschaftliche Unterwanderung* eines Landes immer nur das Vorspiel zur politischen Eroberung ist . . .

Der wirtschaftliche Aufbau unserer Kooperativen geht weiter — daran ändert auch das Geschrei der Nazis und ihrer Helfer nichts. Unsere ökonomischen Konzepte wurden unterdessen auch von manchen offiziellen Stellen aufgegriffen.

In *Frankreich* entstand nach dem sozialistischen Wahlsieg vom 10. Mai 1981 die *„Table ronde für Umweltschutz und Arbeitsplätze"*. Unser Forstprogramm, das die sofortige Schaffung von 80.000 Arbeitsplätzen für jugendliche Arbeitslose durch Bildung von Hirten- und Holzfällergruppen zur Pflege der 4 Millionen Hektar vernachlässigten Waldes vorsieht, wurde ins Regierungsprogramm des Ministerpräsidenten Mauroy aufgenommen. Seither fand eine Reihe von regionalen „Tables rondes" statt, bei denen Bauern, Handwerker, Volksvertreter usw. Wirtschaftsprogramme für ihre jeweiligen Regionen erarbeiten.

Ein Projekt, bei dessen Verwirklichung die österreichischen Lehrer mithelfen können, sind die *„Europäischen Wandergesellen"* (Compagnons de Tour d'Europe): eine neue Form der *„Walz"*.

Seit der Gründung von Longo Mai sind tausende Jugendliche über kürzere oder längere Zeit in unseren Kooperativen gewesen. Heute sind wir in der Lage, Lehrgänge in unseren verschiedenen Arbeitsbereichen durchzuführen (z. B. Spinnerei, Strickerei, Holzarbeit, Schafzucht . . .). Es ist möglich, daß ganze Schulklassen oder Jugendgruppen geschlossen daran teilnehmen. so findet z. B. zu Ostern (3.—13. April) ein Holzfällerlager in unserer Kooperative in Eisenkappel statt.

In Frankreich führen wir mit dem Institut für Schafzucht (ITOVIC) Kurse für Schafschur durch, die auch offiziell anerkannt sind. In Österreich muß diese Anerkennung erst erkämpft werden. Diese Kurse wollen wir auf eine breitere Grundlage stellen: in Zusammenarbeit mit Handwerkern und Bauern, die Erfahrungen und Kenntnisse besitzen, die nicht verloren gehen sollen.

Mit ihnen zusammen wollen wir eine Europäische Bergschule

gründen — bei ihnen sollen die Europäischen Wandergesellen verschiedene Berufe, aber auch die unentbehrliche Solidarität zwischen den Generationen lernen.

Die *Kulturgruppe* von Longo Mai, *„COMEDIA MUNDI"*, kommt auch heuer wieder im Juni nach Österreich: Sie zeigt ein utopisches Musik-Theaterstück, *„Der große Umzug"*. Es handelt davon, daß alle Jungen der Städte zusammen „Nein" sagen — „Nein" zum Krieg und zur Unterdrückung — und in verlassene Regionen gehen . . . Sie werden dort mit allen Problemen des kollektiven Überlebens konfrontiert. Der utopische Traum einer neuen, freien Gesellschaft — es gibt kein Ende; am Ende beginnt die Diskussion . . .

Für diese Tournee suchen wir noch *Mitveranstalter* und *freiwillige Helfer*. Wir planen Auftritte in den Gemeindebauten, in verstaatlichten Betrieben, eine Bundesländertournee — und wie alljährlich eine Großveranstaltung im Wiener Volksgarten.

„Wir Europäer könnten Europa neu besiedeln", heißt es in einem Text von Comedia Mundi. „Die aufgeblähten Städte würden schrumpfen, statt weiterzuwuchern. Alles Nutzland würden wir bebauen und eine krisensichere Ernährungsgrundlage schaffen. Wir könnten alte und neue Energiequellen der Regionen nutzen, die Produktion dezentralisieren und nur noch Güter herstellen, die wirklich gebraucht werden. Langlebige Qualitätsartikel statt Wegwerfartikel.

Europa wäre eine Eidgenossenschaft freier Regionen und Gemeinden, eine Föderation von Mikroökonomien unter der Kontrolle unabhängiger menschlicher Gemeinschaften.

Eine Utopie? Vielleicht.

Aber wie sieht die Zukunft der „Realisten" aus? Arbeitslosigkeit, Wirtschaftskämpfe, Abhängigkeit von der Rohstoff- und Nahrungsmittelzufuhr aus der Dritten Welt.

Die europäische Industriegesellschaft ist ein sehr verwundbares Tier und darum umso gefährlicher.

Man spricht viel vom Nord-Süd-Konflikt. Er kann in die nächste Weltkatastrophe führen. Wir ziehen die Utopie vor. Sie ist realistischer."

*

Materialien für den Schulunterricht, die bei uns bestellt werden können und zu denen wir auch Referenten stellen:

- „Kärnten über alles" — Film über das SS-Treffen auf dem Ulrichsberg. Leihgebühr S 500,— pro Vorführung plus Spesen.
- „Für die Rückgewinnung der Berggebiete" — Film über Mikroökonomie. Leihgebühr S 500,— plus Spesen.
- „Kärnten. Bericht einer Schweizer Delegation." S 50,— plus Porto.

— „Arge Alp und Arge Ost" — eine zeitgeschichtliche Studie zur Kontinuität der deutschen Südoststrategie, von M. Genner. S 50,—.
— „Almanach für Ausreißer" — das Sprachrohr der Europäischen Wandergesellen (siehe Prospekt im vorigen „Schulheft"). — 1 Exemplar S 55,—, 10 Exemplare S 400,—, Jahresabo S 180,— (4 Nummern).
— „Nachrichten aus Longo Mai — Brief an die Europäer" (Sondernummer unserer Zeitung über die Veränderungen in Frankreich). S 15,—.

Bestellungen an: Europäische Kooperative LONGO MAI
9135 Eisenkappel, Lobnik 16.
Tel. 04238/558.

Anmeldungen zum Holzfällerlager, zu Kursen oder zur Vorbereitung der Tournee von Comedia Mundi: ebenda.
Einzahlungen auf PSK 7365.676.

Kommunalpolitische Initiativen

am Beispiel der Demokratischen Initiative (DI) Schärding

Alternative Kommunalpolitik im Gemeinderat gibt es nur in einigen Kleinstädten Österreichs. In Schärding, Schwanenstadt und Baden bei Wien kandidierten Basisgruppen bereits vor mehreren Jahren bei Gemeinderatswahlen. Zumeist mit einem Mandat versuchen diese Gruppen seitdem Basisaktivitäten und Gemeinderatsarbeit zu verbinden.

Schärding hat 6000 Einwohner, unterentwickelte Wirtschaftsstruktur, vorwiegend Kleingewerbe und keine größere Industrie. Der Fremdenverkehr — hauptsächlich aus Bayern — stellt einen Schwerpunkt der Wirtschaft dar. Demgemäß ist die Innenstadt aufgemascherlt, ein barockes „Schmuckkasterl", die Menschen leben großteils in Wohnsiedlungen am Stadtrand. Der Anteil der Pendler ist hoch. An Veranstaltungs- oder Vereinsleben existiert fast gar nichts. Zwar fand sich — wie in jeder Provinzstadt — ein verkorkster Mittelschulprofessor, dessen besondere Kenntnisse über griechische Säulen und Barockengerl ihn zum Kulturreferenten der Stadt prädestinierten. Doch auch „Hoch"-kultur beschränkt sich auf Organisation von 1 oder 2 Orgelkonzerten. im Jahr. Wer sich darüberhinaus gesellschaftlich betätigen will, schließt sich nach individueller Finanzkraft dem Wassersportklub oder dem Turnverein an, die große Mehrheit aber tut gar nichts.

Alkohol und Drogen müssen für die Jugend herhalten, sich über die Ödheit der Stadt zu retten. Ersteres ist zwar ein Übel, wird aber bekanntlich nicht geahndet, während wegen Handels mit letzterem eine Anzahl junger Schärdinger mehrjährige

Gefängnisstrafen verbüßt.

Im Frühjahr 1977 fand sich eine Gruppe von Leuten, zum Großteil aus der Gewerkschaftsjugend. Diese war zwar ein eher untätiger Klub, aber politisch sensibilisiert. Unzufrieden mit der Gängelung durch Gewerkschaft und Kindergartenbetreuung tröpfelten sie sukzessive zur DI. Deswegen ist auch heute noch der Anteil der Angestellten und Arbeiter in der DI sehr hoch. Das Problem „Was tun? " löste sich von selbst:

1. gab es kein Kino: Heute sind 16-mm-Filme in der AK einmal im Monat eine feste Institution.
2. Die Forderung nach einem selbstverwalteten Jugendzentrum (JZ). 1700 Unterschriften (!) wurden unter reger Beteiligung der Jugendlichen gesammelt. Ein solches existiert heute allerdings noch immer nicht.
3. Wie bei vielen anderen Gruppen auch: der Kampf gegen Zwentendorf.

Die AKW-Arbeit führte zu einer Erweiterung und Festigung der Gruppe. Nach dem Erfolgserlebnis von 1978 suchte man nach neuen Ansätzen der Arbeit. Innere Arbeit wie jeden zweiten Sonntag ein Referat eines Gruppenmitgliedes über Themen wie 3. Welt, Faschismus, Gewerkschaft etc. scheiterte an der Überforderung des Einzelnen und fand nur mehr sporadisch statt. Es gab Ansätze der Stagnation: Diskussionen über die Linie der Gruppe, Probleme mit der Integration einzelner (Schwierigkeiten, die in der AKW-Phase verdeckt waren), wenig Kontakt zur Bevölkerung und eher subkulturelles Gruppenleben.

Anfang 1979 gab es auch noch relativ guten Kontakt zur SP, da von ihr die Realisierung des JZ erwartet wurde. Bei den AK-Wahlen im Juni wurde die SP-Fraktion unterstützt, doch als sich im Sommer 79 abzeichnete, daß die SP den Plan eines JZ und die DI zunehmend ignorierte, wurde 13 Wochen vor der Wahl der spontane Entschluß zur Kandidatur gefaßt.

Das Wahlprogramm umfaßte ein parteiunabhängiges, selbstverwaltetes Jugendzentrum, eine Drogenberatungsstelle, ein breiteres Kulturangebot (Kino!) und die Verbesserung der Lebensqualität am Weberspitz (Trabantenstadt mit Betonhäusern ohne Infrastruktur).

Ein Handicap war, daß die DI vor allem in der Jugend verankert war und viele noch nicht wahlberechtigt waren. Außerdem kamen etliche nicht aus der Stadt, sondern „nur" aus dem Bezirk Schärding. Die Diffamierung durch die Parteien (Rote Katze — SP, linksradikal – schwarze Wochenzeitung) kam zu spät, da die Parteien durch die Kandidatur überrascht waren. Seit der Etablierung im Gemeinderat ist eine Diffamierung als „Hascher, Gammler" usw. nicht mehr gut möglich.

Nach kurzem, aber intensivem Wahlkampf (viel persönlicher Kontakt, Solidaritätskonzert der Schmetterlinge) gewann die DI ein Mandat (141 Stimmen). Die SP hatte die absolute Mehrheit verloren und koalierte mit der braun angehauchten FP, was zu Konflikten mit der Parteibasis führte (der Personalvertreter der Gemeindebediensteten legte seine Funktion zurück).

Die Gemeinderatsarbeit war eine völlig neue Qualität von Arbeit: Bisher gab es mehr aktionistische Arbeit mit direktem Kontakt zur Jugend, nun gremienrepräsentative Arbeit, für die wir keine Erfahrungen mitbrachten. Als härtester Gegner erwies sich überraschenderweise die SP. Mit Begriffen wie Sozialismus, Kapitalismus und Profit eckte unser Mandatar entsprechend an. Die unkonventielle Arbeit wurde anfangs belächelt, mittlerweile aber respektiert (so wurde mit Erfolg eine Aufsichtsbeschwerde gegen die Verwehrung von Ausschußarbeit eingebracht).

Wir waren entschlossen, Basisarbeit wie bisher zu leisten und den Gemeinderat nur als Forum für unsere Forderungen zu betrachten. Allerdings gab es eine starke Eigendynamik! Das Kennenlernen und Durchschauen von Mechanismen verlangte im ersten Jahr viel Zeit und Interesse. Um sich ein Urteil bilden zu können, waren viele Detailkenntnisse notwendig. Diese Tendenz zum Elitarismus wirkte sich manchmal negativ auf die Gruppe aus: Zwar war das Gemeinderatsmandat motivationsfördernd für den „harten" Kern, der sich stark interessierte, aber erst relativ spät erkannten wir ein langsames Abbröckeln der Gruppe: Absentismus, mangelnde Anteilnahme, Destruktivismus bei Arbeitskreisen. Das ist zwar mittlerweile einigermaßen überwunden, aber wir halten es für ein prinzipielles Problem: Die Unvereinbarkeit von basisorientierter und repräsentativer Politik.

Gleichwohl ist das Mandat sehr wichtig: Informationen, die als Grundlage für unsere Arbeit unersetzbar geworden sind, werden über die *Zeitung* zu einem wirkungsvollen Korrektiv im Gemeinderat.

Funktion der Zeitung:

Im Juni 1978 gab es die erste Zeitung, damals noch mit unregelmäßigem Erscheinungsmodus und eher allgemeinem Inhalt; lediglich das Jugendzentrum war ein konkreter Punkt.

Seit der Gemeinderatswahl im Oktober 1979 erscheint sie regelmäßig fünfmal im Jahr. Durch mehr Information gab es einen qualitativen Sprung in der Berichterstattung (gemeindenah!).

Die Zeitung wird an allen Trafiken verkauft und hat knapp über 300 Abonnenten (Auflage derzeit 900 Stück).

- Sie ist ein Sprachrohr für eine Minderheit, die ansonsten über keine Möglichkeiten verfügt, eine breite Öffentlichkeit kontinuierlich anzusprechen.
- Sie etabliert die Gruppe, schützt sie vor dem Ruf der Halblegalität und wirkt außerdem der Gerüchtebildung entgegen (eine Gefahr für linke Gruppen allgemein). Ihre Etabliertheit ist auch daran erkennbar, daß erklärte Gegner sie nicht als Blatt oder sonst was bezeichnen, sondern als Zeitung (was sie auch ist).
- Sie wirkt integrativ nach innen (gemeinsame Diskussion und Herstellung der Zeitung).
- Sie wirkt integrativ nach außen (nach 1979 sind zahlreiche Gruppen im Innviertel entstanden, die in der Zeitung Beiträge veröffentlichen): Sie fördert damit den Kontakt der Gruppen untereinander (der langfristige Plan ist eine gemeinsame Herausgabe einer Innviertler Zeitung).
- Sie wirkt einer Versteinerung oder einem Sektierertum entgegen durch ständigen überregionalen Kontakt (denn sie ist bestrebt, meist in Form von Interviews, auf Aktivitäten anderer Gruppen und Bewegungen hinzuweisen: Grüne, SJ usw.).

Die Zeitung ist ein unersetzbares Mittel für den Versuch, die Provinzialität zu sprengen. Sie ist es auch, die die Parteien am meisten verunsichert, da sie eine breite Öffentlichkeit erreicht und die Parteien dem nichts Adäquates entgegenzusetzen haben. Sie hat aber den Nachteil, daß sie sehr viel Arbeitspotential bindet (1 Zeitung mindestens 300 Arbeitsstunden).

In unserer Erfahrung hatten wir zwei Probleme:

1. Es ist grundsätzlich außerordentlich schwer, jemanden für ein Engagement in der Gruppe zu gewinnen. Die erzwungene Untätigkeit der Kleinstadt schlägt irgendwann durch und führt zu Passivität und apolitischem Verhalten. Wir schaffen es, bei einer großen Zahl — vor allem Jugendliche — passive Unterstützung, Sympathie und sporadische Anteilnahme zu erzeugen; am ehesten gibt es aber Zulauf, wenn es konkrete Projekte mit viel Kleinarbeit gibt (z. B.: AKW, Jugendzentrum). Wir hoffen, diese Krusten durch Stadtteilarbeit aufzubrechen, stecken hier aber erst in den Anfängen.
2. Der größte Feind von Basisinitiativen ist die Zeit. Eine Gruppe spürt nur so lange eine Existenzberechtigung, solange sie Aktivitäten setzt. Die Entwicklung der DI zeigt: Perioden, in denen wenig getan wurde oder werden konnte, waren Perioden innerer Krisen mit Ansätzen zum Zerfall (irrationale Konflikte). Dies ist eine Wechselwirkung.

Die DI gibt es jetzt 5 Jahre. Das ist eine für Basisgruppen biblische Lebensdauer, denn wir haben in diesen 5 Jahren viele Gruppen und Projekte entstehen gesehen, die heute nicht mehr

existieren. Nach unserer Meinung liegt es daran, daß den Basisinitiativen das fehlt, was den etablierten Parteien die Kontinuität sichert: Ein Apparat, der auch in stagnativen oder rezessiven Phasen funktioniert und Talsohlen überwinden hilft. Die Kontinuität der DI sehen wir durch zwei Säulen gestützt, wenn auch nicht gesichert:

1. Die Zeitung ist nicht nur als Medium, sondern auch als Prozeß zu verstehen (die Gruppe produziert sie, Resonanz wirkt auf die Gruppe zurück).
2. Das Gemeinderatsmandat ist nicht als politische Tribüne und Entscheidungsgremium relevant, sondern als Zugang zu Informationsquellen, der die ständige Angewiesenheit auf die eigene Originalität etwas mindert und auch das Reagieren auf die Politik der anderen Parteien ermöglicht.

Damit hat die DI schon einige Erfolge erreicht: Neben dem Gemeinderatsmandat und einer regelmäßigen Zeitung auch die Schaffung einer Drogenberatungsstelle und die Aufdeckung einiger lokaler Skandale (insbesondere über Wohnverhältnisse in gemeindeeigenen Altbauten).

Herwig Peterlik

Tutorien

Ich hatte die Wahl, entweder über Basisgruppen oder Tutorien zu schreiben. Ich entschloß mich deshalb für Tutorien, da sie bei weitem nicht so bekannt und Informationen daher notwendiger sind.

Zur Geschichte

Entstanden sind die Tutorien in England aus dem Hauslehrersystem. Seine Vorzüge waren hohe Lerneffizienz durch das zahlenmäßig günstige Verhältnis von Lehrendem zu Lernendem. Aus der Tradition der Familie gewachsen, trug es damals auch noch patriarchalisch-autoritäre Züge.

Dieses System wurde in den deutschen Sprachraum übernommen: In der BRD führten junge Wissenschafter und Hochschullehrer eine Beratung von Studentenheimbewohnern durch. Alles dies geschah allerdings in Zusammenhang mit Studium und Studienproblemen.

Im Wintersemester 1951/52 gab es an der FU Berlin das erste Tutorenprogramm, das dem heutigen ähnelt. Sein ursprünglicher Gedanke war, „den Studienanfängern durch einen älteren Studenten, . . ., bei der Überwindung der vielfältigen Schwierigkeiten zu helfen, die beim Übergang von der Schule auf die Universität entstehen"[1].

Angesichts explodierender Studentenzahlen war unter den Hochschullehrern das Bedürfnis nach Entlastung hoch, unter

den Studenten das Bedürfnis nach Ausbruch aus der Anonymität der Massenuniversität. Ebenfalls war die Ineffizienz von Riesenvorlesungen bekannt: „Durch die Heterogenität der Studenten ergeben sich an modernen Massenuniversitäten ähnliche Schwierigkeiten wie etwa an Gesamtschulen. Die unterschiedlichen Fähigkeiten, Motivationslagen und Wissensrepertoires der Studenten erfordern eine differenzierte Lehre, d. h. eine flexible Einteilung in Gruppen und ein unterschiedliches inhaltliches und methodisches Angebot"[2].

1963 gab es durch das Berliner Hochschullehrergesetz erstmals eine Trennung in *studentische* und *wissenschaftliche* Tutoren.

Eine Ausweitung erfuhr das Tutoren-Programm durch die Unterstützung durch die Stiftung Volkswagenwerk 1968. Dies sollte ein praktischer Beitrag zur Hochschulreform sein. Später gab es Auseinandersetzungen um das Tutorenprogramm der FU Berlin — studentische Proteste gegen Tutorenbestellungen und Artikel in der Boulevardpresse, in denen die Tutorien als „marxistische Bibelstunden" diffamiert wurden. Dies führte schließlich zur Beendigung des Tutorenprogrammes: Der Berliner Senat sperrte die Mittel für die Verlängerung der Tutorenverträge (trotz Protest der betroffenen Institute) und die Stiftung Volkswagenwerk beendete das Programm. Die politische Eigendynamik der Tutorien befand sich im Widerspruch zu den Intentionen der Finanziers (insbesondere der Kultusministerien)[3].

Zur Geschichte in Österreich

Schon zu Beginn der siebziger Jahre gab es am Salzburger Germanistikinstitut ein paar Wintersemester hindurch „Tutorials". Damals allerdings waren die Tutoren noch „Mini"dozenten. In ihren Sitzungen sollten klar vorgegebene kognitive Lernschritte vollzogen werden, der Spielraum für Diskussionen war eng[4]. Durch Probleme bei der Finanzierung wurden auch diese Tutorials eingestellt.

Da die Maturantenberatung ebenso wie die Studienberatung für Erstsemestrige (ES) unzugänglich war (und ist), gründeten Christian Dorninger und Wolfgang Kippes das erste Tutorenprojekt an der TU Wien. Dieses wurde vom ZA als Sonderprojekt finanziert (damals noch unter Mithilfe vom akademischen Senat und vom BuMiWuF). Seine Ziele waren: Reflexion der Hintergründe der Studienentscheidung, Einsicht in die gesetzliche Mitbestimmung, die Stellung von Uni und Technik in der Gesellschaft, Überwindung der sozialen Isolation. Seine Form:

a) Ausbildung der Tutoren in einem gruppenpädagogischen Seminar

b) Beginn der Gruppenarbeit am Anfang des Wintersemesters in einem Block, später wöchentlich oder vierzehntägig bis

Weihnachten

c) eine Studentengruppe arbeitet selbstorganisiert unter Mithilfe eines höhersemestrigen Studenten.

1977 begann auch die WU mit einem solchen Projekt, das im wesentlichen dieselben Züge trug. Während die TU aber den politisch bildenden Aspekt mehr betonte, legte die WU mehr Wert auf die längere Ausbildung der Tutoren, die Supervision (14tägige Gespräche der Tutoren über gemeinsame Erfahrungen — mit Trainer) und den längeren Gruppenzusammenhalt (also die sozialen Funktionen).

Seit 1978 fand eine schnelle Ausbreitung über ganz Österreich statt.

Das ÖH-Modell

Ein typisches ÖH-Modell (umfaßt etwa 12 Tutoren):

1. Es ist nicht in den Lehrbetrieb integriert (dient nicht dazu, die Lehrunfähigkeit von Hochschullehrern zu kaschieren).
2. Es wird organisiert von fortgeschrittenen Studenten, die keinen Weisungen der ÖH oder einer Fraktion unterliegen.
3. Zur Schulung (ein gruppenpädagogisches Seminar) wird ein Trainer genommen.
4. Die Arbeit der ES-Gruppe ist zu Beginn konzentriert, dann einmal wöchentlich.
5. Die Tutoren erhalten meist eine Anerkennungsprämie, die ES keinen Nachweis und kein Geld.

Vorgeschlagen werden die Projekte vom *zentralen Koordinationsausschuß* (KA), der zusammengesetzt ist aus den Delegierten der einzelnen *Projektgruppen* und sich viermal jährlich trifft. Er diskutiert bzw. formuliert die allgemeinen Ziele und wählt den zentralen Koordinator, der/die den Koordinationsausschuß vor dem *Zentralausschuß* (oberstes Gremium der Österreichischen Hochschülerschaft) vertritt. Der ZA entscheidet über die Höhe der finanziellen Zuwendung (zuletzt über 2 Millionen).

Für sehr wesentlich halte ich die Selbstverwaltung: Die Projekte werden autonom von aktiven Studenten (nicht nur von Studentenvertretern!) organisiert und durchgeführt. Dies hat mehrere Vorteile:

1. Man ist nicht an Fraktionen gebunden.
2. Man bekommt einen organisatorischen Rahmen angeboten, die Inhalte aber sind eigenbestimmt.
3. Unliebsame oder träge Studentenvertretungen können damit umgangen werden.

Die Projektgruppen und der KA erfüllen den politischen Anspruch der Studentenbewegung, die Basis der Studentenschaft zu aktivieren. Zumindest die aktive Basis ist fortschrittlicher als jedes höhere Gremium: Der vom KA formulierte

Zielkatalog enthält vier große Bereiche:

1. allgemeine Information (z. B.: Studienplan, Heime, Mensa etc.),
2. soziales Lernen (z. B.: Abbau von Konkurrenzverhalten, Aufbau von Solidarität, Stellung an der Universität, eigene Lebensgeschichte und Klassenlage, Mann-Frau-Problematik usw.),
3. Berufserwartungen reflektieren,
4. aktive Auseinandersetzung mit den Institutionen der Universität und ihrem gesellschaftlichen Hintergrund.

Der ZA hat die finanzielle Zuwendung jedes Jahr deutlich erhöht, durch die rasche Ausweitung des Programmes sind jedoch die Mittel für ein einzelnes Projekt ständig gesunken.

Persönliche Erfahrungen

Hier mußte ich vermeiden, meine eigenen uneingestandenen oder unausgelebten Wünsche auf die ES zu projizieren. Man lobt sie entweder dann in den Himmel oder man verdammt sie in Grund und Boden. Ich hätte mit Spiegelbildern meiner Bedürfnisse und Ängste ein Tutorium abgehalten und nicht mit realen Personen. Um die eigenen Erwartungen zu erkennen, half auch das Ausbildungsseminar.

Der hohe Anspruch, in einem Semester freie und selbständige ES haben zu wollen, war natürlich illusorisch. So frei bin ich in meinem höheren Semester ja auch nicht. Denn „es gibt kein richtiges Leben im falschen" (Adorno). Man kann in einem Semester nicht 18 Jahre Erziehung, in denen selbständiges Handeln systematisch ausgetrieben wurde, vergessen machen.

Das Tutorium war aber mit Sicherheit eine Einstiegshilfe zum Aktivwerden, zur sozialen Integration. Einige Erstsemestrige sind heute im AHStG-Komitee gegen Studienverschärfungen tätig. Vielleicht haben persönliche Bekanntschaften mit engagierten Leuten auch Vorbildwirkung, der Weg zum Engagement ist durch sie sicher erleichtert.

In meinem Tutorium waren fast ausschließlich interessierte, selbständige Erstsemestrige. Das wirft für mich drei Fragen auf:

1. Ist die Zusammensetzung repräsentativ? (Ich hatte mehrere HTL-Absolventen, die schon längere Zeit von zu Hause fort waren).
2. Welche Rolle spiele ich als Tutor für die Zusammensetzung der Gruppe? (Eine allgemeine Erscheinung ist ein Zusammenschrumpfen der Gruppen — die, welche nur Informationsbedürfnis haben, bleiben weg. Meine Person und die unweigerliche Verteilung meiner Sympathie kann auch dafür verantwortlich sein).
3. Erreicht das Tutorium von vornherein nur die, die schon aufgeschlossen sind und nicht die schüchternen, mißtrau-

ischen? (Wir bemerkten, daß Gruppen, die sich bei der Einteilung in der Nähe des Ausgangs trafen, vorsichtiger und weniger offen waren als die, die sich um die Tafel gruppierten. Die Quote der von Tutorien erfaßten Studienanfänger lag bei unserer Fakultät 1979/80 bei 30 %, heute erheblich höher, auf der TU teilweise sogar über 90 %).

Die Erstsemestrigen trennen stark persönliche und Berufs- also Studiumsinteressen. Sie verwenden ohne Bedenken die staatlichen Institutionen (wie die Universität), denn da der Staat wenig Chancen auf ein freies Leben bietet, ist man ihm nichts schuldig (frei = eigenbestimmt, damit wurde ich mehrere Male konfrontiert). Der Überfluß an Waren ist selbstverständlich, der Mangel an freiem Leben nicht: Die Jugendlichen engagieren sich aber nicht in Institutionen (der lange Marsch ist vorbei), sondern in ihrer persönlichen Umgebung. Die Kritik des Leistungsprinzips, die von mir (noch) nur verbal geführt wird (die Lebensweise läßt es in Geltung), ist in die Praxis umgesetzt worden. So mancher Lehrer, der durch die Studentenbewegung beeinflußt wurde, dürfte ratlos sein, wenn sich ihm die Schüler im gut gemeinten Unterricht verweigern. Vielleicht geht hier die Saat, die damals gesät wurde, auf.

Das ist aber keine Tendenz zur Entpolitisierung, denn zur politischen Aktion sind Leute nötig, die sich eine freie Umgebung schaffen wollen: „Wenn man nicht nach Genuß strebt, nicht das Beste aus dem Bestehenden herausholen will und nicht die beste Lage einnehmen will, *warum* sollte man da kämpfen"[5]? Die nächste Umgebung ist auch deswegen das Hauptbetätigungsfeld, weil der Erfolg im persönlichen Bereich leichter sichtbar ist. Mit Uraltsystemen, wie z. B. der Universität, zu kämpfen, erfordert viel Aufwand bei relativ wenig sichtbarem Erfolg: Ein Grund zur Abwendung von herkömmlichen Methoden der Politik. Die alternativen Projekte werden bevorzugt (hier ist wieder der starke Wunsch nach Eigenbestimmtheit).

Ökologie ist allen als Problematik bewußt, ein natürliches Leben ungeheuer wichtig. Die Erforschung des Verhältnisses zur Gesellschaft ist abgelöst worden durch die Erforschung des Verhältnisses zur Natur. Ängste und Krisen bei der Sexualität haben sich verringert. Sie ist viel selbstverständlicher geworden und nicht mehr das Zentralthema. Viel problematischer ist die Intensität von Gefühlen und ihre Wechselhaftigkeit.

Auch mit formalen Anforderungen (Inskription, Bürokratie) hatten die ES meines Tutoriums wenig Schwierigkeiten (das überraschte mich, ich war aus meiner eigenen Erfahrung und dem Wissen um das zunehmende Chaos — neue Studienordnung etc. — viel eher vorbereitet auf Schwierigkeiten in diesem Bereich). Hier hatte die Panikmache „auf der Uni werdet ihr es

ja sehen, da herrschen andere Sitten!" Erfolg.

Zurück zu den Tutorien: Sie haben die schwierige Aufgabe, zwischen den Polen Studium und Politik zu vermitteln. Hier besteht die Gefahr, daß das Tutorium bei einer Feuerwehrsfunktion für das System hängen bleibt: Wenn die ES anschließend sagen: „Es geht mir gut, das reicht mir jetzt." Das Risiko, daß keine neuen Qualitäten hervorgebracht werden und daß das Resultat ausschließlich soziale Integration ist, nehme ich aber in Kauf. Denn der Erfolg liegt darin, daß sowohl viele ES erfaßt als auch in intensiven Kleingruppen wesentliche Probleme aufgegriffen werden. Und darin sehe ich meine zentrale Aufgabe (und auch die der Tutoren allgemein): Zu fördern, daß die wichtigen Tatsachen auch aufgegriffen *werden.* Gerade deswegen möchte ich in Zukunft den politischen und informativen Charkter des Tutoriums stärker betonen.

1 Eckstein/Bornemann, Blickpunkt Hochschuldidaktik 4, Hamburg 1969
2 Feldmann, Zeitschrift für Hochschuldidaktik 2, Wien 1980
3 Kellermann et al., Studieneingangsphase, Klagenfurt 1981
4 Zelewitz, ZSfHD 2, Wien 1980
5 Brecht, Me Ti, Buch der Wendungen. Tu will kämpfen lernen und lernt sitzen. Suhrkamp Verlag.

Matthias Reichl:

Beziehung statt Erziehung zum Frieden

Jeder von uns ist überzeugt, daß er/sie sich selbst und seine Kinder zum Frieden „erzieht".

Doch schon beim Wort „Friede" scheiden sich die Geister. Da füllen sich ganze Bibliotheken mit Literatur über alle möglichen Aspekte des Friedens. Dennoch beherrschen hartnäckig Wörter und Phrasen wie „zu-frieden", „be-fried-igt", „gib endlich einen Frieden" . . . unsere täglichen Gespräche. Sie suggerieren uns einen Begriff von Frieden, den wir am besten mit „passiv", „schicksalsergeben", „von oben herab verordnet, gegeben und wieder weggenommen", „von außen her bedroht" . . . umschreiben können.

Zwischen dem Bewußtseinsstand der schweigenden Mehrheit, die sich von der „Kronen-Zeitung" wie von einem Lehrer mit „Staberl" ihre Meinung (ver-)bilden läßt, und der den Frieden bedrohenden Situation auf unserer Welt klafft die Schere immer weiter auseinander.

Genügen einige gezielte Informationen (z. B. Filme, wie „das Kriegsspiel", über Hiroshima, über den Hunger, über Menschenrechtsverletzungen . . .), um Leute aufzurütteln? Vielfach stoßen Gruppen, die mit gezielten und gut vorbereiteten Aktionen

auf die Straße, in Schulen, Pfarren usw. gehen, auf eine Gummiwand von „ach laßt mich in Frieden". Auf ein mit Spendenschillingen erkauftes gutes Gewissen. Können wir diese Leute einfach als Ignoranten abschreiben? Kommt ihr Verhalten aus der instinktiven Einstellung, die alles übermächtig Bedrohende aus dem Bewußtsein verdrängen will? Berichte über Atomkrieg, Umweltkatastrophen, Hunger, Folter usw. provozieren paradoxerweise oft das Gegenteil — nicht Engagement, sondern ein Gefühl der Ohnmacht. Bornemann beschreibt diese Situation am Beispiel der amnesty-Kampagnen. Seine Schlußfolgerung daraus — die Grundlage für eine radikale Änderung sind anders „erzogene" Menschen.

Der verschulte Friede

Kann auf dieser Realität „Friedenserziehung in der Schule" aufbauen oder scheitert sie an ihr? Um dies realistisch beurteilen zu können, müssen erst Erwartungen und aufgezwungene Bedingungen abgeklärt werden.

Die Eltern: erwarten für ihre Kinder eine gediegene Ausbildung, deren Kapital im Berufsleben reichlich Zinsen bringen soll. In der Vorbereitung darauf sollen die Kinder frühzeitig lernen, sich durchzusetzen, ihren Platz zu behaupten, auf der Rangliste möglichst hoch zu klettern. Sie vermitteln ihre eigenen Erfahrungen weiter, daß man dies nur durch Ellbogentechnik auf Kosten der Schwächeren erreichen kann. (Im kleinen sind es der Arbeitskollege, im großen sind es hier die Randgruppen und dort die Völker in der Dritten Welt).

Können sich die kleinen Gruppen von Eltern behaupten, die mit ihren Kindern gewaltfreie und kooperative Verhaltensweisen einüben? Oder sind sie gezwungen ins Ghetto der wenigen Alternativschulen abzuwandern bzw. als ganz seltene Ausnahme ihre Kinder selbst zu unterrichten?

Die Lehrer hatten wohl alle einmal idealistisch und von ihrer Aufgabe begeistert angefangen, ihre Schützlinge zu ‚bilden", zu „erziehen". Früher oder später merkten sie an den Reaktionen ihrer Schüler, dem Erwartungsdruck durch die Eltern und an den Zwängen der Schulbürokratie, daß sie ihre Erwartungen zurückstecken müssen. Und manche steckten so weit zurück, daß sie nicht einmal alle Freiräume nützen.

Dort, wo in der Schulhierarchie das „divide et impere" („teile und herrsche") noch unangefochten herrscht, wird es ihnen erschwert oder unmöglich gemacht, sich mit den davon betroffenen Schülern zu solidarisieren. Versuchen sie trotzdem, sich außerhalb der ritualisierten Institutionen Schulgemeinschaftsausschuß und Elternverein mit Schülern und Eltern zusammenzusetzen, so riskieren sie unter Umständen negative Auswirkungen auf ihre Berufskarriere.

Bleibt ihnen also wirklich nur das zu ihrem physischen und

psychischen Überleben nötige Argument „es herrscht Ruhe und Ordnung im Land" (= Klassenzimmer)?

Und die Schüler? Die können ihre Lage selber treffender schildern! Nachdem sie jahrelang Objekte von Erziehungs- und Bildungsmaßnahmen waren, hören sie von Fachleuten (z. B. vom „Club of Rome"), daß sie nun radikal umlernen müssen. Nicht gegeneinander-arbeiten, sondern mitsammen-arbeiten hilft Probleme zu lösen, ob sie nun weltweit oder in unserem engen Lebensbereich auftauchen.

Dabei zeigt sich immer wieder das gleiche Phänomen. Erst wenn Probleme am eigenen Leib spürbar werden, wenn ein Leidensdruck entsteht, ist der davon Betroffene bereit, seine anerzogene Passivität abzuschütteln und aktiv zu werden. Viele von ihnen scheitern daran, daß sie es nie gelernt haben, mit gewaltfreien Mitteln konkrete Initiativen solidarisch mit Mit-Betroffenen anzupacken und auch durchzuhalten. Ihnen bleibt oft nur ein resignierender Rückzug in die Passivität oder aggressives Rebellieren — beides Ausdrucksformen von Ohnmacht.

Um dem entgegenzuwirken bemühen sich Friedensinitiativen in den verschiedenen Bereichen Möglichkeiten anzubieten, „Friede" praktisch einzuüben. Denn nur konkrete Initiativen in einem überschaubaren Bereich vermitteln auch die zum Durchhalten so notwendigen Erfolgserlebnisse.

Eine Stunde lang „Friede" ist genug?

„Für den IKV (Interkirchlicher Friedensrat) ist es nicht sinnvoll, die derzeit vieldiskutierte Problematik der Atomwaffen in Volksschulklassen als Schwerpunkt von Unterrichtsprojekten zu machen. Von diesem Thema fühlen sich Kinder meist zu wenig betroffen. Dennoch will der IKV zwischen dem Unterrichtsprojekt und den Abrüstungskampagnen Verbindungen schaffen. In den Diskussionen, die durch diese Kampagnen provoziert werden, kommen eine Reihe von Problemen zur Sprache, die in ein Unterrichtsprojekt gut einzubauen sind. Themen wie Machtlosigkeit, Vorurteile, Mißtrauen, Feindschaft, das Leiden, Gewalt usw.

Für 1979 wählte der IKV daher als Ansatz für Friedenserziehung ein Projekt über Konflikte ‚Geregelt streiten — ein Streit geregelt'. Für die Einführung in das Projekt gab der IKV eine Broschüre heraus, in der über Friedenserziehung u. a. folgendes gesagt wird:

‚Ein Konflikt ist eine alltägliche Erscheinung. Das Zusammenleben würde vielleicht eintöniger werden, wenn Konflikte verschwinden würden. Ein Konflikt an sich ist nichts Negatives. Allerdings ist es so, daß wir kaum gelernt haben, sie auf gewaltfreie und gerechte Weise zu lösen. Friedenserziehung will Kindern zeigen, wie sie mit Konflikten umgehen können. Dazu müssen sie einen Einblick in die Ursachen bekommen. Und sie

müssen diese gewaltfreie Haltung einüben können.'

Das alles kann nicht in einem (zeitlich und räumlich begrenzten) Projekt erreicht werden. Friedenserziehung ist ein kontinuierlicher Prozeß. Es ist nun einmal nicht möglich den Kindern „ein Stück Friede" zu lehren, wenn man sich einige Stunden lang „mit Frieden beschäftigt".

(aus Vredesopbouw", April 1980, leicht gekürzt)

In Holland ist man (so wie in Deutschland) eben schon ein Stück weiter. Das wurde mir durch diesen und ähnliche Berichte deutlich. So machte ich mich im Oktober 1981 auf den Weg, um mit einigen Mitarbeitern in mehr als sechs friedenspädagogischen Initiativen zu sprechen.

An der Arbeit des „Studienzentrums für Friedensfragen" in Nimwegen möchte ich einiges aus ihrer Praxis verständlich machen. (Obwohl alle Initiativen in einem Netzwerk zusammen arbeiten, hat doch jede ihre eigenständige Arbeitsweise entwikkelt.)

Lehrkräfte und Weltpolitik

Das Studienzentrum begann 1973 mit einer Studie, die den Bewußtseinsstand der Lehrer in den Bereichen Friede, Dritte Welt, soziale Fragen . . . betrifft. Dabei zeigte sich, wie notwendig eine Unterstützung durch Fachleute und ein Angebot aufbereiteter Materialien sind.

Auch wurde dabei klar, daß einige spezielle Unterrichtsstunden oder Projekttage wenig dauerhafte Wirkung bringen.

Langzeitprojekte

So wurden mit Unterstützung des Unterrichtsministeriums an einigen Schulen für die Dauer von durchschnittlich zwei Jahren Projekte eingerichtet.

Jeweils zwei ausgebildete Fachleute (Pädagogen, Soziologen, Politologen) setzen sich mit Lehrern und Schülern zwei- bis dreimal pro Woche zusammen, um gemeinsam Bereiche auszuwählen, von denen sich möglichst viele betroffen fühlen. (Darunter: Aggression, Ernährung und Hunger, Energie, wohnen und arbeiten, Gastarbeiter, „Unterentwicklung" in der Dritten Welt am Beispiel Lateinamerikas). Erst dann wird gemeinsam Material zusammengetragen und daraus ein Projektunterricht entwickelt. Damit sollen die Fehler jener gutmeinenden Fachleute vermieden werden, die vorgefertigte Modellprojekte sozusagen überstülpen wollen.

Die Beteiligung aller

„Für jeden von uns ist Krieg und Frieden ein lebensentscheidendes Problem. In der Praxis ist es das Hobby relativ weniger, an Lösungen zu arbeiten."

(C. Mertens)

Das in den Projekten Erarbeitete soll nicht eine Sache der

Schule allein bleiben. So weit als möglich wird mit Friedens-, Dritte-Welt-, Umweltschutz- und ähnlichen Gruppen zusammengearbeitet. In ihnen können sich auch Eltern gemeinsam mit den Schülern in konkreten Aktionen engagieren.

Während die Initiativgruppen praxisorientierte Unterstützung geben, arbeiten Fachleute in Universitäten (vor allem in Groningen) Erfahrungen auf, liefern die theoretische Unterlage und entwickeln daraus die erforderlichen Aus- und Weiterbildungsprogramme für Lehrer und auch für Aktive in den Friedensinitiativen.

Barrieren und Schwierigkeiten

, Friedenserziehung ist schwer zu vereinen mit einer Welt, die gekennzeichnet ist durch große Gegensätze, Unterdrückung und Gewalt. Das bedeutet, daß die angestrebten Änderungsprozesse im Bewußtsein so sein müssen, daß sie auch wirklich zu einer Änderung bestimmter Strukturen führen."

(S. C. Derksen)

Nicht nur in Österreich, auch in den Niederlanden kann es passieren, daß zu starre hierarchische Strukuren, ein autoritärer Direktor ein Projekt zu Fall bringen. Auch dort werden allzu Engagierte als „Rote" apostrophiert und teilweise auch isoliert. (Manche isolieren sich durch ihr Verhalten auch selbst.) So ist es auch dort oft schwierig, die interessierte, aber eher abwartend eingestellte Mehrheit der Lehrer zu begeistern und das Projekt gegen den Widerstand einer kleinen gegen Veränderungen eingestellten Minderheit zu verteidigen.

Die anfängliche Skepsis gegenüber Fachleuten, die „ihre" Projekte in Vorträgen anpriesen, schwand erst, als Lehrer ihren Kollegen von ihren eigenen Erfahrungen und Erfolgen berichteten. So entstand allein in der Region Nimwegen ein Netz von etwa siebzig Mitarbeitern, das auch mit der Lehrergewerkschaft zusammenarbeitet.

Projektauswertung

Arbeitsresultate werden während und nach Ende des Projekts zu themenbezogenen Broschüren zusammengefaßt. Ergänzt werden sie durch Videoaufnahmen und Materiallisten.

Eine Ausgabe des „Schulblattes" listet alle verfügbaren Projektunterlagen mit Kurzbeschreibungen auf. Zum Einstieg für neue Interessenten wurde daraus ein Musterkoffer zusammengestellt, der auf Wunsch verschickt wird.

In diesem Frühjahr soll die erste Projektperiode mit einem Gesamtbericht an das Unterrichtsministerium abgeschlossen werden. Dann wird sich zeigen, ob diese Schulversuche künftig ausgeweitet werden. Versuche des Ministeriums, nur Teile daraus zu übernehmen und sie zu Kurzprojekten zusammenzufassen oder mit ihnen traditionelle Lehrpläne einfach aufzu-

möbeln, werden eher skeptisch beurteilt.

Ein weltweites Netzwerk

So wie Friedensarbeit allgemein muß auch Friedenserziehung aus einer internationalen Perspektive gesehen werden. (Deshalb verwendet man in den Niederlanden oft auch den Begriff „mondiale vorming" – „weltbezogene Bildung".) Daher entstanden, mit üblichen Kommunikationsproblemen belastet, langsam weltweite Netzwerke, darunter das „world council for curriculum and instruction", in denen Erfahrungen ausgetauscht und länderübergreifende Projekte angegangen werden.

Informationen aus Deutschland, Belgien, Großbritannien und aus anderen Ländern wollen wir in nächster Zeit in einer Übersicht zusammenstellen. Ebenso eine kurze Adressen-, Material-, und Literaturliste, die wir gegen S 15,– (in Briefmarken) auf Anfrage versenden.

Und wie sieht's in Österreich aus? Hinken wir wirklich so weit hinterher?

Entwicklung statt Rüstung

Mit einer Aktion, die ab kommenden Sommer in Österreich anlaufen soll, will der Österreichische Informationsdienst für Entwicklungspolitik (ÖIE) die Zusammenhänge zwischen Rüstungswahn bei uns und in der Dritten Welt und dem dazwischen agierenden Waffenhandel ins Bewußtsein der Bevölkerung rücken.

Ein Teil dieser Kampagne wendet sich mit Anregungen und Materialien für Unterrichtsprojekte auch an Schulen, so wie es schon vor zwei Jahren in der Aktion „Hunger ist kein Schicksal" geschah. Ergänzt durch eine Reihe von weiteren Veranstaltungen entwickelte sich in den letzten Jahren auf dem Gebiet entwicklungspolitischer Bildung ein ständig wachsendes Angebot für Schulprojekte. (Weitere Informationen beim ÖIE, Tuchlauben 8/6/16, 1010 Wien.)

Wohin entwickeln wir Österreicher uns?

Anders sieht es in den Bereichen Umwelt, Energie, soziale Randgruppen, Alternativen zur militärischen Verteidigung, Gewalt im Alltag usw. aus. Zwar gibt es auch hier Initiativen einzelner Lehrer und Erzieher, denen der eine oder andere Bereich ein persönliches Anliegen ist. Nur wenige dieser Versuche werden von ihnen dokumentiert und anderen Interessierten zugänglich gemacht. Ebenso beschränken sich Versuche, in Workshops Erfahrungen miteinander aufzuarbeiten, meist nur auf die regionale Ebene.

Ein Netzwerk zwischen Engagierten, das auch den zögernd Interessierten Unterstützung anbietet, muß sich erst daraus entwickeln.

Es liegt an uns, das in konkreten Schritten anzupacken:

- ein Netzwerk,
- einige regionale und gesamtösterreichische Workshops,
- eine Materialbank mit dokumentierten Unterrichtsprojekten,
- Kontakt zu Initiativgruppen und Friedensorganisationen,
- gezielte Aus- und Weiterbildung von Lehrern,
- praxisorientierte Forschungsprojekte,
- personelle, organisatorische und finanzielle Hilfen durch Bund, Länder, Kirchen und andere Institutionen,

(Für Ergänzungen zu dieser unvollständigen Aufstellung sind wir dankbar!)

Unser Begegnungszentrum für aktive Gewaltlosigkeit soll ein Knoten in diesem Netz sein. Wir wollen Kontakte vermitteln, Anregungen und Anfragen weiterleiten, Räume für workshops zur Verfügung stellen, unsere Erfahrungen aus der außerschulischen Bildungsarbeit einbringen usw. Mehr darüber steht in unserer Zeitschrift. (Probenummern auf Anfrage gegen S 10,– Kostenersatz.)

Begegnungszentrum für aktive Gewaltlosigkeit,
St.-Wolfganger Str. 26
4820 Bad Ischl
Tel. 06132/4590

Eine Friedensinitiative von Schülern

Das „SCHULHEFT" erfuhr von einer konkreten Aktivität: eine Gruppe von Schülerinnen einer achten Klasse gab eine Broschüre zum Thema Frieden heraus und verteilte sie an ihrer Schule. Wir führten ein Interview mit ihnen:

„SCHULHEFT": Wie seid ihr dazu gekommen?

Durch eine Tagesmeldung, die irgendjemand erzählt hat (Polen), hat sich eine Diskussion entwickelt. Wir haben über Waffen diskutiert. Dabei sind wir draufgekommen, daß wir unbedingt etwas für den Frieden machen sollten. Die Professorin hat uns einen Anstoß gegeben, indem sie uns gefragt hat, ob wir unsere Gedanken nicht schriftlich niederlegen und das den anderen zeigen wollen. Dann war eine heiße Diskussion in der Klasse, und alle wollten mitmachen, aber im Endeffekt ist das dann doch bei den Engagierten hängengeblieben. Im Unterricht, in der Stunde, haben alle gesagt, na gut, wir machen das. Der Großteil wollte vielleicht einen guten Eindruck schinden. Aber dann war das Thema abgetan, als man im Stoff weitergegangen ist, und das war nicht mehr aktuell. Höchstens ein Viertel ist übriggeblieben. Darauf haben wir uns überlegt, in welcher Form wir das Blatt herausbringen können, damit es nicht jeder gleich weglegt. Jede hat ein Ressort übernommen – Waffen, Aufrüstung, wir haben sämtliche großen Kriege, die in der Geschichte vorgekommen sind, notiert, die Biologie und die Psychologie –

und das ganze haben wir aufgelockert durch Cartoons.

„SCHULHEFT": Was war eure Motivation, warum habt ihr die Broschüre gemacht?

Wir haben uns gefragt, was kann der einzelne tun? Im Grunde genommen sind wir machtlos. Was wir machen können, ist etwas schreiben und die Leute zum Denken zu bringen . . . Wir wollten eigentlich die Sinnlosigkeit des Krieges aufzeigen.

„SCHULHEFT": Wie ist die Einstellung der Jugendlichen?

Es gibt verschiedene Gruppen. Wir können von uns sprechen, da wissen wir es genau. Da gibt es die eine Gruppe, die sich überhaupt nicht konkret mit Politik beschäftigt, denen ist es egal, was morgen passiert. — Die andere weigert sich, darüber nachzudenken. Sie sagen sich, so wie es ausschaut, kommt eh etwas auf uns zu und es ist sinnlos — wir sind machtlos.

„SCHULHEFT": Zu welcher Gruppe zählt ihr euch? Dadurch, daß ihr etwas macht, hebt ihr euch ja von den anderen ab.

Es ist die Frage, wie weit unsere Aktion was bringt. Ich glaube, mindestens die Hälfte unserer Broschüren wandert einmal ungelesen auf den Mist . . . Eine Zeitlang beeinflußt es einen schon, wenn man das gelesen hat, aber man verdrängt das dann wieder sehr schnell. Man kommt auch an sehr wenig Leute heran.

„SCHULHEFT": Ihr verteilt die Broschüre in der Schule?

Ja, wir machen das. Aber wir wissen noch nicht, ob wir sie verteilen oder verkaufen.

„SCHULHEFT": Ja, wie sollte man sie sonst finanzieren?

Das ist auch ein Problem! Und es ist rein psychologisch besser, sie zu verkaufen, Gratisblätter wandern ja immer ungelesen in den Papierkorb. Die Leute ansprechen, ist ein großes Problem. Wir wollten nicht nur das Blattl herausgeben, wir wollten auch eine Weihnachtsfeier unter dem Motto Frieden gestalten. Das war aber bei den spärlichen Mitteln nicht möglich. Wir hätten einen Raum gebraucht, Dias, einen Projektor, Leute vor allem. Wenn wir es in den Unterrichtsstunden gemacht hätten, wären vielleicht zwei Lehrer mit den Klassen gekommen, die gesagt hätten: „Leiwand, ka Stund!" Und wer bleibt schon vor Weihnachten am Nachmittag in der Schule? Das sind dann wieder nur die, die sich eh schon Gedanken gemacht haben.

„SCHULHEFT": Und ihr wollt jetzt die Passivität der Leute durchdringen?

Die Broschüre ist an die Schüler gerichtet. Wir wollten sie aber auch den Lehrern geben, damit sie sagen: „Lest euch das einmal durch!" und somit auch die Schüler motivieren.

„SCHULHEFT": Wie seid ihr auf das Thema gekommen, warum nicht zum Beispiel Umweltverschmutzung?

Ich glaube, weil wir uns dadurch am meisten bedroht fühlen. Ich zumindest fühle mich sehr bedroht durch Umweltverschmutzung! Doch bei der Umweltverschmutzung ist es eher so, daß die Leute das merken. Aber beim Krieg, das ist Geschichte und uns geht es jetzt gut . . . Ein Motiv war, daß wir total unruhig sind, der Ost-West-Konflikt, die ganzen Abrüstungsverhandlungen, ich zumindest bin irrsinnig beunruhigt, ich hab' wahnsinnige Angst, weil die ganze Welt schon so explosiv, so „heiß" geworden ist. Ich habe gespürt, daß wir uns alle vom dritten Weltkrieg bedroht fühlen . . . Der Weltkrieg hat etwas Endgültiges, da spielt der Tod so eine wichtige Rolle. Die Waffen liegen einfach da, die warten darauf, daß sie abgeschossen werden. So was muß man ja verdrängen.

„SCHULHEFT": Und ihr wirkt der Verdrängung entgegen?

Ich bin nicht so, daß ich immer dran denke, sonst könnte ich nicht so ruhig sitzen. Aber wenn ich dran denke, könnte ich manchmal meinen, ich werde wahnsinnig.

„SCHULHEFT": Welche Erwartungen habt ihr, indem ihr so nach außen geht?

Ich glaube, wir haben das in erster Linie für uns gemacht. Und zweitens Denkanstöße geben, daß man die Leute einmal wachrüttelt.

„SCHULHEFT": Ist das in eurer Umgebung nicht immer als ein Problem bewußt?

Ich glaube schon, daß sich die anderen Gedanken machen, aber sie verdrängen sehr stark. Das ist ein ungesunder Optimismus: „Es wird schon nix sein." Optimismus ist gut, aber in so einem Ausmaß, wie es manche treiben, ist es nimmer gut, das ist egoistisch.

„SCHULHEFT": Ich halte Egoismus für etwas Natürliches. Ich will ja auch das Beste aus der bestehenden Situation herausholen.

Ja, du selbst. Aber es sind da bestimmte Führungsleute, die auch das Beste für sich herausholen wollen, und das ist dann manchmal mit Krieg verbunden.

„SCHULHEFT": Der Krieg ist also ein Produkt divergierender Interessen . . . Habt ihr schon einen Erfolg gehabt?

Für uns war es sicher gut. So haben wir wenigstens wirklich etwas gemacht; zuschauen ist so deprimierend, so unproduktiv . . . Mir fällt noch etwas ein: Wenn man sagt, die trauen sich ja eh nicht. Denn wenn einer aufs Knöpferl drückt, dann drückt der andere auch. Das ist schon eine Überlegung. Aber da muß man sich fragen, welche Leute da oben sitzen. Die haben Schwächen wie wir, die machen auch Fehler.

„SCHULHEFT": In dieser Überlegung ist nicht der Fall eines Versehens oder eines „begrenzten Atomkrieges" drinnen. Was sagt ihr dazu?

Diesen Ausspruch finde ich ganz arg. Wie ich das gehört habe im Fernsehen, sind mir die Haare aufgestanden. Wie kann der das sagen, noch dazu öffentlich! . . . Aber man kann Europa nicht evakuieren, oder sich hinter Reagan oder Breschnjew verschanzen.

„SCHULHEFT": Das hat die positive Seite, daß man nicht auskann und sich wehren muß.

Das Gespräch führten Renate Skoda und Herwig Peterlik.

Franz Köppl

Jugendzentrum zugesperrt . . .

Das kommunale Jugendzentrum in der Prinzgasse im 22. Wiener Gemeindebezirk ist seit Jänner 1980 gesperrt. Umbauarbeiten, hieß es offiziell, machten das Zusperren nötig. Inzwischen ist jedoch ein Jahr schon vergangen und noch immer wissen die Jugendlichen aus der riesigen Gemeindesiedlung nicht, wann es wieder geöffnet wird. Viele Jugendliche sind enttäuscht. „Mir hams eh glei gwußt, daß boid wida gsperrt wird", meinen sie verbittert. Sie vom Gegenteil zu überzeugen, fällt schwer. Zu oft wurde dieses Jugendzentrum schon geöffnet und wieder geschlossen. Dabei waren diese 180 m2 im Keller eines Wohnhauses ohnehin nur ein Tropfen auf den heißen Stein der Freizeit- und Wohnprobleme in dieser Stadtrandsiedlung, einer Siedlung, die ohne rechten Zusammenhang mit der alten dörflichen Struktur Hirschstettens aus den Gemüsefeldern nahe der Ostbahn ragt. Es wohnen dort etwa 7000 Menschen in achtstöckigen Fertigteilblocks. Etwa 1500 davon sind Kinder und Jugendliche im Schulpflichtalter und ca. 900 sind zwischen 16 und 25 Jahre alt.

Trotz großer Schwierigkeiten gelang es dem dortigen Betreuerteam des Jugendzentrums in relativ kurzer Zeit Kontakte zu vielen Jugendlichen zu knüpfen.

Das Zentrum begann ein Ort zu werden, an dem Jugendliche sich gemeinsam mit ihren täglichen Lebensschwierigkeiten auseinandersetzen konnten. Angesichts der vielen sozialen Probleme in der Siedlung wurde auch der Versuch unternommen, „übergeordnete" Sozialarbeit zu leisten. Es war ein erfolgversprechender Anfang: Bewährungshelfer, Beamte des Jugendamtes und Betreuer des Jugendzentrums begannen zusammenzuarbeiten.

In diese schwierige Aufbauphase kam dann der Beschluß, dieses kleine Zentrum den Sicherheitsbestimmungen der MA 35 entsprechend umzubauen.

Von den Betreuern wurde alles bestens vorbereitet, um die Unterbrechung im Jugendzentrumsbetrieb möglichst kurz zu

halten. In etwa sechs bis acht Wochen hätte der Umbau auch fertig, das Zentrum zumindest provisorisch wieder in Betrieb sein können.

Doch womit weder Jugendliche noch Betreuerteam rechneten, geschah: wegen Geldmangels wurden kurze Zeit nach Beginn der Umbauarbeiten die Betreuer vom Zentrum Prinzgasse in andere versetzt.

Nun ist bereits ein Jahr vergangen, das Jugendzentrum ist noch immer geschlossen und es ist recht ungewiß, ob's heuer noch in Betrieb geht. Denn, um diesen Treffpunkt für Jugendliche und Kinder zu öffnen, sind mindestens drei Betreuer nötig. Die Subventionen der Gemeinde Wien für den laufenden Betrieb aller Jugendzentren wurden aber 1982 gegenüber dem Vorjahr um nur 4,4 Mio. S auf 40,6 Mio. S erhöht. Diese Erhöhung reicht aber kaum zur Abdeckung der Teuerung aus, geschweige denn zur Aufnahme von zusätzlichen Betreuern.

Die Jugendlichen in der Prinzgasse sind enttäuscht. Das Gefühl ohnehin im Stich gelassen zu werden, macht sie verbittert. Immer mehr sehen dann die Flucht in Alkohol oder Drogen als einzigen Ausweg aus ihrer schwierigen Situation, viele haben schon resigniert.

Stadtentwicklung und Jugendprobleme:

Es ist vor allem der Bereich des städtischen Wohnens an der Peripherie, der die ernste Problematik besonders auch für Kinder und Jugendliche verdeutlicht. Die Wohnformen links der Donau, aber auch in Simmering zeigen, was seit den fünfziger Jahren mit Landschaften passierte, die abseits der Stadtzentren gelegen sind.

Mag auch diese überaus rege Wohnbautätigkeit ihren Beitrag zur Lösung von schlechten Wohnverhältnissen in den Altbauten geleistet haben, so ergaben sich dadurch jedoch eine Menge neuer und schwerer Probleme, die durch die ungesteuerte Massenproduktion von Wohnungen entstanden sind. So fehlt es noch an Arbeitsplätzen, an einer entsprechenden Infrastruktur für einzelne Viertel, an schnellen und billigen Verkehrsverbindungen. Auch die Zusammenballung von Menschen in vielgeschossigen Hochhausanlagen und die einseitige Bevölkerungsstruktur haben einen wesentlichen Anteil an den heutigen sozialen Problemen.

Die Stadtrandsiedlungen selbst wurden um die ehemaligen alten, zum Teil agrarisch strukturierten Dörfer wie Groß-Jedlersdorf, Stadlau und Leopoldau herum gebaut. Die Fehler der Stadtplanung lagen unter anderem auch darin, daß ohne Zusammenhang um die Dorfkerne gebaut wurde, daß die alte Infrastruktur nicht beachtet und langsam zerstört wurde. Dadurch kam es da und dort auch zu speziellen Problemen zwischen den alteingesessenen Bewohnern und der neuen

Bevölkerung. Erstere lehnen die neuen Bewohner oft ab und bezeichnen sie abwertend als Proleten. Es besteht kaum ein Austausch zwischen den alten Dorfkernen und Neubaugebieten.

Auch die geringe architektonische Qualität der Hochhausbauten der Nachkriegszeit trägt das ihrige für die Verschärfung der sozialen Probleme bei. Laut hallende Innenhofschluchten, kaum schallisolierte Wohnungswände und der Blick vom Fenster auf graue Betonwände steigern zusätzlich noch die ohnehin recht gespannte Atmosphäre in diesen Bauten.

In die neuen Stadtrandsiedlungen in Floridsdorf, Donaustadt und Simmering sind vor allem junge Menschen eingezogen, größtenteils junge Arbeiter, untere Angestellte und Beamte. Die Bewohner gehören meist der unteren Einkommensschicht an. Sie werden durch den Umzug besonders finanziell belastet. Die Kosten eines Umzugs und der neuen Einrichtung sowie deutlich höhere Betriebskosten bringen sie oftmals in Geldschwierigkeiten.

Im Zusammenhang mit den vielen jungen Familien, die in die neuen Siedlungen einziehen, bzw. von der Verwaltung eingewiesen werden, steht auch der hohe Bedarf an Kindergärten, Schulen und Freizeiteinrichtungen. In der Großfeldsiedlung etwa beträgt der Anteil der jüngeren Bewohner 45 Prozent, während der Anteil der älteren Menschen nur bei 5 Prozent liegt. Eines der schwierigsten und aktuellsten Probleme bildet deshalb auch die Situation der Kinder und Jugendlichen. Gelingt es doch auch kaum den Erwachsenen mit den neuen Problemen fertig zu werden und in dieser Umgebung Wirklichkeit und Nachbarschaft zu schaffen. Das Leben ist trotz der vielen Menschen manchmal monoton und langweilig. Es stören vor allem die dichte Verbauung und die infrastrukturelle Unterversorgung. Die burgenländische Hauptstadt Eisenstadt hat etwa ungefähr gleich viele Einwohner wie die Trabrenngründe-Siedlung, aber ungleich mehr und vielfältigere Geschäfte, Kleingewerbebetriebe, Wirtshäuser, Kaffeehäuser und Kinos, dazu noch die unterschiedlichen Straßen, Plätze, Hausformen.

Auch die nicht kommerziellen Treffpunkte für die Freizeit sind gering. Im 21. und 22. Bezirk wird es 1982 sieben Jugendzentren geben. Allerdings ist das Zentrum in Hirschstetten geschlossen, das Jugendzentrum Marco Polo im 21. Bezirk geht erst ab April 1982 provisorisch in Betrieb. Und das Jugendzentrum in der Mautner Villa in Floridsdorf wird in Zukunft nur mehr für einzelne Veranstaltungen zur Verfügung stehen. In Simmering wurde von zwei Zentren eines auf Clubbetrieb umgestellt. Ein neues wird in der Hoefftgasse zwar heuer noch eingerichtet, doch kann es erst 1983 geöffnet werden, weil die Subventionen der Gemeinde für das Personal nicht ausreichen. Besonders problematisch ist, daß am Wochenende die Jugendzentren meistens geschlossen sind, gerade dann, wenn Jugendliche und Kinder in diesen Stadtrandsiedlungen am ehesten solche Treffpunkte benötigen. Grund: Geldmangel für Personal.

Nicht auf halben Wegen stehen bleiben!

Sicherlich hat die Wiener Stadtverwaltung in den letzten Jahren versucht, auf soziale Probleme gerade auch im Zusammenhang mit Kindern und Jugendlichen zu reagieren. So wurden schon vor etlichen Jahren einige Jugendzentren „geöffnet" und allen Jugendlichen, nicht nur den Organisierten, zugänglich. Wie wichtig diese „Öffnung" gerade für Arbeiterjugendliche war, beweisen die Besuchszahlen: zwei Drittel der Benützer dieser Zentren sind Lehrlinge. Doch man blieb auf halbem Wege stehen: es werden heuer nur 14 Zentren „offen" geführt. In den restlichen sieben ist Clubbetrieb. Ein wesentlicher Grund dafür ist der chronische Geldmangel. Offene Zentren sind teurer im Betrieb. Sie brauchen mehr und besser ausgebildetes Personal als geschlossene.

Sehr halbherzig ist man auch bezüglich der Öffnungszeiten: An Wochenenden sind die Zentren meistens geschlossen. Also gerade dann, wenn die Jugendlichen ihre meiste Freizeit haben und Treffpunkte suchen. Dabei müssen Jugendzentren — ob sie nun am Wochenende offen haben oder nicht — ohnehin bezahlt werden. Die Hauskosten und Verwaltungskosten würden durch Wochenendbetrieb kaum mehr werden, einzig für Betreuer müßte zusätzlich Geld ausgegeben werden. Dafür jedoch würde vielen Jugendlichen und Kindern geholfen werden, ihre Freizeit zusammen mit anderen sinnvoll verbringen zu können. Die Gemeinde Wien würde sich mit der Zeit auch Geld für die vielen Sozialfälle ersparen, die ja zu einem Gutteil gerade durch den Mangel an kreativen Entfaltungsmöglichkeiten für die Jugendlichen und Erwachsenen entstehen.

Es ist auch absurd, daß Jugendliche vorerst zu Patienten, zu Sozialfällen werden müssen, und erst dann die Kommunalverwaltung bereit ist, für diese Menschen Geld auszugeben, um sie in Heimen und Anstalten zu versorgen.

Gerade im Bereich der Jugendbetreuung müssen aber auch neue inhaltliche Wege gegangen werden. Jugendliche wollen mehr Eigenverantwortlichkeit und mehr Gelegenheit, sich emanzipieren zu können. Dazu gehören auch selbstverwaltete Jugendzentren, Jugendzentren, in denen Jugendliche zusammen mit dem dortigen Betreuer wesentlich mehr Mitsprache in den für sie entscheidenen Bereichen haben: wie Öffnungszeiten, Verfügung über die vorhandenen Räumlichkeiten, Mitsprache bei der Auswahl der Betreuer, Mitsprache bei der Verwendung des Geldes etc.

Um mehr Mitbestimmungsmöglichkeiten zu schaffen und

Jugendzentren den Bedürfnissen Jugendlicher entsprechend führen zu können, müssen nicht zuletzt auch bürokratische Fußangeln beseitigt werden. Jugendcafés in Zentren, die zusammen mit den dortigen Besuchern betrieben werden, sind etwa dem Marktamt ein Dorn im gestrengen Gesetzesauge. Um hinter der Bar stehen zu dürfen, müßte jeder Jugendliche einen Bazillenausscheideausweis haben. Ist der Beamte stur, kann er mit diesem formaljuristischen Argument die Mitarbeit Jugendlicher am eigenen Ausschankbetrieb im Zentrum verhindern.

Große Probleme gibt's auch mit den Öffnungszeiten. Um 21.30 Uhr müssen die Zentren geschlossen werden, damit um 22 Uhr sich die Anrainer nicht mehr belästigt fühlen. Sonst hagelt es Beschwerden und Anzeigen: und die Polizei ist dann nicht zimperlich mit ihrer Drohung, das Zentrum schließen zu lassen.

Vorschriften und Bestimmungen genug, die kleinlichen Beamten und Politikern die Möglichkeit geben, Initiativen für mehr Mitbestimmung im Jugendzentrumsbereich abzudrehen.

Wie die Polemik der ÖVP, aber auch aus der SPÖ um das kürzlich von der Gemeinde Wien in Selbstverwaltung an Jugendliche übergebene Haus in der Gassergasse im 5. Bezirk zeigt, werden aufgeschlossenere Politiker noch auf viele Widerstände stoßen. Eigenverantwortlichkeit traut man Jugendlichen nicht zu. Diese konservative Erziehungsphilosophie ist vorherrschend in allen Schichten der Bevölkerung und deshalb auch meistens in den Köpfen von Politikern.

Es ist das aber eine Philosophie, die Emanzipation verhindert, die verhindert, daß Jugendliche aktive Kritik am Status quo üben und aktiv beitragen können, ihre konkrete Lebenssituation zu verbessern.

Ihre Kritik, ihre Ablehnung der bestehenden Welt, kann sich so nur in Flucht ausdrücken, in der Flucht in eine unwirkliche Welt, in Resignation, und in den schlimmsten Fällen in Drogen und Alkohol. Deshalb wird eine Jugendpolitik sich nicht nur auf zwei oder drei selbstverwaltete Zentren beschränken können, nicht nur auf ein paar „alternative" Kulturangebote, auf ein paar subventionierte Rock- oder Popfestivals, sondern eine der wichtigsten kommunalen Aufgaben wird es sein, den Prozeß der Emanzipation zu initiieren, zu stützen und zu fördern, d. h. auch mit mehr Geld aus dem kommunalen Budget.

Dazu gehört auch die Schaffung einer entsprechenden Infrastruktur, eine Veränderung der Stadt um Möglichkeiten für Kommunikation und Nachbarschaft zu schaffen. Ebenso ist eine intensivere Diskussion der Stadtverwaltung mit den Jugendlichen und den Eltern über ihre Schwierigkeiten und über die Möglichkeiten, diese zu verändern, nötig.

SCHUL-HEFT	Thema	Einzelpreis	Stück
1/76	Die 40-Stunden-Schule (vergriffen)	S 30,–	☐
2/76	Schulalltag	S 30,–	☐
3/76	Gesamtschule	S 30,–	☐
4/76	Sexualerziehung	S 30,–	☐
1/77	Lehrpläne in Diskussion	S 30,–	☐
2/77	Arbeitswelt in der Schule	S 30,–	☐
3/77	Elternrechte/Elternsorgen	S 30,–	☐
4/77	Lehrerrechte/Lehrersorgen	S 30,–	☐
1/78	Politische Bildung (vergriffen)	S 48,–	☐
2/78	Schülerrechte/Schülersorgen (vgr.)	S 48,–	☐
3/78	Schulversuche – was dann?	S 48,–	☐
4/78	Kirche und Schule	S 48,–	☐
1/79	Schulbücher	S 48,–	☐
2/79	Alternative Schulmodelle	S 48,–	☐
3/79	Der Schüler als Konsument (vgr.)	S 48,–	☐
4/79	Psychologie in der Schule	S 48,–	☐
17	Lehreraus- und -fortbildung	S 48,–	☐
18	Jugend 80	S 48,–	☐
19	Von Beruf Frau	S 48,–	☐
20	Schulreform made in Austria	S 48,–	☐
21	KreativiTaten	S 58,–	☐
22	Medien / Medienerziehung	S 58,–	☐
23	„Wer will was von der Schule?"	S 58,–	☐
24	Sonderschule	S 58,–	☐
25	Jugend ohne Politik?	S 58,–	☐
26	Gastarbeiterkinder	S 58,–	☐
27	Politische Diskriminierung	S 58,–	☐
28	Lehrer-Persönlichkeit	S 58,–	☐

Gewünschtes ankreuzen. Bei Bedarf auch jene Bücher, die vergriffen sind. Wenn genügend Bestellungen einlangen, drucken wir eine zweite Auflage.

Herwig Peterka, 1170 Wien, Kalvarienbergasse 17/3, Tel.: 42 48 032
Matthias Reichl, 4820 Bad Ischl, St.-Wolfganger Straße 26, Tel.: 06132/4590
Renate Skoda, 1100 Wien, Gudrunstraße 105, Tel.: 64 88 253

schulheft die pädagogische Taschenbuchreihe

Ich bestelle hiemit (Gewünschtes ankreuzen):

☐ 1 Abonnement der Schulhefte zum Preis von S 200,–/DM 30,–/sfr 30,– ab der Nummer .....

☐ die auf der Rückseite angekreuzten Einzelnummern (S 30,–/DM 5,–/sfr 5,– bzw. S 48,–/DM 7,–/sfr 7,– bzw. S 58,–/DM 9,–/sfr 9,–)

Name: .....

Adresse: .....

Beruf: .....

geworben durch: .....

Unterschrift

2,50 S Briefmarke

Verein der Förderer der Schulhefte

Krongasse 6/6
1050 Wien

Kommunikation und Nachbarschaft zu schaffen. Ebenso ist eine intensivere Diskussion der Stadtverwaltung mit den Jugendlichen und den Eltern über ihre Schwierigkeiten und über die Möglichkeiten, diese zu verändern, nötig.

VORSCHLÄGE FÜR EIN NEUES LIEFERPROGRAMM DER STEYR-WERKE

Typ (A) kann 5000mal benützt werden, ohne den Inhalt zu entleeren.

Typ (B) mit einem Schuß Munition können 200 l Gulasch in $^1/_{10}$ Sekunde erhitzt werden.

Typ (C) mit einem Schuß Munition werden in $^1/_{100}$ Sekunde 200 neue Arbeitsplätze geschaffen.

Die Mitarbeiter dieser Nummer sind:

Gerhard Bisovsky, 1020 Wien, Darwingasse 37/31, Tel.: 24 08 302
Uwe Bolius, Schriftsteller, dzt. F-64000 Pau, Bd. Barbanègre 4
Demokratische Initiative, 4780 Schärding, Burggraben 8
Christian Dorninger, 1050 Wien, Grüngasse 29/2/2, Tel.: 57 48 422
Irene Etzersdorfer, 1020 Wien, Herminengasse 6/20, Tel.: 33 50 143
Michael Genner, Journalist, 1130 Wien, Rußweg, Tel.: 84 56 453
Franz Köppl, Mitarbeiter des Kommunapolitischen Referats der AK Wien, Tel.: 65 37 65/514 DW
Karl Manzano, 1977–79 Mitglied des Gesamtösterreichischen Koordinationsausschuß der IÖAG, 1090 Wien, Währinger Straße 50/21, Tel.: 34 37 292
Herwig Peterlik, 1170 Wien, Kalvarienberggasse 17/5, Tel.: 42 48 632
Matthias Reichl, 4820 Bad Ischl, St.-Wolfganger Straße 26, Tel.: 06132/4590
Renate Skoda, 1100 Wien, Gudrunstraße 105, Tel.: 64 88 253